

FINANZMINISTERIUM DES LANDES  
NORDRHEIN-WESTFALEN

FINANZBERICHT 2006

STAND: Dezember 2005

## 1. Zum Haushaltsplanentwurf 2006

### 1.1 Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2006

Der Haushaltsplanentwurf des Landes für 2006 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit je 48.496 Mio EUR ab. Im Vergleich zum Haushalt 2005 wird sein Volumen um 2.573 Mio EUR oder 5,0 v. H. abnehmen. Bei der Analyse der Haushaltsdaten ist jedoch zu beachten, dass die Vergleichbarkeit zum Vorjahreshaushalt durch eine Reihe von Sondereffekten stark beeinträchtigt ist, darunter vor allem die 2005 umgesetzten Maßnahmen aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Beihilfeverfahren WestLB AG sowie die ab 2006 wirksam werdende flächendeckende Einführung von Globalhaushalten im Hochschulbereich<sup>1</sup>.

#### Einnahmen

Auf der Grundlage der Steuerschätzung vom November 2005 wurde für das Jahr 2006 ein Steueransatz i. H. v. 34.945 Mio EUR eingeplant. Gegenüber dem Ansatz des Vorjahres bedeutet dies eine Steigerung von 605 Mio EUR bzw. 1,8 v. H. Die Steuerfinanzierungsquote wird damit 72,1 v. H. betragen. Weitere 7.514 Mio EUR oder 15,5 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben werden aus steuerähnlichen Abgaben, Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Einnahmen aus Zuweisungen (hauptsächlich vom Bund) und Zuschüssen sowie sonstigen Einnahmen gedeckt.

Die Neuverschuldung am Kreditmarkt beläuft sich auf 6.026 Mio EUR netto. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt gegenüber dem Jahr 2005 um 2,3 Prozentpunkte auf 12,4 v. H.

Die Netto-Schuldenaufnahme insgesamt (einschließlich der Schuldenaufnahme bei Verwaltungen) soll 2006 5.888 Mio EUR betragen. Dies sind 2,6 Mrd. EUR mehr als die Summe der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Investitionsausgaben (Hauptgruppen 7 und 8) abzüglich der Einnahmen für Investitionen (Obergruppen 33 und 34). Damit wird die in Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung (LV) Nordrhein-Westfalen festgelegte

---

<sup>1</sup> Einzelheiten vgl. Finanzplanung des Landes NRW 2005 bis 2009, Textziffern 3.2 und 3.3

Verschuldungsgrenze für die Kreditaufnahme im Landeshaushalt erneut überschritten, weil ihre Einhaltung auch 2006 objektiv nicht möglich ist<sup>2</sup>.

### **Ausgaben**

Der weitaus größte Teil des Haushaltsvolumens entfällt auf Ausgabenblöcke, die nicht oder zumindest kurz- bis mittelfristig kaum beeinflussbar sind. So werden 18,9 Mrd. EUR, d. s. 38,9 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben, durch Personalausgaben aufgezehrt. Den Kommunen des Landes werden rd. 11,7 Mrd. EUR (= rd. 24,1 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben) zufließen. Auf Zinszahlungen (Kreditmarkt) werden 2006 4.659 Mrd. EUR entfallen; dies entspricht einer Zinslastquote von 9,6 v. H. Allein durch diese Positionen sind bereits fast 73 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben gebunden.

Ein großer Teil der restlichen Mittel, nämlich rd. 4,5 Mrd. EUR, soll für Investitionen aufgewendet werden. Die Investitionsquote wird im Jahr 2006 damit 9,2 v. H. betragen.

Die Einführung der Globalhaushalte im Hochschulbereich hat keinen Einfluss auf das Haushaltsvolumen 2006, da die damit verbundene Reduzierung der Personalausgaben (um 1.518 Mio EUR) sowie der sächlichen Verwaltungsausgaben (um rd. 742 Mio EUR) mit entsprechend erhöhten Ausgaben für laufende Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 6) korrespondiert. Gleichzeitig werden aber ab 2006 aufkommende Drittmittel im Hochschulbereich nicht mehr im Landeshaushalt veranschlagt, wodurch sich Einnahmen und Ausgaben jeweils um rd. 345 Mio EUR reduzieren. Die Änderung der Veranschlagungspraxis führt daher zu einer dauerhaften Absenkung des Haushaltsvolumens.

Weitere Eckdaten können der Tabelle im finanzstatistischen Teil des Finanzberichts (s. Ziff. 7.23) entnommen werden.

## **1.2 Organisatorische Änderungen**

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 07.07.2005 aus Anlass der **Neubildung der Landesregierung** die Entscheidung über

---

<sup>2</sup> Vgl. a. a. O., Textziffern 3.3 und 3.4

organisatorische Veränderungen innerhalb der obersten Landesbehörden und deren Geschäftsbereiche getroffen.

Die von den organisatorischen Veränderungen nicht betroffenen Ressorts (Landtag, Justizministerium, Finanzministerium, Landesrechnungshof) sowie der Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung behalten danach sowohl ihre Einzelplanbezeichnung als auch ihre Einzelplannummer. Die Vorjahresvergleichszahlen 2005 dieser Einzelpläne basieren auf dem Stand des 2. Nachtragshaushaltes 2005.

Der **Ministerpräsident**, das **Innenministerium** und das **Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** behalten - trotz organisatorischer Änderungen - sowohl ihre bisherigen Bezeichnungen als auch die Einzelplannummern.

Aus Vereinfachungsgründen behalten

- das bisherige Ministerium für Schule, Jugend und Kinder (nunmehr: **Ministerium für Schule und Weiterbildung**) die Einzelplannummer **05**,
- das bisherige Ministerium für Wissenschaft und Forschung (nunmehr: **Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**) die Einzelplannummer **06**,
- das bisherige Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung (nunmehr: **Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**) die Einzelplannummer **08**,
- das bisherige Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (nunmehr: **Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**) die Einzelplannummer **11**,
- das bisherige Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (nunmehr: **Ministerium für Bauen und Verkehr**) die Einzelplannummer **14**,
- das bisherige Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (nunmehr: **Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration**) die Einzelplannummer **15**.

Im Haushalt 2005 wurden aufgrund der Umressortierung umfangreiche Umsetzungen durchgeführt. Detaillierte Zusammenfassungen können der Vorbemerkung zum Haushaltsplanentwurf 2006 (Anlage zu Landtagsdrucksache 14/1000) entnommen werden. Die danach als neue Einzelplanendsummen bezeichneten Beträge bildeten die Grundlage für den am 15.12.2005 verabschiedeten 2. Nachtragshaushalt 2005.

Haushaltsansätze sowie Planstellen und Stellen wurden gem. § 50 Abs. 1 i. V. m. Abs. 4 Landeshaushaltsordnung (LHO) umgesetzt. Die Umsetzungen von Haushaltsmitteln wurden bei geteilten Titeln im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beteiligten Ressorts mit Wirkung vom 01.09.2005 vorgenommen. Die an die versetzten Beamtinnen/Beamten, Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter vom Landesamt für Besoldung und Versorgung gezahlten Bezüge wurden ebenfalls erst vom Zeitpunkt der Versetzung an (01.09.2005) bei den neuen Haushaltsstellen nachgewiesen. Da in diesen Fällen nur Teilbeträge des Gesamtsolls umgesetzt worden sind, hat dies zur Folge, dass die Einzelplanendsummen 2005 mit den Ansätzen des Haushaltsplanentwurfs 2006 nicht in allen Fällen vergleichbar sind. Bereiche, die ganz in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts übergegangen sind, wurden mit den kompletten Haushaltsansätzen bzw. dem zugehörigen Personal dorthin umgesetzt.

### 1.3 Tabellen zum Haushalt <sup>1)</sup>

#### 1.3.1 Einnahmen und Ausgaben nach Hauptgruppen

##### Einnahmen

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	35.315,4	34.747,5	+ 567,9	+ 1,6
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2.727,2	4.125,4	- 1.398,2	- 33,9
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.242,8	3.429,1	- 186,3	- 5,4
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	7.210,8	8.767,0	- 1.556,2	- 17,8
<b>Insgesamt</b>	<b>48.496,1</b>	<b>51.068,9</b>	<b>- 2.572,8</b>	<b>- 5,0</b>

##### Ausgaben

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
4 Personalausgaben	18.858,5	20.351,7	- 1.493,2	- 7,3
5 Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für Schuldendienst	7.041,8	7.932,0	- 890,2	- 11,2
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	18.087,4	16.001,9	+ 2.085,5	+ 13,0
7 Baumaßnahmen	242,6	182,7	+ 59,9	+ 32,8
8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.223,8	7.005,0	- 2.781,3	- 39,7
9 Besondere Finanzierungsvorgänge	42,1	- 404,4	+ 446,5	x
<b>Insgesamt</b>	<b>48.496,1</b>	<b>51.068,9</b>	<b>- 2.572,8</b>	<b>- 5,0</b>

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

## 1.3.2 Einnahmen

### (1) Gesamtüberblick

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Steuern	34.945,0	34.340,0	+ 605,0	+ 1,8
Steuerähnliche Abgaben	370,4	407,5	- 37,1	- 9,1
Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse und dgl.	2.727,2	4.125,4	- 1.398,2	- 33,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.242,8	3.429,1	- 186,3	- 5,4
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	1.169,0	1.224,1	- 55,1	- 4,5
Schuldenaufnahmen	6.036,7	7.532,6	- 1.495,9	- 19,9
Sonstige Einnahmen	5,1	10,2	- 5,1	- 50,0
<b>Insgesamt</b>	<b>48.496,1</b>	<b>51.068,9</b>	<b>- 2.572,8</b>	<b>- 5,0</b>

### (2) Steuereinnahmen

Anteil des Landes an	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer	16.885,0	16.305,0	+ 580,0	+ 3,6
Steuern vom Umsatz	11.550,0	11.545,0	+ 5,0	+ 0,0
Fonds "Deutsche Einheit"	- 0,0	-	- 0,0	x
Gewerbesteuerumlage	395,0	400,0	- 5,0	- 1,3
Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage	645,0	595,0	+ 50,0	+ 8,4
Zinsabschlag	800,0	830,0	- 30,0	- 3,6
Vermögensteuer	5,0	12,0	- 7,0	- 58,3
Erbschaftsteuer	1.020,0	990,0	+ 30,0	+ 3,0
Grunderwerbsteuer	1.100,0	1.125,0	- 25,0	- 2,2
Kraftfahrzeugsteuer	1.855,0	1.860,0	- 5,0	- 0,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	400,0	402,0	- 2,0	- 0,5
Feuerschutzsteuer	85,0	68,0	+ 17,0	+ 25,0
Biersteuer	205,0	208,0	- 3,0	- 1,4
<b>Insgesamt</b>	<b>34.945,0</b>	<b>34.340,0</b>	<b>+ 605,0</b>	<b>+ 1,8</b>

### **(3) Nichtsteuerliche Einnahmen**

(ohne Schuldenaufnahmen)

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Gebühren, sonstige Entgelte, Strafen	1.240,1	1.283,0	- 42,9	- 3,3
Sonstige Verwaltungseinnahmen (Gruppe 119)	244,7	253,5	- 8,8	- 3,5
Betriebseinnahmen, Mieten und Pachten	67,6	71,0	- 3,4	- 4,8
Darlehensrückflüsse	154,9	145,3	+ 9,6	+ 6,6
Zinseinnahmen	571,3	575,6	- 4,3	- 0,7
Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	385,8	379,8	+ 6,0	+ 1,6
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	11,4	11,5	- 0,1	- 0,9
Entschädigung für die Erhebung der Kirchensteuer	65,0	78,0	- 13,0	- 16,7
Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	-	2,3	- 2,3	- 100,0
Zuweisungen, Erstattungen, Schuldendiensthilfen und Vermögensübertragungen des Bundes	3.722,3	3.680,9	+ 41,4	+ 1,1
Zuschüsse und Beiträge Dritter im Geschäftsbereich des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Titel der Gruppen 282 und 287)	7,3	350,6	- 343,3	- 97,9
Steuerähnliche Abgaben	370,4	407,5	- 37,1	- 9,1
Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	101,3	103,7	- 2,4	- 2,3
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	-	5,1	- 5,1	- 100,0
Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,2	0,3	- 0,1	- 33,3
Globale Mehr- und Mindereinnahmen	0,2	0,7	- 0,5	- 71,4
Haushaltstechnische Verrechnungen	4,7	4,1	+ 0,6	+ 14,6
Sonstige Einnahmen	196,9	1.435,9	- 1.239,0	- 86,3
<b>Insgesamt</b>	<b>7.144,1</b>	<b>8.788,8</b>	<b>- 1.644,7</b>	<b>- 18,7</b>



#### (4) Schuldenaufnahmen

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Schuldenaufnahmen				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	10,5	12,6	- 2,1	- 16,7
- am Kreditmarkt	6.026,2	7.520,0	- 1.493,8	- 19,9
Zwischensumme	6.036,7	7.532,6	- 1.495,9	- 19,9
davon ab:				
- veranschlagte Tilgungsausgaben bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	148,9	143,9	+ 5,0	+ 3,5
- am Kreditmarkt	-	-	-	-
<b>Netto-Schuldenaufnahme</b>	<b>5.887,8</b>	<b>7.388,7</b>	<b>- 1.500,9</b>	<b>- 20,3</b>

### 1.3.3 Ausgaben

#### (1) Gesamtüberblick

Ausgabeart	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Personalausgaben	18.858,5	20.351,7	- 1.493,2	- 7,3
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.233,0	3.158,6	- 925,6	- 29,3
Schuldendienst	4.808,8	4.773,3	+ 35,5	+ 0,7
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	18.087,4	16.001,9	+ 2.085,5	+ 13,0
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.466,4	7.187,8	- 2.721,4	- 37,9
Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen	42,1	- 404,4	+ 446,5	x
<b>Insgesamt</b>	<b>48.496,1</b>	<b>51.068,9</b>	<b>- 2.572,8</b>	<b>- 5,0</b>

#### (2) Personalausgaben

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	50,0	45,9	+ 4,1	+ 8,9
Bezüge des Ministerpräsidenten, der Minister, der Beamten und Richter	10.260,8	11.036,4	- 775,6	- 7,0
Vergütungen der Angestellten	6,8	2.055,3	- 2.048,5	- 99,7
Löhne der Arbeiter	-	123,5	- 123,5	- 100,0
Beschäftigungsentgelte und personalbezogene Sachausgaben	203,0	258,5	- 55,5	- 21,5
Versorgungsbezüge	4.463,6	4.300,2	+ 163,4	+ 3,8
Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	1.354,3	1.362,9	- 8,6	- 0,6
Nicht aufteilbare Personalausgaben	2.465,0	1.115,9	+ 1.349,1	+ 120,9
Globale Mehr- und Minderausgaben bei den Personalausgaben	- 32,8	- 37,8	+ 5,0	- 13,2
Zuführung an den Entlastungsfonds für die Versorgungsaufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen	87,7	91,0	- 3,3	- 3,6
<b>Insgesamt</b>	<b>18.858,5</b>	<b>20.351,7</b>	<b>- 1.493,2</b>	<b>- 7,3</b>

### **(3) Sächliche Verwaltungsausgaben**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und dgl.	245,5	246,9	- 1,4	- 0,6
Verbrauchsmittel und Haltung von Fahrzeugen und dgl.	114,1	178,9	- 64,8	- 36,2
Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	178,9	163,8	+ 15,1	+ 9,2
Mieten und Pachten	632,8	1.045,0	- 412,2	- 39,4
Unterhaltung der Grundstücke und der baulichen Anlagen (Gruppen 519 + 521)	40,5	35,9	+ 4,6	+ 12,8
Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	4,5	4,5	± 0,0	± 0,0
Aus- und Fortbildung	28,2	29,2	- 1,0	- 3,4
Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	113,6	116,9	- 3,3	- 2,8
Dienstreisen	37,6	37,2	+ 0,4	+ 1,1
Verfügungsmittel	1,3	1,6	- 0,3	- 18,8
Auslagen in Rechtssachen (Gruppe 532 im Epl. 04)	426,1	426,0	+ 0,1	+ 0,0
Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens	19,9	20,0	- 0,1	- 0,5
Ausgaben der Polizei für öffentliche Sicherheit und Ordnung	44,0	42,0	+ 2,0	+ 4,8
Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	31,4	31,7	- 0,3	- 0,9
Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	39,3	46,8	- 7,5	- 16,0
Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (Gruppe 547)	180,5	584,1	- 403,6	- 69,1
Sonstige Verwaltungsausgaben (soweit nicht Gruppen 531 - 545)	173,3	171,5	+ 1,8	+ 1,0
Globale Minderausgaben	- 118,3	- 66,9	- 51,4	x
Sonstiges	39,8	43,6	- 3,8	- 8,7
<b>Insgesamt</b>	<b>2.233,0</b>	<b>3.158,7</b>	<b>- 925,7</b>	<b>- 29,3</b>

#### (4) Schuldendienst

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Schuldendienst für Kredite				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.				
- Zinsen	0,7	30,8	- 30,1	- 97,7
- Tilgungen	148,9	143,9	+ 5,0	+ 3,5
- am Kreditmarkt				
- Zinsen	4.659,2	4.598,6	+ 60,6	+ 1,3
- Tilgungen	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4.808,8</b>	<b>4.773,3</b>	<b>+ 35,5</b>	<b>+ 0,7</b>

#### (5) Ausgaben für Sachinvestitionen

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Baumaßnahmen	242,6	182,7	+ 59,9	+ 32,8
Erwerb von unbeweglichen Sachen	24,1	27,8	- 3,7	- 13,3
Erwerb von Fahrzeugen	44,7	39,4	+ 5,3	+ 13,5
Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	252,2	342,5	- 90,3	- 26,4
<b>Insgesamt</b>	<b>563,6</b>	<b>592,4</b>	<b>- 28,8</b>	<b>- 4,9</b>

**(5.1) Baumaßnahmen**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
LANDTAG	-	-	-	-
MINISTERPRÄSIDENT	1,2	-	+ 1,2	x
dar.: Neubau der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin	-	-	-	-
INNENMINISTERIUM	20,7	16,0	+ 4,7	+ 29,4
dar.: Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen	5,0	5,5	- 0,5	- 9,1
Neubau einer Verbrennungsanlage mit Rauchgasreinigung	5,9	1,4	+ 4,5	+ 321,4
Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen	8,3	8,1	+ 0,2	+ 2,5
JUSTIZMINISTERIUM	13,9	13,9	± 0,0	± 0,0
dar.: Baulich technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften	6,2	6,2	± 0,0	± 0,0
Justizvollzugseinrichtungen	7,7	7,7	± 0,0	± 0,0
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE	1,4	12,6	- 11,2	- 88,9
dar.: Universitäten und Universitätsklinika	-	9,6	- 9,6	- 100,0
Zoologisches Forschungsinstitut und Museum A. König, Bonn	1,4	2,2	- 0,8	- 36,4
Fachhochschulen	-	0,6	- 0,6	- 100,0

**(5.1) Baumaßnahmen (Fortsetzung)**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	2,2	2,5	- 0,3	- 12,0
dar.: Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter	2,1	2,5	- 0,4	- 16,0
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES	33,8	-	+ 33,8	x
FINANZMINISTERIUM	10,8	4,8	+ 6,0	+ 125,0
dar.: Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung	10,8	4,8	+ 6,0	+ 125,0
LANDESRECHNUNGSHOF	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR BAUEN UND VERKEHR	138,5	132,8	+ 5,7	+ 4,3
dar.: Straßen- und Brückenbau	133,7	128,4	+ 5,3	+ 4,1
Bauangelegenheiten des Einzelplans und baupolitische Ziele	4,8	4,4	+ 0,4	+ 9,1
MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FAMILIE, FRAUEN UND INTEGRATION	-	-	-	-
ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG	20,1	0,1	+ 20,0	x
dar.: Anfinanzierung von neuen Baumaßnahmen	20,0	0,1	+ 19,9	x
<b>Baumaßnahmen insgesamt</b>	<b>242,6</b>	<b>182,7</b>	<b>+ 59,9</b>	<b>+ 32,8</b>

Ab dem Haushaltsjahr 2001 werden Baumaßnahmen mit Ausnahme der o. a. Sonderliegenschaften, der Universitätsklinik und der Planungskosten bei den Hochschulen vom Sondervermögen "Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen - BLB NRW -" finanziert (siehe Kapitel 12 700 und Beilage 2 zu Einzelplan 12).

### **(5.2) Erwerb von unbeweglichen Sachen**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege	1,0	0,5	+ 0,5	+ 100,0
Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit	17,5	26,0	- 8,5	- 32,7
Straßen- und Brückenbau	4,5	-	+ 4,5	x
Allgemeine Bewilligungen	-	-	-	-
Übrige Verwaltungsbereiche	1,1	1,3	- 0,2	- 15,4
<b>Insgesamt</b>	<b>24,1</b>	<b>27,8</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 13,3</b>

### **(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Landtag	1,0	1,1	- 0,1	- 9,1
Ministerpräsident	3,9	4,5	- 0,6	- 13,3
Innenministerium (Ministerium)	1,6	3,3	- 1,7	- 51,5
Allgemeine Bewilligungen	6,3	1,9	+ 4,4	+ 231,6
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen	84,2	99,8	- 15,6	- 15,6
5 Bezirksregierungen	1,6	7,8	- 6,2	- 79,5

**(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen (Fortsetzung)**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen	0,3	1,0	- 0,7	- 70,0
Feuerschutz und Hilfeleistung	17,0	5,8	+ 11,2	+ 193,1
Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, Münster	1,4	1,6	- 0,2	- 12,5
Justizministerium (Ministerium)	0,1	0,2	- 0,1	- 50,0
Allgemeine Bewilligungen	37,5	41,7	- 4,2	- 10,1
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften	5,7	6,4	- 0,7	- 10,9
Weitere Gerichte	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Justizvollzugseinrichtungen	6,5	6,1	+ 0,4	+ 6,6
Aus- und Fortbildung der Justizverwaltung	0,3	0,1	+ 0,2	+ 200,0
Ministerium für Schule und Weiterbildung (Ministerium)	0,6	1,0	- 0,4	- 40,0
Allgemeine Bewilligungen	1,1	0,7	+ 0,4	+ 57,1
Prüfungsämter	0,5	0,4	+ 0,1	+ 25,0
Aus- und Fortbildung der Lehrer	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Staatliche Schulen	0,2	0,2	± 0,0	± 0,0
Hochschulen allgemein	35,4	50,6	- 15,2	- 30,0
Qualitätspakt	19,4	20,5	- 1,1	- 5,4
Universitäten	-	41,5	- 41,5	- 100,0
Kunsthochschulen	-	3,8	- 3,8	- 100,0
Fachhochschulen, Hochschulbibliothekszentrum Köln	-	6,2	- 6,2	- 100,0
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Ministerium)	0,9	1,0	- 0,1	- 10,0
Bergbau-, Energie- und Landesplanung	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium)	0,2	0,3	- 0,1	- 33,3
Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter	6,0	6,8	- 0,8	- 11,8
Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Ämter für Agrarordnung	0,7	0,8	- 0,1	- 12,5



### **(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen (Fortsetzung)**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Staatliche Veterinäruntersuchungsämter, Chemisches Landesuntersuchungsamt	2,7	3,5	- 0,8	- 22,9
Nordrhein-Westfälisches Landgestüt	0,4	0,4	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Ministerium)	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	0,4	0,9	- 0,5	- 55,6
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz	0,5	0,6	- 0,1	- 16,7
Landesanstalt für Arbeitsschutz, Landessammelstelle	0,8	0,9	- 0,1	- 11,1
Maßregelvollzug	0,1	0,2	- 0,1	- 50,0
Landesversicherungsamt Nordrhein-Westfalen	0,2	-	+ 0,2	x
Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	0,7	0,7	± 0,0	± 0,0
Versorgungsämter Nordrhein-Westfalen	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Finanzministerium (Ministerium)	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	3,4	3,8	- 0,4	- 10,5
Oberfinanzdirektionen und Finanzämter	2,6	28,4	- 25,8	- 90,8
Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung	1,9	0,7	+ 1,2	+ 171,4
Rechenzentrum der Finanzverwaltung	32,3	11,9	+ 20,4	+ 171,4
Landesamt für Besoldung und Versorgung	6,2	3,6	+ 2,6	+ 72,2
Landesrechnungshof (Epl. 13)	0,4	0,5	- 0,1	- 20,0
Ministerium für Bauen und Verkehr (Ministerium)	0,7	0,8	- 0,1	- 12,5
Staatliche Bauverwaltung	0,2	0,2	± 0,0	± 0,0
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen	0,2	0,3	- 0,1	- 33,3
Schloss Augustusburg und Falkenlust in Brühl	-	0,1	- 0,1	- 100,0
Landesinstitut für Qualifizierung	-	0,1	- 0,1	- 100,0
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (Ministerium)	0,6	0,8	- 0,2	- 25,0
Automationsunterstützung für Haushaltsplanaufstellung und Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	2,3	2,6	- 0,3	- 11,5
Sonstige Bereiche	4,4	2,3	+ 2,1	+ 91,3
<b>Insgesamt</b>	<b>296,9</b>	<b>381,9</b>	<b>- 85,0</b>	<b>- 22,3</b>
<b>darunter für den Erwerb von Fahrzeugen</b>	<b>44,7</b>	<b>39,4</b>	<b>+ 5,3</b>	<b>+ 13,5</b>

**(6) Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen (Investitionshaushalt)**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen	18.087,4	16.001,9	+ 2.085,5	+ 13,0
Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen	3.902,8	6.595,3	- 2.692,5	- 40,8
<b>Insgesamt</b>	<b>21.990,2</b>	<b>22.597,2</b>	<b>- 607,0</b>	<b>- 2,7</b>

**(7) Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen**

	2006 Mio EUR	2005 Mio EUR	Veränderung 2006 gegenüber 2005	
			Mio EUR	v. H.
Haushaltstechnische Verrechnungen	4,7	4,0	+ 0,7	+ 17,5
Zuführung an Rücklagen, Fonds und Stöcke	20,8	-	+ 20,8	x
Globale Mehrausgaben	23,4	24,0	- 0,6	- 2,5
Globale Minderausgaben	- 6,8	- 432,4	+ 425,6	- 98,4
<b>Insgesamt</b>	<b>42,1</b>	<b>- 404,4</b>	<b>+ 446,5</b>	<b>x</b>

### **(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen**

	<b>2006 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>	<b>2005 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>
<b>LANDTAG</b>	<b>16,1</b>	-	<b>15,1</b>	-
darunter:				
Zuschüsse an die Fraktionen und staatliche Zuschüsse an die Parteien	13,6	-	13,2	-
<b>MINISTERPRÄSIDENT</b>	<b>169,8</b>	<b>11,8</b>	<b>133,9</b>	<b>3,0</b>
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	13,5	-	13,4	-
Europa- und internationale Angelegenheiten	0,9	0,2	1,5	0,3
Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	32,9	2,1	28,6	1,1
Kulturförderung	103,3	8,3	70,7	0,3
Medien und Telekommunikation	14,8	0,9	15,8	1,0
<b>INNENMINISTERIUM</b>	<b>407,0</b>	<b>48,7</b>	<b>582,4</b>	<b>43,9</b>
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	17,6	-	27,6	-
Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	106,4	-	237,3	-
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen	4,5	-	5,9	-
5 Bezirksregierungen	10,3	-	14,3	-
Förderung des Sports	29,9	13,2	22,0	7,2
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -	60,6	-	60,9	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen - Landesbetrieb -	-	-	15,5	-
Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -	23,0	-	23,3	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln - Landesbetrieb -	-	-	8,3	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster - Landesbetrieb -	-	-	6,7	-
Feuerschutz und Hilfeleistung	46,1	35,5	44,7	36,7
Wiedergutmachung	104,8	-	112,0	-
<b>JUSTIZMINISTERIUM</b>	<b>58,3</b>	<b>1,4</b>	<b>59,0</b>	<b>2,2</b>
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	0,5	-	0,7	-
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	12,9	1,4	12,8	2,2
Justizvollzugseinrichtungen	43,6	-	44,3	-

**(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)**

	<b>2006 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>	<b>2005 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>
<b>MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG</b>	<b>1.652,3</b>	<b>230,5</b>	<b>1.592,7</b>	<b>230,5</b>
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	2,1	-	2,1	-
Allgemeine überregionale Finanzierungen	187,0	2,0	180,6	2,0
Landesförderungen der Weiterbildung	82,4	-	87,4	-
Schulen gemeinsam	324,2	228,5	299,6	228,5
Öffentliche Gymnasien	19,7	-	21,0	-
Ersatzschulen	1.030,4	-	995,7	-
<b>MINISTERIUM FÜR INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE</b>	<b>4.532,0</b>	<b>546,9</b>	<b>2.241,6</b>	<b>524,8</b>
Allgemeine Studierendenförderung	365,3	159,0	369,5	166,8
Allgemeine überregionale Finanzierungen	330,0	39,8	320,9	36,5
Forschungsförderung	22,1	0,7	26,6	0,7
Hochschulen allgemein	61,6	4,5	16,0	3,3
Fachbereiche Medizin und Universitätsklinika allgemein	35,3	35,2	38,0	37,9
Fachbereiche Medizin und Universitätsklinika im Einzelnen	848,3	255,3	849,8	258,7
Hochschulen (ab 2006 Globalhaushalte, Kapitel 06 111 - 06 860)	2.842,8	50,2	588,1	16,8
<b>MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE</b>	<b>927,9</b>	<b>219,1</b>	<b>857,1</b>	<b>245,1</b>
darunter:				
Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes	101,2	65,7	112,4	70,6
Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme	217,6	141,1	212,0	157,4
Bergbau und Energie	588,6	-	514,4	-
Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen	15,4	-	13,7	-

**(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)**

	<b>2006 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>	<b>2005 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>
<b>MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b>	<b>524,7</b>	<b>150,0</b>	<b>553,3</b>	<b>188,9</b>
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	44,6	22,8	33,4	7,5
Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege	22,5	4,6	66,6	19,0
Verbraucherangelegenheiten	11,5	-	13,6	-
Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz	128,8	65,1	162,5	76,8
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	69,5	38,8	86,3	60,7
Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft	93,8	17,0	48,5	22,9
Landeswirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und Direktor der Landeswirtschafts- kammer als Landesbeauftragter	98,1	-	81,8	0,2
Landesforstverwaltung	44,7	1,5	49,7	1,5
<b>MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES</b>	<b>2.477,5</b>	<b>504,2</b>	<b>2.153,2</b>	<b>595,3</b>
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	1.183,3	0,2	764,5	0,4
Landesförderung der Arbeitspolitik sowie der Aus- und Weiterbildung	66,2	8,6	85,6	12,8
Gemeinschaftliche mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung (Förderphase 2000 - 2006)	250,8	-	232,7	-
Sozialpolitische Maßnahmen - Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen	63,5	13,0	45,6	20,4
Krankenhausförderung	472,0	470,0	515,8	509,8
Maßnahmen für das Gesundheitswesen	26,3	0,3	28,7	0,3
Maßregelvollzug	213,3	9,2	258,9	49,0
Gesetzliche Leistungen der Versorgungsverwaltung	195,4	-	185,6	-
<b>FINANZMINISTERIUM</b>	<b>15,2</b>	<b>7,0</b>	<b>631,0</b>	<b>623,0</b>
darunter:				
Rechenzentrum der Finanzverwaltung	7,3	7,0	9,4	9,4
Sondervermögen BLB NRW	-	-	613,6	613,6
Verteidigungslastenverwaltung	7,0	-	7,2	-

**(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)**

	<b>2006 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>	<b>2005 Mio EUR</b>	<b>hiervon Investitionen</b>
<b>MINISTERIUM FÜR BAUEN UND VERKEHR</b>	<b>2.763,0</b>	<b>1.226,2</b>	<b>2.767,5</b>	<b>1.105,1</b>
darunter:				
Förderung des Wohnungsbaus	553,7	113,8	697,4	141,4
Förderung der Eisenbahn und des öffentlichen Nahverkehrs	1.501,4	731,5	1.510,6	731,9
Angelegenheiten der Luftfahrt	11,3	9,1	8,7	6,7
Angelegenheiten der Schifffahrt	6,0	6,0	6,0	6,0
Straßen- und Brückenbau	488,2	165,7	477,8	154,8
Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit	186,7	57,1	57,2	57,1
<b>MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FAMILIE, FRAUEN UND INTEGRATION</b>	<b>1.202,3</b>	<b>11,9</b>	<b>1.344,5</b>	<b>11,8</b>
darunter:				
Kinder- und Jugendhilfe	952,6	11,5	1.053,9	11,2
Familien- und Altenhilfe	191,0	0,3	217,1	0,5
Landesmaßnahmen für Zugewanderte	31,7	-	39,9	-
<b>ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG</b>	<b>7.244,0</b>	<b>945,0</b>	<b>9.666,2</b>	<b>3.022,2</b>
darunter:				
Anteil der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	9,6	-	11,5	-
Länderfinanzausgleich	700,0	-	550,0	-
Verwendung der Spielbankabgabe	23,0	-	25,1	-
Steuerverbund und sonstige Leistungen	6.289,4	761,0	7.098,5	1.066,2
Kapitalvermögen	212,0	184,0	1.970,0	1.956,0

### 1.3.4 Übersicht über die Zahl der Stellen für Landesbedienstete<sup>1)</sup>

#### (1) Planstellen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter

	Stellensoll	
	2005	2006
Planmäßige Beamtinnen/Beamte und Richterinnen/Richter (einschließlich Lehrerinnen/Lehrer)	251.324	252.858
Beamtete Hilfskräfte	6.030	5.907
Angestellte/Arbeiterinnen/Arbeiter	69.072	67.355
<b>Insgesamt</b>	<b>326.426</b>	<b>326.120</b>

Die Zu- und Abgänge betragen 2006 gegenüber 2005

	Zugang (+) Abgang (-)
bei den	
planmäßigen Beamtinnen/Beamten	+ 1.534
beamteten Hilfskräften	- 123
Angestellten/Arbeiterinnen/Arbeiter	- 1.717
<b>Insgesamt</b>	<b>- 306</b>

<sup>1)</sup> Das Stellensoll umfasst die Stellen der Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter der ab 2006 eingegliederten Landesbetriebe, Sondervermögen, Globalhaushalte und Fachbereiche Medizin.

Von den Zu- und Abgängen (teils Verlagerungen) entfallen auf	+/-
<b>Landtag</b>	
Landtag	- 12
<b>Innenministerium</b>	
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW	- 281
5 Bezirksregierungen	- 98
Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Innenministeriums NRW	- 222
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen	+ 226
Landesvermessungsamt NRW Bonn-Bad Godesberg - Landesbetrieb -	- 20
<b>Justizministerium</b>	
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	- 87
<b>Ministerium für Schule und Weiterbildung</b>	
Studienseminare für die Ausbildung der Lehrer und Landesinstitut für Landwirtschaftspädagogik	- 23
Schulen gemeinsam	+ 2.085
Öffentliche Grundschulen	- 63
Öffentliche Hauptschulen	- 1.297
Öffentliche Realschulen	- 540
Öffentliche Gymnasien	+ 1.583
Öffentliche Weiterbildungskollegs	+ 162
Öffentliche Gesamtschulen	+ 483
Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke	- 137
Öffentliche Berufskollegs	- 166
<b>Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie</b>	
Hochschulen allgemein und Universitätsklinika (Fachbereich Medizin)	- 55
Universitäten, Gesamthochschulen, Hochschulen, Fachhochschulen	- 311
<b>Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz</b>	
Ämter für Agrarordnung	- 42
Landesforstverwaltung	- 30
<b>Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</b>	
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz	- 27
Versorgungsämter des Landes NRW	- 113
<b>Finanzministerium</b>	
Oberfinanzdirektionen und Finanzämter	- 980
Landesamt für Besoldung und Versorgung	- 10
Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB NRW)	- 57
<b>Landesrechnungshof</b>	
Staatliche Rechnungsprüfungsämter	- 13
<b>Ministerium für Bauen und Verkehr</b>	
Straßen- und Brückenbau	- 107
<b>Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration</b>	
Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in NRW	- 12
<b>Saldo übrige Verwaltungszweige</b>	- 142



In der Übersicht über die Zahl der Stellen für Landesbedienstete sind auch die aus Titelgruppen bezahlten Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter - mit Ausnahme der Kräfte im Hochschulbereich, die ihre Vergütung aus Mitteln der Titelgruppen 98 und 99 erhalten - erfasst worden. Bei den Mitteln der Titelgruppen 98 und 99 handelt es sich um Ausgaben aus Zuschüssen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Sonderforschungsbereiche und um Ausgaben aus Beiträgen Dritter. Die hier veranschlagten Ausgaben richten sich nach den aufkommenden Einnahmen. Die Zahl der aus diesen Mitteln bezahlten Kräfte ist naturgemäß sehr starken Schwankungen unterworfen, so dass von einer Erfassung dieser Kräfte Abstand genommen wurde.

Bei den beamteten Hilfskräften sind zur Vermeidung von Doppelzählungen die Stellen für Beamtinnen/Beamte außer Betracht gelassen worden, die innerhalb der Landesverwaltung von anderen Behörden und Einrichtungen abgeordnet sind und bei der abgebenden Verwaltung eine Planstelle innehaben.

## **(2) Stellen für Beamtinnen/Beamte im Vorbereitungsdienst (Anwärterinnen/Anwärter)**

Die Zahl der Stellen für Beamtinnen/Beamte im Vorbereitungsdienst hat sich mit dem Haushaltsplanentwurf 2006 wie folgt entwickelt:

<b>Jahr</b>	<b>Stellen</b>	<b>Veränderung geg. Vorjahr</b>
2004	26.313	x
2005	28.032	+ 1.719
2006	21.347	- 6.685

## **2. Das nordrhein-westfälische Steueraufkommen und seine Verteilung**

Die Bundesregierung ist im Laufe des Jahres 2001 dazu übergegangen, Zuständigkeiten der Bundeskassen zu ändern bzw. länderübergreifend zu bündeln.

Die von der Bundesverwaltung erhobenen Steuern, neben den reinen Bundessteuern und Zöllen auch die Einfuhrumsatzsteuer als Gemeinschaftsteuer, werden infolgedessen in der amtlichen Statistik nicht mehr nach dem regionalen Aufkommen in den einzelnen Ländern, sondern nur noch in einer Summe bundesweit nachgewiesen.

Die in früheren Finanzberichten an dieser Stelle enthaltenen Ausführungen und Tabellen zum Steueraufkommen in NRW und dessen Verteilung auf die Gebietskörperschaften sind deshalb seit dem Finanzbericht 2004/2005 entfallen.

Daten zu den Steuereinnahmen des Landes NRW (nach der Steuerverteilung, aufgeschlüsselt nach Steuerarten) können seit Beginn des Jahres 2003 im Internet der Landesverwaltung unter [www.fm.nrw.de](http://www.fm.nrw.de) abgerufen werden.

### **3. Steuerschätzung für Haushalt und Finanzplanung**

#### **3.1 Ziele und Aufgaben der Steuerschätzung**

Die Steuereinnahmen sind die wichtigste Einnahmequelle des Landeshaushalts. Mit den im Haushaltsplanentwurf 2006 erwarteten Einnahmen von 34,9 Mrd. EUR können rd. 72 v. H. der Gesamtausgaben des Landes finanziert werden.

Der von Art. 81 der LV NRW geforderte Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen im Haushaltsplan ist umso leichter zu erfüllen, je genauer die zukünftige Einnahme- und Ausgabenentwicklung vorhergesagt wird. Untermauert wird diese Forderung nach größtmöglicher Genauigkeit der Prognosen durch den in § 11 der LHO verankerten Grundsatz der "Kassenwirksamkeit", der zum Inhalt hat, dass nur solche Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplan eingestellt werden dürfen, die im Haushaltsjahr effektiv zu erwarten bzw. zu leisten sind, also kassenwirksam werden.

Da die Steuereinnahmen den weitaus überwiegenden Anteil der Gesamteinnahmen des Landes und damit die Basis für den finanzpolitischen Rahmen der nächsten Jahre darstellen, werden an die Verlässlichkeit der Steuerschätzung hohe Erwartungen gestellt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Vorausschau bei den Steuereinnahmen noch schwieriger als bei den Ausgaben ist. Die Steuereinnahmeentwicklung ist in hohem Maße von exogenen Faktoren abhängig, deren Ermittlung bereits mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist und die der Fiskus nicht unmittelbar beeinflussen kann.

Zu diesen Faktoren gehören insbesondere: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Verbrauchs- und Zahlungsgewohnheiten der Steuerzahler und nicht zuletzt die Reaktionen der Steuerpflichtigen auf Steuerrechtsänderungen. Letztlich befinden die Steuerzahler zu einem guten Teil selber darüber, inwieweit steuerpflichtige Tatbestände entstehen und zu kassenmäßigen Steuereinnahmen führen. Voraussetzung für die Schätzung der Steuereinnahmen sind deshalb konkrete Annahmen über die Entwicklung dieser exogenen Faktoren. Annahmen über die Veränderung der unterschiedlichen Einflussgrößen der Steuereinnahmeentwicklung fließen in die jeweiligen Schätzmethoden ein.

Gerade die Einnahmeeinbrüche der Jahre 2001 bis 2003 haben zudem gezeigt, dass die gehäuften Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre und die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft zu Strukturbrüchen in der Steueraufkommensentwicklung führen, die mit den vorhandenen Informationsquellen nicht hinreichend erfasst werden können. Die mit der Steuerreform 2000 verbundenen Neuregelungen, insbesondere die Systemänderungen im Bereich der Körperschaftsteuer, erhöhten die Risiken der Steuerschätzung. Die direkten finanziellen Wirkungen der Rechtsänderungen werden dabei von indirekten, durch Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen verursachten Effekten überlagert.

## **3.2 Methoden der Steuerschätzung**

### **3.2.1 Direkte und indirekte Schätzung**

Für die Aufstellung der Haushalte der Gebietskörperschaften ist eine gesonderte Schätzung des Aufkommens jeder einzelnen Steuerart erforderlich. Dies kann mittels direkter oder indirekter Schätzverfahren geschehen.

Direkte Schätzverfahren stützen sich ausschließlich auf Vergangenheitswerte der zu schätzenden Steuereinnahmen. Aus der Zeitreihe der bisherigen Einnahmen wird ein Trend berechnet und in die Zukunft extrapoliert. Änderungen der erwähnten exogenen Faktoren, also des Verhaltens der Steuerpflichtigen, der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch des Steuerrechts selbst, können bei diesen Methoden nicht berücksichtigt werden. Sie eignen sich daher hauptsächlich für kurzfristige Schätzungen.

Eine dynamische Betrachtung ist nur mit Hilfe von indirekten Schätzmethoden möglich. Sie simulieren auf der Ebene der Gesamtwirtschaft die Veranlagung von Durchschnittssteuerpflichtigen. Ausgehend von einer zunächst selbst zu schätzenden Steuerbemessungsgrundlage oder einer geeigneten Hilfsgröße ermitteln sie über den Steuertarif die Steuerschuld. In einem zweiten Schritt wird das durch Veranlagungs- und Zahlungsmodalitäten entstehende kassenmäßige Aufkommen abgeleitet.

Die indirekten Verfahren sind wesentlich komplexer als die direkten Methoden. Sie erfordern eine breitere Datenbasis. Insbesondere sind Kenntnisse über die Steuerbemessungsgrundlage notwendig. Sollen Feinheiten und Besonderheiten des Steuerrechts berücksichtigt werden, muss die Bemessungsgrundlage disaggregiert dargestellt werden.

Bereits bei der Datenbeschaffung treten erhebliche Schwierigkeiten auf: Die von der amtlichen Steuerstatistik bereitgestellten Daten sind bei ihrem Erscheinen bereits veraltet. Die Veranlagungsdaten aus dem Festsetzungsverfahren werden alle drei Jahre für statistische Zwecke aufbereitet. Z. Z. muss z. B. immer noch mit der Einkommensteuerstatistik 1998 gearbeitet werden.

Für die in die Zukunft gerichtete Steuerschätzung bedarf es weiter eines einigermaßen gesicherten Anschlusses der Bemessungsgrundlage an die Gegenwart. Bei allen einkommensabhängigen Steuerarten, also z. B. der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, aber auch der Umsatzsteuer, greift man hier auf Teilaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zurück. So wird die Bruttolohn- und -gehaltssumme als Hilfsindikator für die Bruttolöhne zur Prognose des Lohnsteueraufkommens verwendet.

Ausgangspunkt jeder Steuerschätzung ist somit die Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf der Grundlage von Konjunkturprognosen und Wachstumsprojektionen werden Basisdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt. Die wichtigste Größe ist das Bruttoinlandsprodukt, definiert als der Marktwert aller Güter, die in einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Periode konsumiert oder investiert werden, zzgl. des Saldos aus Exporten und Importen. Von der Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes her müssen die Bruttolöhne und -gehälter und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen prognostiziert werden.

Die indirekten Schätzverfahren werden insbesondere bei den großen Gemeinschaftsteuern wie Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer angewendet. Die Schätzergebnisse unterstellen damit immer eine Entwicklung, die dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entspricht.

### **3.2.2 Aufkommenselastizitäten**

Überschlägige Berechnungen im Rahmen der Steuerschätzung werden häufig mit Hilfe von Aufkommenselastizitäten durchgeführt. Elastizitätskoeffizienten messen, wie sich das Aufkommen einer Steuer, einer Gruppe von Steuern oder des gesamten Steuersystems im Verhältnis zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verändert. Aufkommenselastizitäten vergleichen die relativen Wachstumsraten des Steueraufkommens mit denen des Inlandsproduktes (in jeweiligen Preisen). Eine Elastizität von 1,2 bedeutet z. B., dass das Steueraufkommen 1,2-mal so stark wie das BIP wächst.

Die einzelnen Steuerarten zeigen beachtliche Unterschiede in ihren Elastizitäten. Elastizitätskoeffizienten mit einem Wert, der größer als eins ist, sind meist bei den einkommensabhängigen Steuern, insbesondere der Lohnsteuer, zu beobachten. Hauptursache hierfür ist der progressive Einkommensteuertarif. Während sich die Umsatzsteuer aufgrund des proportionalen Steuersatzes und der wertgebundenen Bemessungsgrundlage in etwa gleichgerichtet mit dem BIP entwickelt, bleibt das Wachstum des Aufkommens der direkten Verbrauchsteuern oft infolge der Konsumgewohnheiten der Verbraucher (Sättigungseffekte) hinter dem des Inlandprodukts zurück.

Aufgrund dieser steuerartspezifischen Unterschiede wird die Aufkommenselastizität des gesamten Steuersystems maßgeblich vom Gewicht der einzelnen Steuerarten und von Verschiebungen innerhalb der Steuerstruktur bestimmt.

Sowohl die Elastizität des gesamten Steueraufkommens als auch einzelner Steuerarten schwanken im Zeitablauf sehr. Gründe hierfür liegen u. a. in Veränderungen des Steuerrechts, der Einkommenspyramide, des Verhaltens der Steuerzahler oder im Veranlagungs- und Erhebungsrhythmus der Steuerverwaltung.

In der nachstehenden **Übersicht 1** sind die Aufkommenselastizitäten des deutschen Steuersystems insgesamt und einiger Steuerarten in der längerfristigen Entwicklung zusammengestellt. Im Durchschnitt der Jahre 1970 - 1990<sup>3</sup> lag die Aufkommenselastizität für das gesamte Steuersystem fast genau bei 1. Dies bedeutet, dass die Zuwachsrate des Steueraufkommens im langen Durchschnitt in etwa der Zuwachsrate des nominalen BIP entsprach.

Wie erwartet, lag die Aufkommenselastizität bei der Lohnsteuer deutlich über 1 (1,27), bei einer Verbrauchsteuer (Mineralölsteuer) unter 1 (0,85) und bei den Steuern vom Umsatz bei ungefähr 1 (1,05).

In den einzelnen Jahren hatten insbesondere Steuerrechtsänderungen starke Ausschläge der Elastizitätsbeziehung zur Folge. In den 80er Jahren sind einerseits die Steuersenkungen durch die Steuerreformstufen 1986, 1988 und 1990 deutlich zu erkennen. Diese Änderungen lassen sich insbesondere an dem Elastizitätskoeffizienten der Lohnsteuer ablesen. Andererseits spiegelt das starke Ansteigen der Gesamtaufkommenselastizität in 1989 (1,52) die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern sowie die zeitweilige Erhebung der Quellensteuer wider. Die Erhöhung der Mineralölsteuer im Jahr 1989 ist deutlich an deren hohen Elastizitätskoeffizienten (3,45) abzulesen.

Die Zahlen ab 1991 betreffen das gesamte Bundesgebiet, also einschließlich der neuen Länder. Durch die hohen Transferleistungen von West nach Ost stiegen in den neuen Ländern die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate wesentlich mehr als die vom BIP abgebildete gesamtwirtschaftliche Produktion. Dies bewirkte insbesondere bei den an Nachfragegrößen anknüpfenden Steuerarten einen erheblichen Elastizitätssprung.

---

<sup>3</sup> Die Jahre ab 1991 wurden aus den Durchschnittsberechnungen ausgeklammert, da eine Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist. Die Bundessteuern werden nur noch für das gesamte Erhebungsgebiet, d. h. alte und neue Bundesländer zusammen, ausgewiesen.

# Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems und volkswirtschaftliche Steuerquote 1970 bis 2004 (bis einschl. 1990: früheres Bundesgebiet; ab 1991: einschl. junge Bundesländer)

Übersicht 1

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Veränderung zum Vorjahr	Steueraufkommen insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 4 zu Spalte 2)	Lohnsteueraufkommen	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 7 zu Spalte 2)	Aufkommen an Steuern vom Umsatz	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 10 zu Spalte 2)	Mineralölsteueraufkommen	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 13 zu Spalte 2)	volksw. Steuerquote (Spalte 3 zu Spalte 1)
	1)	v. H.	2)	v. H.		2)	v. H.		2)	v. H.		2)	v. H.		v. H.
	Mrd. EUR		Mrd. EUR			Mrd. EUR			Mrd. EUR			Mrd. EUR			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1970	352,0	.	78,8	.	.	17,9	.	.	19,5	.	.	5,9	.	.	22,38
1971	390,1	+ 10,8	88,1	+ 11,9	1,10	21,9	+ 22,0	2,03	21,9	+ 12,5	1,16	6,3	+ 7,9	0,73	22,60
1972	427,5	+ 9,6	100,7	+ 14,3	1,49	25,4	+ 16,3	1,70	24,0	+ 9,5	0,99	7,3	+ 14,6	1,52	23,56
1973	476,7	+ 11,5	114,9	+ 14,1	1,23	31,3	+ 23,1	2,00	25,3	+ 5,3	0,46	8,5	+ 16,6	1,44	24,11
1974	513,6	+ 7,7	122,9	+ 6,9	0,90	36,8	+ 17,5	2,26	26,2	+ 3,4	0,44	8,2	- 3,2	- 0,46	23,93
1975	536,0	+ 4,4	123,8	+ 0,7	0,16	36,4	- 1,1	- 0,25	27,7	+ 5,7	1,31	8,8	+ 6,7	1,53	23,09
1976	583,9	+ 8,9	137,0	+ 10,7	1,19	41,2	+ 13,2	1,48	29,9	+ 8,1	0,91	9,3	+ 5,8	0,65	23,46
1977	623,7	+ 6,8	153,2	+ 11,8	1,74	46,4	+ 12,6	1,85	32,1	+ 7,2	1,06	9,8	+ 5,9	0,86	24,56
1978	669,3	+ 7,3	163,2	+ 6,5	0,89	47,0	+ 1,4	0,19	37,5	+ 16,9	2,31	10,5	+ 6,7	0,91	24,38
1979	722,5	+ 7,9	175,4	+ 7,5	0,94	49,6	+ 5,5	0,69	43,1	+ 14,9	1,88	10,8	+ 3,3	0,42	24,27
1980	766,6	+ 6,1	186,1	+ 6,1	1,00	57,0	+ 14,9	2,45	47,8	+ 11,0	1,80	10,9	+ 1,0	0,16	24,28
1981	800,2	+ 4,4	189,3	+ 1,7	0,39	59,6	+ 4,5	1,02	50,0	+ 4,6	1,06	11,3	+ 3,9	0,89	23,66
1982	831,8	+ 3,9	193,6	+ 2,2	0,57	63,1	+ 5,9	1,49	50,0	- 0,1	- 0,02	11,7	+ 3,0	0,75	23,27
1983	872,2	+ 4,9	202,7	+ 4,7	0,97	65,9	+ 4,4	0,91	54,1	+ 8,3	1,72	11,9	+ 2,2	0,45	23,24
1984	915,0	+ 4,9	212,0	+ 4,6	0,93	69,7	+ 5,8	1,18	56,5	+ 4,4	0,89	12,3	+ 3,0	0,61	23,17
1985	955,3	+ 4,4	223,5	+ 5,4	1,23	75,5	+ 8,3	1,88	56,2	- 0,6	- 0,15	12,5	+ 2,0	0,46	23,39
1986	1.010,2	+ 5,7	231,4	+ 3,5	0,61	77,8	+ 3,1	0,54	56,8	+ 1,2	0,21	13,1	+ 4,6	0,80	22,90
1987	1.043,3	+ 3,3	239,5	+ 3,5	1,08	83,9	+ 7,8	2,39	60,7	+ 6,9	2,10	13,4	+ 1,9	0,59	22,96
1988	1.098,5	+ 5,3	249,6	+ 4,2	0,79	85,6	+ 2,0	0,38	63,0	+ 3,8	0,71	13,8	+ 3,4	0,65	22,72
1989	1.168,3	+ 6,4	273,7	+ 9,7	1,52	93,0	+ 8,6	1,35	67,2	+ 6,6	1,05	16,9	+ 21,9	3,45	23,43
1990 <sup>3)</sup>	1.274,9	+ 9,1	281,1	+ 2,7	0,29	90,8	- 2,3	- 0,29	75,5	+ 12,2	1,34	17,7	+ 5,0	0,55	22,05
<b>Durchschnitt 1971 - 1990</b>	.	<b>+ 6,6</b>	.	<b>+ 6,6</b>	<b>0,99</b>	.	<b>+ 8,4</b>	<b>1,27</b>	.	<b>+ 7,0</b>	<b>1,05</b>	.	<b>+ 5,7</b>	<b>0,85</b>	<b>23,40</b>
1991 <sup>4)</sup>	1.534,6	+ 20,4	338,4	+ 20,4	1,00	109,5	+ 20,6	1,01	91,9	+ 21,8	1,07	24,2	+ 36,6	1,80	22,05
1992	1.646,6	+ 7,3	374,1	+ 10,5	1,44	126,4	+ 15,5	2,12	101,1	+ 10,0	1,38	28,2	+ 16,7	2,29	22,72
1993	1.694,4	+ 2,9	383,0	+ 2,4	0,82	131,9	+ 4,3	1,49	110,6	+ 9,4	3,24	28,8	+ 2,0	0,69	22,60
1994	1.780,8	+ 5,1	402,0	+ 4,9	0,97	136,3	+ 3,3	0,65	120,5	+ 9,0	1,76	32,6	+ 13,4	2,63	22,57
1995	1.848,5	+ 3,8	416,3	+ 3,6	0,94	144,5	+ 6,1	1,60	120,0	- 0,5	- 0,12	33,2	+ 1,6	0,43	22,52
1996	1.876,2	+ 1,5	409,0	- 1,8	- 1,17	128,5	- 11,1	- 7,42	121,3	+ 1,1	0,73	34,9	+ 5,2	3,46	21,80
1997	1.915,6	+ 2,1	407,6	- 0,4	- 0,17	127,1	- 1,0	- 0,49	123,2	+ 1,6	0,74	33,7	- 3,3	- 1,57	21,28
1998	1.965,4	+ 2,6	425,9	+ 4,5	1,73	132,1	+ 3,9	1,49	127,9	+ 3,9	1,49	34,1	- 1,0	- 0,39	21,67
1999	2.012,0	+ 2,4	453,1	+ 6,4	2,69	133,8	+ 1,3	0,56	137,2	+ 7,2	3,04	36,4	+ 6,9	2,91	22,52
2000	2.062,5	+ 2,5	467,3	+ 3,1	1,25	135,7	+ 1,4	0,57	140,9	+ 2,7	1,08	37,8	+ 3,8	1,51	22,65
2001	2.113,2	+ 2,5	446,2	- 4,5	- 1,83	132,6	- 2,3	- 0,93	138,9	+ 1,4	0,56	40,7	+ 7,6	3,08	21,12
2002	2.145,0	+ 1,5	441,7	- 1,0	- 0,68	132,2	- 0,3	- 0,22	138,2	- 0,5	- 0,35	42,2	+ 3,7	2,45	20,59
2003	2.163,4	+ 0,9	442,1	+ 0,1	0,11	133,1	+ 0,7	0,80	137,0	- 0,9	- 1,01	43,2	+ 2,4	2,75	20,44
2004	2.215,7	+ 2,4	442,7	+ 0,1	0,06	123,9	- 6,9	- 2,86	137,4	- 0,3	- 0,11	41,8	- 3,3	- 1,35	19,98
<b>Durchschnitt 1992 - 2004</b>	.	<b>+ 2,9</b>	.	<b>+ 2,1</b>	<b>0,73</b>	.	<b>+ 1,0</b>	<b>0,33</b>	.	<b>+ 3,1</b>	<b>1,10</b>	.	<b>+ 4,3</b>	<b>1,50</b>	<b>22,01</b>

<sup>1)</sup> In jeweiligen Preisen, Stat. Bundesamt, VGR; Stand nach Revision 2005

<sup>2)</sup> Stat. Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 4

<sup>3)</sup> Bezogen auf das frühere Bundesgebiet; die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist wegen der Interdependenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern etwas eingeschränkt.

<sup>4)</sup> Die Daten ab 1991 betreffen das gesamte Bundesgebiet. Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist daher eingeschränkt.

Auch die Aufkommenselastizitäten der einkommensabhängigen Steuern lagen in den neuen Ländern zunächst weit über dem Westniveau. Ursache dafür war u. a. die Angleichung des Lohnniveaus und das damit verbundene Hineinwachsen von immer mehr Einkommensbeziehern in die Steuerpflicht sowie in höhere Grenzsteuersätze.

Die hohen Ausschläge in den Elastizitäten spiegeln darüber hinaus die Vielzahl der seit Beginn der 90er Jahre in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen wider. Zu nennen sind z. B. die Erhöhung des Grundfreibetrages zur Freistellung des Existenzminimums und die Verrechnung des Kindergeldes mit dem Lohnsteueraufkommen bei gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes durch das Jahressteuergesetz 1996 oder die Tarifsenkungen durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (2001).

Anhebungen des Umsatzsteuernormalsatzes ließen die Elastizität der Steuern vom Umsatz in den Jahren 1993 und 1998/99 in die Höhe schießen. Bei der Mineralölsteuer sind erhöhungsbedingte Ausschläge in den Jahren 1992, 1994 und 1999 bis 2003 sichtbar.

### **3.3 Arbeitskreis "Steuerschätzungen" und dessen "Länderausschuss"**

Eine wichtige Informationsquelle und Basis für die Steuerschätzung des Landes sind die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", der sich im Jahr 1955 konstituiert hat. Er ist ein politisch unabhängiger Kreis von Sachverständigen, der in der Regel zweimal jährlich tagt und für jede in der Bundesrepublik erhobene Steuerart (mit Ausnahme der Kirchensteuer) eine Schätzung vornimmt. Im Mai erfolgt eine mittelfristige Schätzung für den Zeitraum der anstehenden Mittelfristigen Finanzplanung. Im Herbst - vor der abschließenden Lesung des Bundeshaushalts - werden die Steuereinnahmen für das jeweils laufende und für das kommende Haushaltsjahr noch einmal überprüft.

Dem Arbeitskreis gehören der Vertreter des Bundesministers der Finanzen (Vorsitzender), Vertreter der Finanzminister/-innen bzw. -senatoren der Länder, der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute an.



Wichtigstes Ziel bei der Gründung des Arbeitskreises im Jahr 1955 war, die Vorausschätzung der Steuereinnahmen auf möglichst einheitliche Annahmen und Methoden zu stützen und die Schätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen aus der politischen Diskussion zu nehmen.

Gemeinsame Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge sind die vom Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung" beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erarbeiteten Grundannahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet. Diese Vorgaben der Bundesregierung fließen in alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge ein und haben damit erheblichen Einfluss auf das Ergebnis der Schätzung. Dabei stehen die kurzfristigen Konjunkturprognosen der Bundesregierung im direkten Vergleich zu den Frühjahrs- bzw. Herbstgutachten der großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die ja ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden.

Mittelfristige Wirtschaftsprojektionen werden von keinem Wirtschaftsforschungsinstitut abgegeben, da die Datenbasis für derartige Ausblicke zu unvollständig ist. Besondere Probleme entstehen bei der zeitlichen Vorhersage von konjunkturellen Umbrüchen. Mittelfristig können deshalb lediglich modellhafte Szenarien abgeleitet werden. Bei den mittelfristigen Vorgaben der Bundesregierung handelt es sich daher um Projektionen. Sie zeichnen die angestrebte, für wünschenswert und erreichbar gehaltene Entwicklung auf. Die Bestrebungen der Finanzpolitiker nach möglichst realitätsnahen Steuerschätzungen konkurrieren somit mit der von den Wirtschaftspolitikern gewünschten Signalwirkung der Projektion.

Gerade bei der mittelfristigen Steuerschätzung können sich hohe Fehlerquoten ergeben. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung besteht die Tendenz, die Steuereingänge zu überschätzen. Umgekehrt, in Jahren mit aufwärts gerichtetem Wirtschaftswachstum, unterschätzen die Modelle zu meist die tatsächliche Entwicklung.

Auch die in die Schätzung eingehenden Wirkungen der jeweils aktuellen Steuerrechtsänderungen legt die Bundesregierung vor. Solange die Wirkungen der Rechtsänderungen noch nicht in der statistischen Datenbasis für die Steuerschätzung eingegangen sind, werden i. d. R. die Schätzungen der entsprechenden Mehr- oder Mindereinnahmen des Bundesfinanzministeriums übernommen. Ausnahmen gab es bisher nur in den Fällen, in denen

aus der Entwicklung der Steuereinnahmen Fehlschätzungen offen zu Tage traten. Dies geschieht äußerst selten, da Fehler bei der Kalkulation der Wirkungen von Steuerrechtsänderungen im Allgemeinen in der Gesamtheit der Steuereingänge untergehen.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" liefert Prognosen für jede Steuerart. Soweit es die Datenbasis erlaubt, legt er getrennte Schätzungen für das alte und das neue Bundesgebiet vor. Außerdem ordnet der Arbeitskreis seine Steuereinnahmeerwartungen den drei Ebenen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zu. Der Bund übernimmt die Ergebnisse des Arbeitskreises, ergänzt um Korrekturposten für von der Bundesregierung geplante, aber noch nicht parlamentarisch verabschiedete Steuerrechtsänderungen, in seinen jeweiligen Haushaltsplan bzw. die Mittelfristige Finanzplanung.

Zur Ermittlung der zukünftigen Steuereinnahmen eines Landes muss die Summe der Steuereinnahmen der Länder regionalisiert, d. h. auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Ein erster Schritt zu dieser Aufteilung ist die sog. Schematische Regionalisierung durch den Länderausschuss "Regionalisierung". Alle vom Grundsatz her nach dem örtlichen Aufkommen verteilten Steuereinnahmen werden anhand der Ist-Eingänge des letzten aktuell verfügbaren 12-Monats-Zeitraums auf die Länder verteilt.

Diese Ergebnisse sind die Basis für eine schematische Verteilung des Umsatzsteueranteils der Länder, die Vorabkalkulation der Zahlungsströme im Länderfinanzausgleich sowie eines Teils der Bundesergänzungszuweisungen.

### **3.4 Schätzung der Steuereinnahmen auf Landesebene**

Die Schematische Regionalisierung wird einheitlich von allen Ländern als eine interne Arbeitsunterlage angesehen. Sie ist eine Basis für die Ableitung der jeweiligen Haushaltsansätze. Sicher ist, dass kein Land die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung ungeprüft übernehmen kann. Im Rahmen der Finanzautonomie der Länder ist es selbstverständlich, dass eigene Überlegungen über die zukünftigen Entwicklungen in die Steuerschätzung einfließen.

Notwendigkeiten zu Korrekturen ergeben sich zum einen aus dem System der Schematischen Regionalisierung selbst und zum anderen aus den der Steuerschätzung zugrunde liegenden Verfahren.

Zunächst ist zu beachten, dass die Schematische Regionalisierung die einem Land für ein Haushaltsjahr zustehenden Umsatzsteuereinnahmen berechnet. Aufgrund der nachträglichen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ländern unterscheiden sich diese Beträge teilweise deutlich von den im entsprechenden Haushaltsjahr kassenmäßig zu buchenden Zahlungsströmen.

Der sog. vorläufige Vollzug der Umsatzsteuer richtet sich nach der Durchführungsverordnung zu § 13 Finanzausgleichsgesetz. Sie legt den v. H.-Satz fest, den die Zahlerländer täglich aus ihren Umsatzsteueraufkommen für Zwecke des Umsatzsteuerausgleichs (und den Länderfinanzausgleich) an den Bund als Clearingstelle abführen müssen. Der Abführungssatz richtet sich nach den Ist-Ergebnissen der letzten vier abgerechneten Quartale. Den Werten für 2006 liegen damit die Steuereingänge im vierten Quartal 2004 und den ersten drei Quartalen 2005 zugrunde.

Vierteljährlich, jeweils im März, Juni, September und Dezember, wird nach den dann vorliegenden Quartalszahlen abgerechnet. D. h., die Umsatzsteuereinnahmen eines Jahres setzen sich aus dem Abrechnungsbetrag des Vorjahres, den Einnahmen der ersten drei abgerechneten Quartale sowie Einnahmen nach dem vorläufigen Vollzug für das letzte Quartal zusammen.

Gerade durch die niedrige Steuerkraft der neuen Länder ist das Transfer volumen der Umsatzsteuerverteilung erheblich angestiegen. Die Abweichungen zwischen den kassenmäßigen Einnahmen und den dem Land für das entsprechende Haushaltsjahr zustehenden Einnahmen können deshalb durchaus im dreistelligen Millionenbereich liegen.

Auch durch die Zerlegungs- bzw. Clearingverfahren, mit denen eine nicht sachgerechte, d. h. dem Sinn des Prinzips des örtlichen Aufkommens widersprechende Verteilung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag und Feuerschutzsteuer korrigiert wird, können bei einzelnen Ländern erhebliche Einnahmeschwankungen auftreten. Durch den nachgelagerten Einnahmeausgleich zwischen den Ländern ist es in den vergangenen Jahren vermehrt zu teils erheblichen Verwerfungen bei den kassenmäßigen Zu-

flüssen gekommen. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den zunehmenden Einfluss von Großunternehmen auf das Steueraufkommen.

Weitere Gründe, die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung für Zwecke der eigenen Steuerschätzung zu überarbeiten, sind:

- Die Steuerschätzung wird nach geltendem Rechtsstand durchgeführt. Anstehende, aber noch nicht endgültig beschlossene Steuerrechtsänderungen können folglich auch von der Schematischen Regionalisierung nicht berücksichtigt werden.
- Zeitlich befristete Sonderentwicklungen in einzelnen Ländern können zu erheblichen strukturellen Verzerrungen im Einnahmegefüge aller Länder führen. Da jedoch erhebliche Schwierigkeiten bestehen, Sondereffekte einheitlich zu definieren, insbesondere für alle Länder verbindliche Größenvorgaben festzulegen, werden die Regionalisierungsgrundlagen i. d. R. nicht um derartige Effekte bereinigt.
- Wie erläutert, basieren die Schätzverfahren des Arbeitskreises auf gesamtwirtschaftlichen Modellen (Isolierte Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder werden nicht erstellt.). Auch eine realistische Prognose der bundesweiten wirtschaftlichen Entwicklung muss nicht für jedes einzelne Land in gleichem Maße zutreffen. Hier müssen unterschiedliche wirtschaftliche Tendenzen berücksichtigt werden. Auch Sonderentwicklungen einzelner Länder können von den auf einer historischen Datenbasis aufbauenden Modellen keinen Niederschlag finden.

### 3.5 Zuverlässigkeit der Schätzergebnisse in Nordrhein-Westfalen

Eine Gegenüberstellung der im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesenen Schätzergebnisse und der tatsächlichen Ist-Einnahmen der Jahre 1961 bis 2004 (Übersicht 2) zeigt, dass es neben Überschätzungen auch weit hinter der Ist-Entwicklung zurückgebliebene Veranschlagungen gegeben hat. Die Fehlerquote reicht von + 10,1 v. H. (1969) bis - 8,1 v. H. (2001).

Ein Vergleich der Fehlerquoten der Steuerschätzung mit der Konjunktur-entwicklung macht deutlich, dass nicht nur die tatsächliche Steuereinnahme-entwicklung, sondern auch ihre Schätzung vom Konjunkturverlauf geprägt wird. Dies gilt besonders für die 60er und 70er Jahre, in denen die Konjunkturzyklen klar abgrenzbar waren, aber auch für das Ende der 80er Jahre und den Anfang der 90er Jahre. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung wurden die Steuereingänge häufig überschätzt, während die Einnahmen in Jahren mit aufwärts gerichteter Wirtschaftsentwicklung oft zu niedrig veranschlagt wurden.

Dieser dem Verfahren der offiziellen Steuerschätzung immanente Fehler ist ein wichtiger Grund für die relativ hohe Überschreitung der Haushaltsansätze durch die Ist-Einnahmen in den Jahren 1989 - 1992, in denen die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung positiver ausfiel als die in die Schätzung eingegangenen Erwartungen.

**Vergleich der im Landeshaushaltsplan ausgewiesenen Schätzergebnisse  
(Haushaltsansätze) mit der tatsächlichen Steuereinnahmentwicklung  
der Jahre 1961 bis 2004**

Jahr	Haushaltssoll		Haushaltsist			
	- Mio EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	- Mio EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	Differenz zum Soll	
					- Mio EUR -	- v. H. -
1	2	3	4	5	6	7
1961	3.775,7	x	4.074,3	x	+ 298,5	+ 7,9
1962	4.810,1	+ 27,4	4.539,7	+ 11,4	- 270,5	- 5,6
1963	4.855,2	+ 0,9	4.530,9	- 0,2	- 324,3	- 6,7
1964	4.837,2	- 0,4	4.912,6	+ 8,4	+ 75,4	+ 1,6
1965	5.154,7	+ 6,6	5.149,2	+ 4,8	- 5,5	- 0,1
1966	5.704,4	+ 10,7	5.379,0	+ 4,5	- 325,4	- 5,7
1967	5.859,6	+ 2,7	5.547,9	+ 3,1	- 311,6	- 5,3
1968	5.668,8	- 3,3	5.974,0	+ 7,7	+ 305,2	+ 5,4
1969	6.349,4	+ 12,0	6.989,2	+ 17,0	+ 639,8	+ 10,1
<b>1961/1969</b>	<b>47.015,2</b>	<b>+ 6,7</b>	<b>47.096,9</b>	<b>+ 7,0</b>	<b>+ 81,7</b>	<b>+ 0,2</b>
1970	7.482,8	+ 17,9	7.485,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0
1971	8.254,8	+ 10,3	8.343,8	+ 11,5	+ 89,0	+ 1,1
1972	9.476,8	+ 14,8	9.772,5	+ 17,1	+ 295,7	+ 3,1
1973	10.875,2	+ 14,8	11.163,0	+ 14,2	+ 287,9	+ 2,6
1974	12.772,1	+ 17,4	12.291,6	+ 10,1	- 480,5	- 3,8
1975	11.759,7	- 7,9	11.941,0	- 2,9	+ 181,3	+ 1,5
1976	12.782,3	+ 8,7	13.394,5	+ 12,2	+ 612,2	+ 4,8
1977	14.674,1	+ 14,8	14.972,4	+ 11,8	+ 298,3	+ 2,0
1978	15.788,7	+ 7,6	15.961,7	+ 6,6	+ 173,0	+ 1,1
1979	16.596,5	+ 5,1	17.268,9	+ 8,2	+ 672,4	+ 4,1
<b>1970/1979</b>	<b>120.462,9</b>	<b>+ 10,1</b>	<b>122.595,0</b>	<b>+ 9,5</b>	<b>+ 2.132,0</b>	<b>+ 1,8</b>
1980	18.202,0	+ 9,7	18.102,8	+ 4,8	- 99,2	- 0,5
1981	18.554,8	+ 1,9	17.935,9	- 0,9	- 618,9	- 3,3
1982	18.906,6	+ 1,9	18.466,7	+ 3,0	- 439,8	- 2,3
1983	19.086,5	+ 1,0	19.263,2	+ 4,3	+ 176,7	+ 0,9
1984	20.142,5	+ 5,5	20.081,8	+ 4,2	- 60,7	- 0,3
1985	21.218,6	+ 5,3	20.970,5	+ 4,4	- 248,1	- 1,2
1986	22.113,4	+ 4,2	22.271,5	+ 6,2	+ 158,1	+ 0,7
1987	23.499,0	+ 6,3	23.136,5	+ 3,9	- 362,5	- 1,5
1988	23.723,9	+ 1,0	24.190,1	+ 4,6	+ 466,2	+ 2,0
1989	25.053,3	+ 5,6	26.831,9	+ 10,9	+ 1.778,6	+ 7,1
<b>1980/1989</b>	<b>210.500,6</b>	<b>+ 4,2</b>	<b>211.251,0</b>	<b>+ 4,5</b>	<b>+ 750,5</b>	<b>+ 0,4</b>
1990	26.331,5	+ 5,1	27.108,5	+ 1,0	+ 777,0	+ 3,0
1991	27.866,4	+ 5,8	28.703,0	+ 5,9	+ 836,6	+ 3,0
1992	30.677,5	+ 10,1	31.319,0	+ 9,1	+ 641,5	+ 2,1
1993	32.037,5	+ 4,4	32.005,4	+ 2,2	- 32,1	- 0,1
1994	32.671,6	+ 2,0	32.280,8	+ 0,9	- 390,7	- 1,2
1995	33.888,4	+ 3,7	33.914,7	+ 5,1	+ 26,3	+ 0,1
1996	34.933,7	+ 3,1	33.931,1	+ 0,0	- 1.002,6	- 2,9
1997	34.545,4	- 1,1	33.373,4	- 1,6	- 1.172,0	- 3,4
1998	34.842,0	+ 0,9	35.075,4	+ 5,1	+ 233,4	+ 0,7
1999	36.425,5	+ 4,5	36.830,5	+ 5,0	+ 405,0	+ 1,1
<b>1990/1999</b>	<b>324.219,5</b>	<b>+ 3,8</b>	<b>324.541,8</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>+ 322,3</b>	<b>+ 0,1</b>
2000	37.707,8	+ 3,5	37.796,9	+ 2,6	+ 89,1	+ 0,2
2001	36.609,0	- 2,9	33.639,1	- 11,0	- 2.969,9	- 8,1
2002	36.783,0	+ 0,5	35.923,8	+ 6,8	- 859,2	- 2,3
2003	34.695,0	- 5,7	33.398,5	- 7,0	- 1.296,5	- 3,7
2004	33.900,0	- 2,3	33.912,0	+ 1,5	+ 12,0	+ 0,0
<b>1961/2004</b>	<b>881.893,0</b>	<b>+ 5,2</b>	<b>880.155,0</b>	<b>+ 5,1</b>	<b>- 1.738,1</b>	<b>- 0,2</b>

1993 bis 1995 Bruttoveranschlagung der Beiträge des Landes zum Fonds "Deutsche Einheit".

Seit Anfang der 90er Jahre erschwerten außerdem häufige Änderungen des Steuerrechts, deren Folgewirkungen und steuertechnische Behandlung zunehmend die Prognosen. Dies gilt besonders für Rechtsänderungen, die zu Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen führen. Ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen sind im Voraus kaum zuverlässig zu prognostizieren, da die Reaktionen der Steuerzahler in der Regel nicht konkret zu erfassen sind. Steuerschätzungen müssen deshalb mit Verhaltenshypothesen arbeiten.

Der Vergleich zwischen den Ansätzen im Landeshaushalt und der tatsächlichen Einnahmeentwicklung macht den Vorbehalt deutlich, unter dem Steuervorausschätzungen stehen, und zeigt, mit welchen Einschränkungen sie der haushaltsrechtlich gestellten Forderung nach Genauigkeit nachkommen.

Die Schwierigkeiten der Steuerschätzung nehmen mit zeitlichem Abstand zur Schätzperiode zu. Für den mittelfristigen Zeitraum muss die Prognose deshalb eher als eine Tendenzaussage angesehen werden, die lediglich unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen gilt und deren absolute Höhe sich z. B. schon dann ändert, wenn das Aufkommen im Basisjahr zu hoch oder zu niedrig prognostiziert wurde.

#### **4. Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden**

##### **4.1 Koordinierung der Haushalte und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften im Finanzplanungsrat**

Der Finanzplanungsrat hat nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) die Hauptaufgabe, Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Kommunen zu geben. Auf diese Weise sollen die Aufstellung und der Vollzug der Haushalte aller staatlichen Ebenen eine an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Ausrichtung erfahren. Die Koordinierungsfunktion des Finanzplanungsrates ist jedoch durch die verfassungsrechtlich garantierte Selbstständigkeit der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern begrenzt.

Der Finanzplanungsrat tritt jährlich i. d. R. jeweils im Frühsommer und im Spätherbst zu Beratungen zusammen. Den Vorsitz des Gremiums führt der Bundesminister der Finanzen. Weitere Mitglieder sind der Bundesminister für

Wirtschaft und Technologie, die Finanzminister/-innen bzw. zuständigen -senatoren aller 16 Länder sowie Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände. An den Beratungen nimmt darüber hinaus ein Vertreter der Deutschen Bundesbank regelmäßig als Gast teil.

Eine besondere Aktualität hat die Koordinierungsfunktion in Zusammenhang mit den EU-rechtlichen Vorgaben zur Gewährleistung solider mitgliedstaatlicher Finanzen erhalten. Durch die Mitte 2002 in Kraft getretene Neuregelung des § 51 a HGrG ist dem Finanzplanungsrat eine zentrale Rolle in dem innerstaatlichen Verfahren zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zugewiesen worden. So kann der Finanzplanungsrat z. B. Empfehlungen zu einer gemeinsam anerkannten Ausgabenlinie geben, etwa zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Begrenzung des Ausgabenwachstums. Soweit die Haushaltsdisziplin von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände nicht den EU-rechtlichen Vorgaben entspricht, kann er zudem konkrete Empfehlungen zu deren Wiederherstellung aussprechen, die dann die Richtschnur für die Haushalts- und Finanzplanungen der betroffenen Gebietskörperschaften bilden. Insoweit ist das im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarte Verfahren im Falle eines Auftretens übermäßiger Defizite auf den innerstaatlichen Kontext übertragen worden.

Die jüngste Sitzung des Finanzplanungsrates fand am 30.06.2005 statt. Erörtert wurden die gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushaltspläne 2006 und der Finanzpläne bis 2009 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich der Frage einer Länderbeteiligung an der Aktualisierung des Deutschen Stabilitätsprogramms. Darüber hinaus wurden die Berichte zum Fortschritt der Haushaltssanierung in der Freien Hansestadt Bremen und im Saarland für das Jahr 2004 beraten. Ein einvernehmlicher Beschluss - etwa zur weiteren Fortentwicklung und Aktualisierung des im März 2002 in einer Sondersitzung vereinbarten Nationalen Stabilitätspakts - kam jedoch nicht zustande.

Die turnusmäßige Herbstsitzung des Finanzplanungsrates ist auf Februar 2006 verschoben worden. Es steht zu erwarten, dass das Gremium in dieser Sitzung weitere Beschlüsse zu notwendigen gemeinsamen Konsolidierungsanstrengungen aller staatlichen Ebenen fassen wird. Im Vordergrund dürfte



dabei die Verwirklichung des Ziels stehen, die 3-Prozent-Defizitgrenze spätestens im Jahr 2007 wieder einzuhalten. Diese Zielsetzung sieht auch der Koalitionsvertrag auf Bundesebene vor.

## **4.2 Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen**

### **4.2.1 Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer**

Die Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen für die Jahre 1998 ff. ergeben sich aus § 1 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz. Dem Bund stehen danach im Jahr 1998 vorab 3,64 v. H. und ab 1999 5,63 v. H. des bundesweiten Umsatzsteueraufkommens zu. Vom verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden seit 1998 einen Anteil von 2,2 v. H. Am hiernach verbleibenden Aufkommen waren Bund und Länder in den Jahren 1998 und 1999 mit 50,5 v. H. bzw. 49,5 v. H. beteiligt, für die Jahre 2000 und 2001 betrug das Beteiligungsverhältnis 50,25 v. H. zu 49,75 v. H. Ab 2002 beläuft sich das Beteiligungsverhältnis auf 49,60 v. H. (Bund) zu 50,40 v. H. (Länder). Zudem erhielten die Länder im Jahr 2004 einmalig einen Festbetrag aus dem Umsatzsteueraufkommen i. H. v. 2,65 Mrd. EUR. Der Bund erhält ab 2005 einen Festbetrag i. H. v. rd. 2,323 Mrd. EUR zu Lasten des Länderanteils an der Umsatzsteuer.

Die dem Bund zufallenden Vorabanteile von 3,64 bzw. 5,63 v. H. dienen als Ausgleich für seine Belastungen aus der Gewährung eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung zur Stabilisierung des Beitragssatzes; die Finanzierung erfolgt aus den Mehreinnahmen aufgrund der Erhöhung des allgemeinen Steuersatzes um 1 v. H.-Punkt von 15 auf 16 v. H. ab 01.04.1998.

Seit 1998 werden die Gemeinden grundgesetzlich garantiert an der Umsatzsteuer beteiligt. Durch diese Beteiligung erhalten die Gemeinden den finanziellen Ausgleich ihrer Einnahmeverluste aus dem Wegfall der Gewerbesteuer im Rahmen der Unternehmensteuerreform.

Der den Ländern im Jahr 2004 einmalig zustehende Festbetrag i. H. v. 2,65 Mrd. EUR diente als teilweise Kompensation der Einnahmeausfälle der Länder aus dem Vorziehen der dritten Steuerreformstufe im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004.

Der dem Bund ab dem Jahr 2005 zustehende Umsatzsteuerfestbetrag beträgt jährlich rd. 2,323 Mrd. EUR. I. H. v. jährlich 1,323 Mrd. EUR trägt der Bund seiner alleinigen Finanzierungsverpflichtung für den Schuldendienst am Fonds "Deutsche Einheit" Rechnung. I. H. v. 1 Mrd. EUR dient der Festbetrag zur Finanzierung von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (Hartz IV).

Die nach Berücksichtigung der jeweiligen Vorabanteile für den Bund sowie der Gemeindebeteiligung bis 1999 nominal unveränderten Anteilssätze von 50,5 bzw. 49,5 v. H. für Bund und Länder beinhalteten einen 5,5-v. H.-Anteil zugunsten der Länder zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 1998). Zum Ausgleich der Kindergelderhöhung ab 01.01.2000 erhöhte sich dieser Anteil ab 2000 um 0,25 auf 5,75 v. H.-Punkte, so dass der Länderanteil an der Umsatzsteuer für 2000 und 2001 49,75 v. H. betrug. Zum Ausgleich der Kindergelderhöhung ab 01.01.2002 erhöht sich der Länderanteil um weitere 0,65 auf 6,40 v. H.-Punkte, so dass er nun 50,40 v. H. beträgt.

Die Entwicklung der jeweiligen Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden (letztere ab 1998) am Umsatzsteueraufkommen seit 1970 zeigt die nachfolgende Übersicht:

Jahr	Bund	Länder	Gemeinden
	- v. H. des Gesamtaufkommens -		
1970/1971	70	30	
1972/1973	65	35	
1974	63	37	
1975	68,25	31,75	
1976 - 1977	69	31	
1978 - 1982	67,5	32,5	
1983	66,5	33,5	
1984 - 1985	65,5	34,5	
1986 - 1992	65	35	
1993 - 1994	63	37	
1995	56	44	
1996 - 1997	50,5	49,5	
1998	51,2312404	46,6488396	2,11992
1999	52,2383993	45,6854607	2,07614
2000 - 2001	52,00766465	45,91619535	2,07614
2002 - 2003	51,40775456	46,51610544	2,07614
2004	49,47608609	48,44777391	2,07614
2005	53,09495861	44,82890139	2,07614
2006	53,08271209	44,84114791	2,07614

#### **4.2.2 Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes im Haushaltsplanentwurf 2006**

In den Einnahmetiteln des Haushaltsplanentwurfs 2006 (Hauptgruppen 2 und 3) sind rd. 3,7 Mrd. EUR aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Dieser Betrag schließt 10,5 Mio EUR Einnahmen aus Schuldenaufnahmen beim Bund mit ein. Die wichtigsten Leistungen des Bundes einschließlich ihrer voraussichtlichen mittelfristigen Entwicklung sind in der nachstehenden Übersicht aufgelistet. Für 2006 sind darin rd. 94 v. H. aller vom Land erwarteten Bundesmittel erfasst.

**Leistungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen  
nach bedeutenden Einnahmepositionen 2005 bis 2009**

Art der Leistung	Kapitel - Titel	Haushalts- plan einschl. 2. Nachtrag	Haushalts- plan- entwurf	Planungsergebnis		
		2005	2006	2007	2008	2009
		- Mio EUR -				
<b>1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a GG:</b>						
11 Hochschulbau	06 100 - 331 10, 331 20	164,5	164,5	164,5	164,5	164,5
12 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	08 300 - 231 61, 331 61	0,4 30,7	0,4 28,7	0,4 28,7	0,4 28,7	0,4 28,7
13 Verbesserung der Agrarstruktur (einschl. Sonderrahmenplan)	10 080 - alle Titel 231 und 331	52,3	42,4	42,4	42,4	42,4
14 Gemeinsame Forschungsförderung (Blaue-Liste-Einrichtungen)	06 030 - 231 11, 331 11	23,1	23,8	25,2	25,1	26,1
<b>2. Aufgrund von Geldleistungsgesetzen nach Artikel 104 a Abs. 3 GG:</b>						
21 Aufstiegsfortbildung	05 030 - 231 10	17,9	17,9	17,9	17,9	17,9
22 Ausbildungsförderung im Schulbereich	05 030 - 231 61, 331 61	94,9 1,3	98,8 1,3	98,8 1,3	98,8 1,3	98,8 1,3
23 Ausbildungsförderung im Hochschulbereich	06 027 - 231 62, 331 62	198,8	200,9	200,9	200,9	200,9
24 Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	11 020 - 231 10	730,0	860,0	860,0	860,0	860,0
25 Wohngeld <sup>1)</sup>	14 050 - 231 10	225,0	165,0	165,0	165,0	165,0
26 Unterhaltsvorschussgesetz	15 055 - 231 10	67,4	67,9	67,9	67,9	67,9
<b>3. Als Finanzhilfen nach Artikel 104 a Abs. 4 GG:</b>						
31 Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung	05 300 - 331 20	228,5	228,5	159,9	-	-
32 Darlehen und Zuweisungen für den Wohnungsbau (einschl. Aussiedlerwohnungsbau)	14 050 - 311 70, 331 70	61,4	55,2	57,0	48,4	48,0
33 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	14 500 - 331 10 und 331 12	41,2	44,8	47,5	49,6	49,6
34 Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (ÖPNV)	14 110 - 331 10	199,6	189,9	190,7	189,0	184,6
35 Anschluss des Flughafens Köln-Bonn an die Eisenbahn-Neubaustrecke Köln-Rhein-Main	14 110 - 331 11	23,4	12,9	-	-	-
36 Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG (kommunaler Straßenbau)	14 140 - 331 10	129,4	129,4	129,4	129,1	129,1
37 Regionalisierungsgesetz	14 110 - 231 10	1.111,1	1.127,8	1.144,7	1.161,9	1.179,3
<b>4. Sonstige:</b>						
41 Erstattung von Entschädigungslasten der Wiedergutmachung	03 810 - 231 00	46,9	41,3	41,0	39,8	38,6
<b>Nachgewiesene Leistungen des Bundes insgesamt:</b>		<b>3.447,8</b>	<b>3.501,4</b>	<b>3.443,2</b>	<b>3.290,7</b>	<b>3.303,1</b>

<sup>1)</sup> bis 2001 unter 14 050 - 241 10

## 4.3 Finanzausgleich unter den Ländern

### Systematik und Rechtsentwicklung bis 1994

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 1999 (Tz. 4.3, Seiten A 59 ff.).

### Der gemeinsame Finanzausgleich ab 1995

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 2004/2005 (Tz. 4.3, Seiten A 46 ff.).

### Der Finanzausgleich ab 2005

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 11.11.1999 (BVerfGE 101, 158 ff.) festgestellt, dass das bis 2004 geltende Finanzausgleichsgesetz die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht mit hinreichender Deutlichkeit bestimmt und deshalb nur noch als Übergangsrecht anwendbar war. Es hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 01.01.2003 ein Maßstäbengesetz in Kraft zu setzen und das seinerzeit bestehende Finanzausgleichsgesetz bis zum 31.12.2004 neu zu regeln. Beide Gesetzgebungsaufträge sind bereits im Jahr 2001 erfüllt worden. Das neue Finanzausgleichsrecht ist nach Ablauf des Solidarpaktes I zum 01.01.2005 in Kraft getreten.

Die Regelungen zum neuen Finanzausgleich und zum Solidarpakt II werden zur Überwindung der Folgen der Teilung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland innerhalb einer Generation beitragen. Sie sind daher bis zum 31.12.2019 befristet.

Folgende wichtige strukturelle Änderungen des Länderfinanzausgleichs wurden vorgenommen:

- Das System insgesamt ist anreizgerechter: Hat ein Land einen überdurchschnittlichen Steuerzuwachs, verbleiben ihm 12 v. H. der überdurchschnittlichen Einnahmen; sie werden nicht in den Finanzausgleich eingerechnet.

- Hafenlasten werden nicht mehr im Länderfinanzausgleich berücksichtigt, sondern außerhalb des Systems geregelt.
- Die kommunale Finanzkraft wird zu 64 v. H. einbezogen. Dies ist ein Kompromiss zwischen der bisher hälftigen Einbeziehung und der Forderung nach 100%iger Einbeziehung.
- Das Volumen des Länderfinanzausgleichs wird nicht ausgeweitet, sondern verringert. Stattdessen wird die originäre Steuerkraft der steuerschwächeren Länder bei der Verteilung der Umsatzsteuer gestärkt.

NRW finanzierte im Zeitraum 1995 bis einschließlich 2004 mit insgesamt rd. 11,1 Mrd. EUR rd.16 v. H. des gesamten Ausgleichsvolumens. Einen Überblick über die Abrechnungsergebnisse geben die nachfolgenden Übersichten:

## Beiträge im Länderfinanzausgleich 1995 bis 2004 in Relation zum Ausgleichsvolumen

**Basis:**  
1995 - 2003: 2. Durchführungsverordnung  
2004: Vorläufige Abrechnung

Zeitraum	NRW		BY		BW		HE		SH		HH		Zusammen Mio EUR
	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	
1995	1.763,4	30,81	1.294,4	22,61	1.433,3	25,04	1.100,6	19,23	72,2	1,26	60,1	1,05	5.723,9
1996	1.598,0	25,56	1.463,2	23,40	1.289,0	20,61	1.656,4	26,49			246,2	3,94	6.252,8
1997	1.564,2	25,50	1.586,0	25,85	1.232,0	20,08	1.609,6	26,24	2,8	0,05	139,8	2,28	6.134,4
1998	1.583,0	22,88	1.486,5	21,48	1.777,9	25,69	1.758,2	25,41	0,1	0,00	314,3	4,54	6.920,0
1999	1.317,5	17,59	1.635,3	21,83	1.759,7	23,49	2.432,6	32,48			344,9	4,60	7.490,0
2000	1.141,2	13,79	1.884,1	22,77	1.957,2	23,66	2.734,4	33,05			556,0	6,72	8.272,9
2001	277,9	3,67	2.276,8	30,09	2.115,4	27,95	2.629,5	34,75			268,1	3,54	7.567,7
2002	1.628,1	21,87	2.047,5	27,50	1.662,7	22,33	1.910,2	25,66			197,1	2,65	7.445,5
2003	49,6	0,75	1.859,2	28,13	2.169,3	32,82	1.875,8	28,38			656,0	9,92	6.609,8
2004	213,2	3,16	2.303,0	34,11	2.148,4	31,82	1.516,2	22,46			571,1	8,46	6.751,9
1995 - 2004	11.136,1	16,10	17.835,9	25,79	17.544,9	25,37	19.223,4	27,79	75,0	0,11	3.353,5	4,85	69.168,8

## Zuweisungen im Länderfinanzausgleich 1995 bis 2004 in Relation zum Ausgleichsvolumen

**Basis:**  
1995 - 2003: 2. Durchführungsverordnung  
2004: Vorläufige Abrechnung

Zeitraum	NI		RP		SH		SL		HB		Berlin		SN		ST		TH		BB		MV		Zusammen Mio EUR
	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	
1995	231,2	4,04	116,9	2,04			92,1	1,61	287,5	5,02	2.158,7	37,71	906,3	15,83	574,2	10,03	521,1	9,10	441,8	7,72	394,1	6,89	5.723,9
1996	282,8	4,52	118,3	1,89	8,0	0,13	119,7	1,91	324,5	5,19	2.217,1	35,46	1.004,6	16,07	634,5	10,15	576,3	9,22	529,2	8,46	437,8	7,00	6.252,8
1997	343,6	5,60	151,2	2,47			104,5	1,70	178,8	2,91	2.266,2	36,94	980,5	15,98	600,6	9,79	573,9	9,36	504,2	8,22	430,8	7,02	6.134,4
1998	402,9	5,82	219,4	3,17			116,4	1,68	466,4	6,74	2.500,7	36,14	1.019,4	14,73	617,3	8,92	595,1	8,60	534,0	7,72	448,5	6,48	6.920,0
1999	531,8	7,10	194,8	2,60	88,7	1,18	152,5	2,04	340,1	4,54	2.725,3	36,39	1.121,7	14,98	671,9	8,97	611,7	8,17	587,5	7,84	463,9	6,19	7.490,0
2000	568,1	6,87	391,6	4,73	185,1	2,24	166,7	2,01	442,1	5,34	2.812,3	33,99	1.181,9	14,29	711,4	8,60	670,1	8,10	644,0	7,78	499,6	6,04	8.272,9
2001	951,6	12,57	229,3	3,03	59,6	0,79	145,5	1,92	401,5	5,31	2.652,8	35,05	1.031,3	13,63	590,9	7,81	573,2	7,57	498,0	6,58	434,1	5,74	7.567,7
2002	487,4	6,55	419,1	5,63	111,6	1,50	139,2	1,87	406,5	5,46	2.676,9	35,95	1.047,1	14,06	606,8	8,15	571,1	7,67	540,8	7,26	439,0	5,90	7.445,5
2003	392,4	5,94	259,2	3,92	16,1	0,24	106,6	1,61	346,2	5,24	2.638,8	39,92	936,1	14,16	519,7	7,86	499,6	7,56	502,1	7,60	393,1	5,95	6.609,8
2004	444,1	6,58	189,2	2,80	102,8	1,52	114,3	1,69	330,7	4,90	2.692,1	39,87	917,4	13,59	524,9	7,77	510,6	7,56	527,2	7,81	398,5	5,90	6.751,9
1995 - 2004	4.635,8	6,70	2.288,8	3,31	572,0	0,83	1.257,6	1,82	3.524,3	5,10	25.340,9	36,64	10.146,3	14,67	6.052,1	8,75	5.702,8	8,24	5.308,8	7,68	4.339,4	6,27	69.168,8

#### 4.4 **Bundesergänzungszuweisungen**

##### **Rechtslage bis 1994**

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 1999 (Tz. 4.4, Seiten A 65 ff.).

##### **Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs ab 1995**

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 2004/2005 (Tz. 4.4, Seiten A 49 ff.).

##### **Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs ab 2005**

Auch ab 2005 hebt der Bund - wie bisher - die Finanzkraft leistungsschwacher Länder allgemein an (Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen) und finanziert Sonderlasten leistungsschwacher Länder (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen).

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen werden wie bisher als sog. Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen gewährt. Anspruchsberechtigt sind Länder, deren Finanzkraft nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs 99,5 v. H. der länderdurchschnittlichen Finanzkraft nicht erreicht; die entsprechenden Fehlbeträge werden zu 77,5 v. H. aufgefüllt. Damit wird die Einhaltung der Finanzkraftreihenfolge der Länder und des Nivellierungsverbots gewährleistet. Das Volumen der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen hat sich allerdings im Vergleich zum alten Recht deutlich verringert.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten politischer Führung werden seit Anfang 2005 um insgesamt  $\frac{1}{3}$  auf rd. 0,52 Mrd. EUR zurückgeführt und im Abstand von fünf Jahren hinsichtlich der Voraussetzungen für ihre Gewährung überprüft.

Zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit erhalten die neuen Bundesländer vorerst für die Jahre 2005 - 2009 insgesamt jährliche Zahlungen i. H. v. 1 Mrd. EUR. Im Jahre 2008 wird überprüft, ob und in welcher Höhe diese Lasten ab dem Jahr 2010 auszugleichen sind.



Die besondere Situation der neuen Länder und Berlins nach Herstellung der Deutschen Einheit begründet weiterhin Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Der Bund stellt hierzu für weitere fünfzehn Jahre insgesamt einen Betrag von rd. 105 Mrd. EUR zur Verfügung der degressiv zurückgeführt wird. Es handelt sich um folgende Zuweisungen für die Jahre 2005 - 2019:

<b>Jahr</b>	<b>Zuweisungen - EUR -</b>	<b>Jahr</b>	<b>Zuweisungen - EUR -</b>
<b>2005</b>	10.532.613.000	<b>2013</b>	6.544.536.000
<b>2006</b>	10.481.484.000	<b>2014</b>	5.777.598.000
<b>2007</b>	10.379.225.000	<b>2015</b>	5.061.790.000
<b>2008</b>	10.225.838.000	<b>2016</b>	4.294.852.000
<b>2009</b>	9.510.029.000	<b>2017</b>	3.579.043.000
<b>2010</b>	8.743.091.000	<b>2018</b>	2.812.105.000
<b>2011</b>	8.027.283.000	<b>2019</b>	2.096.297.000
<b>2012</b>	7.260.345.000		

Die Regierungschefs der ostdeutschen Länder haben bei Abschluss des Solidarpaktes II erklärt, dass damit nach einer Generation, d. h. ab 2020, ein teilungsbedingter infrastruktureller Nachholbedarf nicht mehr geltend gemacht wird.

#### **4.5 Fonds "Deutsche Einheit"**

##### **Entwicklung bis 1994**

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 1999 (Tz. 4.5, Seiten A 71 ff.).

##### **Abwicklung des Fonds seit 1995**

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 2004/2005 (Tz. 4.5, Seiten A 52 ff.).

## **Der Fonds "Deutsche Einheit" ab 2005**

Seit 01.01.2005 ist der Fonds "Deutsche Einheit" in den Finanzausgleich integriert. Für die Jahre 2005 bis 2019 übernimmt der Bund die Annuitätsleistungen; infolgedessen werden die bisher leistungspflichtigen alten Länder von unmittelbaren Finanzierungsbeiträgen entlastet<sup>4</sup>.

Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds aufgelöst; Verbindlichkeiten und Vermögen des Fonds gehen dann auf den Bund über. Eine am 31.12.2019 noch bestehende Restschuld bis zur Höhe von rd. 6,5 Mrd. EUR übernimmt der Bund vollständig. Weist der Bund nach, dass die Restschuld des Fonds "Deutsche Einheit" Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung den Referenzbetrag von rd. 6,5 Mrd. EUR übersteigt, erhält er von den westdeutschen Ländern einschließlich West-Berlin einen Ausgleich i. H. v. 53,3 v. H. des übersteigenden Betrages.

## **5. Finanzbeziehungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Gemeinden**

### **5.1 Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen** **- Ergebnis einer Auswertung des Innenministeriums -**

#### **Gesamtüberblick**

Die Kommunalfinanzen bleiben trotz besserer Einnahmeentwicklung weiter stark angespannt. Insgesamt entwickelten sie sich im Verlauf des Haushaltsjahres 2005 etwas schlechter als im vorherigen Haushaltsjahr 2004, das durch eine herausragende fiskalische Erholung der kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer gekennzeichnet war.

Die Einnahmen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben sich im ersten Halbjahr 2005 mit einem Zuwachs von 1,8 v. H. allerdings nur auf den ersten Blick positiv entwickelt. Erfreulich waren wieder die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (netto + 10,6 v. H.) bis zum 30.06.2005. Insgesamt gingen aber die bereinigten Einnahmen der Kommunen im ersten Halbjahr 2005 um 2,7 v. H. zurück. Die Ausgaben der Gemeinden (GV) in NRW sind im ersten Halbjahr 2005 um + 3,0 v. H. gestiegen. Dabei sind die Sachinvestitionen sogar stark um 11,1 v. H. oder 153,1 Mio EUR gesunken.

---

<sup>4</sup> Vgl. Textziffer 4.2.1, Seite A 41

Hauptursache für den Ausgabenanstieg sind die sozialen Leistungen. Sie stiegen nominell um + 15,1 v. H. oder 735 Mio EUR. Dabei sind allerdings Effekte aus der Einführung von "Hartz IV" am 01.01.2005 zu berücksichtigen, die bei Vergleichen mit Vorjahreszeiträumen zu Verzerrungen führen.

Das Finanzierungsdefizit der Kommunen in NRW (Finanzierungssaldo der Gesamthaushalte) hat sich im ersten Halbjahr 2005 um rd. 244 Mio EUR erhöht. Dagegen entstand im ersten Halbjahr 2005 bei den Kommunen in NRW im Gesamten keine Nettokreditaufnahme für Investitionsmaßnahmen. Die Entwicklung der Nettokreditaufnahme spiegelt aber - für sich allein betrachtet - nur ein unzureichendes Bild von der tatsächlichen Lage in vielen Kommunen des Landes.

Die aktuellen finanziellen Probleme ergeben sich bei vielen Kommunen in den Verwaltungshaushalten. Die Kommunen müssen die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte aus den beiden Vorjahren i. H. v. insgesamt rd. 10,0 Mrd. EUR abbauen. Dementsprechend stiegen die Kassenkredite zum 30.06.2005 auf die neue Höchstmarke von rd. 10,014 Mrd. EUR an.

Sorgen bereiten vor allem die Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden:

Anfang November 2005 befanden sich 194 der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung. Die Anzahl ist im Verlauf des Haushaltsjahres 2005 insgesamt um 16 Gemeinden angestiegen. 105 Gemeinden (GV) führten ihren Haushalt mit einem in 2004 oder in 2005 nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept (HSK) in der vorläufigen Haushaltswirtschaft (§ 81 GO NRW a. F.). Die Anzahl der Gemeinden in vorläufiger Haushaltswirtschaft hat sich um 28 erhöht.

Eine durchgreifende Verbesserung der kommunalen Finanzen ist für das Haushaltsjahr 2005 nach dem Halbjahresergebnis zum 30.06.2005 nicht zu erwarten. Die Aussichten für das Haushaltsjahr 2006 hängen wesentlich von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Zinsen und der Energiepreise sowie vom Ergebnis des Revisionsverfahrens des Bundes zu den "Hartz IV"-Leistungen ab.

**Im Einzelnen ist auf Folgendes hinzuweisen:**

Das Finanzierungsdefizit (Gesamtsaldo von Einnahme- und Ausgabenpositionen der kommunalen Verwaltungs- und Vermögenshaushalte) betrug im Haushaltsjahr 2004 insgesamt 1,346 Mrd. EUR. Das Finanzierungsdefizit war gegenüber 2003 um rd. 1,9 Mrd. EUR zurückgegangen. Diese positive Entwicklung hat sich im Verlauf des ersten Halbjahres 2005 nicht fortgesetzt. Das Ergebnis zum 30.06.2005 hat sich gegenüber dem Vorjahresstand um rd. 244 Mio EUR verschlechtert. Für das Jahresergebnis 2005 ist von einem leicht steigenden Finanzierungsdefizit auszugehen. Erwartungen auf einen positiven Gesamtabchluss der kommunalen Haushalte in 2005 ("Schwarze Null") bestätigen sich nach dem Halbjahresergebnis nicht.

<b>Finanzierungssaldo<sup>5</sup></b> <b>(+ = Finanzierungsüberschuss/- = Finanzierungsdefizit)</b> <b>der kommunalen Gesamthaushalte</b>		
<b>- Mio EUR -</b>		
<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>30.06.2005</b>
<b>- 3.242</b>	<b>- 1.346</b>	<b>- 1.658</b>

Die Entwicklung des Finanzierungssaldos macht deutlich, dass die Finanzlage der Kommunen weiterhin angespannt bleibt. Sie verschlechtert sich im Haushaltsjahr 2005 gegenüber dem Vorjahr 2004. Dabei verliefen 2005 die Einnahmen - mit Ausnahme der Gewerbesteuer - deutlich schlechter als 2004 und die Ausgaben stiegen deutlich an. Durch die mit den Arbeitsmarkt-reformen verbundenen Umstellungen lassen sich die brutto stark gestiegenen sozialen Leistungen nur eingeschränkt mit den Vorjahreszahlen vergleichen.

Nach dem Verlauf der Kommunalfinanzen im ersten Halbjahr 2005 bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen, um zu Entlastungen der Kommunen zu kommen. Auf der kommunalen Ebene sind vor allem Ausgabenreduzierungen und stabile Einnahmen not-

---

<sup>5</sup> Der Finanzierungssaldo ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Verwaltungshaushalte und der Vermögenshaushalte ohne die sog. besonderen Finanzierungsvorgänge, zu denen im Wesentlichen die Kreditaufnahmen und Tilgungen sowie auf Einnahme- und Ausgabenseite in gleicher Höhe anfallende Positionen oder periodenfremde Zahlungsvorgänge - z. B. Fehlbeträge aus Vorjahren - gehören. Der Finanzierungssaldo spiegelt damit die Finanzlage im jeweils zu beurteilenden Haushaltsjahr wider.

wendig, um Kommunalhaushalte mit hohen Fehlbeträgen der Verwaltungshaushalte zu konsolidieren. Die Empfehlungen des Finanzplanungsrates zu einer durchschnittlichen Ausgabensteigerung der öffentlichen Haushalte von 1 v. H. erweisen sich auch für die Kommunen vor dem Hintergrund ihrer Belastungen aus sozialen Leistungen als ein anspruchsvolles Ziel.

Die Fehlbetragsentwicklung der Kommunen in NRW in den vergangenen drei Jahren stellt sich wie folgt dar:

<b>Fehlbeträge<sup>6</sup> der Verwaltungshaushalte</b>		
<b>- Mio EUR -</b>		
<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
<b>5.703</b>	<b>4.343</b>	<b>voraus. rd. 7.000</b>

Der Fehlbetrag der Verwaltungshaushalte 2005 der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen wurde vom Innenministerium auf Grundlage des Halbjahresergebnisses 2005 und unter Berücksichtigung der Vorbelastungen aus der Abdeckung von Fehlbeträgen der Vorjahre geschätzt (vgl. Kommunalfinanzbericht vom November 2005). Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte sind im ersten Halbjahr 2005 um rd. 1,256 Mrd. EUR gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum kräftig angestiegen.

Die sich aus den stark gestiegenen Fehlbeträgen ergebende Problematik sollte nicht unterschätzt werden. Hier werden konsumbedingte Fehlbeträge "periodenfremd" vorgetragen, die dringend einer Konsolidierung bedürfen.

Kreditaufnahmen sind den Kommunen haushaltsrechtlich nur subsidiär zur Finanzierung vermögenswirksamer Investitionen in ihren Vermögenshaushalten möglich. Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte werden auf neue Rechnung der Verwaltungshaushalte der kommenden Jahre vorgetragen. Dies führt zwangsläufig zu einem erhöhten Liquiditätsbedarf der kommunalen Kassen, der mit Aufnahme von Kassenkrediten überbrückt werden muss. Die Entwicklung der Kassenkredite der Kommunen muss deshalb stets zusammen mit der Entwicklung der Nettokreditaufnahme betrachtet

---

<sup>6</sup> Fehlbeträge sind das saldierte Gesamtergebnis der bei einzelnen Gemeinden (GV) entstandenen "Überschüsse" der Verwaltungshaushalte mit den bei anderen Gemeinden (GV) entstandenen Defiziten.

werden, wenn der Status der Kommunalfinzen analysiert wird. Die Kassenkredite zur Liquiditätssicherung haben sich (jeweils zum angegebenen Tagesstand) wie folgt entwickelt:

<b>Kassenkreditaufnahme der Kommunen in Nordrhein-Westfalen</b>		
<b>- Mio EUR -</b>		
<b>30.12.2003</b>	<b>30.12.2004</b>	<b>30.06.2005</b>
<b>6.805</b>	<b>8.461</b>	<b>10.014</b>

Die kommunale Liquidität wird in besonderer Weise dadurch in Anspruch genommen, dass Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte auch im Jahresabschluss nicht kreditfinanziert werden dürfen und auf folgende Haushaltsjahre vorzutragen sind. Folglich nähert sich die Höhe des Kassenkreditstandes zum 30.06.2005 auch der Höhe der zwischenzufinanzierenden Fehlbeträge aus 2003 (5,704 Mrd. EUR) und aus 2004 (4,343 Mrd. EUR) an.

Die hohen Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte aus Vorjahren und der Stand der Kassenkredite sind Besorgnis erregend. In dieser sehr angespannten, defizitären Haushaltssituation dürfen die Konsolidierungsanforderungen nicht unterschätzt und damit verbundene Maßnahmen nicht aufgeschoben werden. Zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzwirtschaft muss die dauerhafte Leistungsfähigkeit zur Aufgabenerfüllung und die Leistungsfähigkeit der Einwohner und Abgabepflichtigen berücksichtigen. Gleichzeitig sind die schwierigen Aufgaben anzugehen, von Konsumausgaben zu Investitionsausgaben umzusteuern, die Neuverschuldung zu reduzieren und mittel- bis langfristig einen Schuldenabbau anzustreben.

Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen informiert mit seinen Kommunalfinanzberichten regelmäßig über die Entwicklung der kommunalen Finanzen. Der Kommunalfinanzbericht vom November 2005 ist auf den Internetseiten des Innenministeriums NRW bei [www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de) unter den Rubriken "Bürger und Kommunen"/"Kommunalfinzen"/"Kommunalfinanzberichte" verfügbar.

## **Die wichtigsten Einnahmen**

### **Steuereinnahmen**

Nach dem Einbruch in den Jahren 2001 bis 2003 erhöhten sich die kommunalen Steuereinnahmen bereits im Haushaltsjahr 2004 um 7,6 v. H auf rd. 13.978 Mio EUR. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2005 setzte sich diese positive Entwicklung fort. Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im ersten Halbjahr 2005 netto um rd. 282,6 Mio EUR oder 5,2 v. H. gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die von vielen Kommunen bereits seit einigen Jahren erhoffte Verbesserung ihrer Steuereinnahmen hat 2004 und 2005 zwar durchaus stattgefunden. Sie wird indes nahezu allein von der Entwicklung der Gewerbesteuer getragen.

Im Einzelnen haben sich die kommunalen Steuereinnahmen wie folgt entwickelt:

- Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer erhöhten sich im Haushaltsjahr 2004 brutto um + 15,3 v. H. auf rd. 7.002 Mio EUR; infolge der Senkung der von den Kommunen abzuführenden Gewerbesteuerumlage stiegen diese Einnahmen netto um + 29,7 v. H. auf rd. 5.721 Mio EUR. Im ersten Halbjahr 2005 stiegen die Einnahmen der Gewerbesteuer erneut um brutto 13,0 v. H. sowie netto um + 10,6 v. H.
- Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer betrug 2004 rd. 4.941 Mio EUR und verminderte sich um 7,2 v. H. gegenüber 2003. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil gingen im ersten Halbjahr 2005 um 2,3 v. H. weiter zurück. Zum 01.01.2005 wurden die letzten Senkungen der Steuertarife wirksam. Zusätzlich sind die Kompensationsleistungen für die Einkommensteuerverluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs zu berücksichtigen. Sie betragen 2004 rd. 460,8 Mio EUR und lagen damit höher als 2003 (+ 3,6 v. H.). Die Kompensationsleistungen werden den Gemeinden nach dem gleichen Verteilungsschlüssel wie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch Zuweisung des Landes bereitgestellt.

- Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zur Kompensation der Verluste durch die Abschaffung der Gewerbesteuer betrug kassenmäßig 2004 rd. 678 Mio EUR und hatte sich im Vergleich zum Vorjahr kaum (+ 0,2 v. H.) verändert. Im ersten Halbjahr 2005 ergab sich ein Anstieg um 1,7 v. H.
- Die Einnahmen aus den Grundsteuern A und B erhöhten sich im Haushaltsjahr 2004 um 2,4 v. H. und betrugen insgesamt 2.441 Mio EUR. Im ersten Halbjahr 2005 ergab sich ein Anstieg um 0,8 v. H.

### **Gebühren/Entgelte**

Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten erhöhten sich 2004 leicht um 0,3 v. H. auf rd. 5.566 Mio EUR. Im ersten Halbjahr 2005 ergab sich ein Rückgang von 0,2 v. H. Dabei ist zu berücksichtigen, dass weiterhin eine Reihe von kostenrechnenden Einrichtungen aus den Kommunalhaushalten ausgegliedert sind und die Effekte früherer Ausgliederungen nachwirken.

### **Laufende Zuweisungen/Erstattungen des Landes**

Die lfd. Zuweisungen/Zuschüsse/Erstattungen des Landes ("laufende Zuweisungen ...") stiegen 2004 um 15,1 v. H. auf rd. 7.929 Mio EUR an, nachdem 2003 hohe Abrechnungen fällig wurden und Steuermindereinnahmen im kommunalen Steuerverbund noch nicht verrechnet waren. Im ersten Halbjahr 2005 haben sich die "laufenden Zuweisungen" in den Kassen der Kommunen vermindert. Der Rückgang zum 30.06.2005 betrug 10,9 v. H. oder 517 Mio EUR. Davon entfallen alleine 461 Mio EUR auf die Allgemeinen Zuweisungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Der empfindliche Einnahmerückgang kommt indes nicht unerwartet. Er ist im Wesentlichen eine Folge von kreditierten Steuereinnahmeausfällen bei den Steuerverbundmitteln des kommunalen Finanzausgleichs in Vorjahren.

Infolge der zum 01.01.2005 in Kraft getretenen Arbeitsmarktreformen ("Hartz IV") erzielten die Kommunen des Landes NRW im ersten Halbjahr 2005 u. a. neue sog. "Beteiligungseinnahmen" von rd. 384 Mio EUR aufgrund der Beteiligungsquote des Bundes i. H. v. 29,1 v. H. an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II). Ob und inwieweit diese Quote Bestand haben wird,



hängt vom Ergebnis der z. Z. noch andauernden, gesetzlich vorgesehenen Revision ab.

### **Veräußerung von Vermögen**

Die Kommunen erzielten im Jahr 2004 - im Gesamten - Veräußerungserlöse von rd. 1.739 Mio EUR (+ 36,6 v. H.). Teilweise wurden die Erlöse im Wege von sog. Rückzuführungen aus den Vermögenshaushalten an die Verwaltungshaushalte zur Konsolidierung von Fehlbeträgen eingesetzt. Diese Rückzuführungen betragen im Haushaltsjahr 2004 insgesamt rd. 1.027 Mio EUR (+ 34,3 v. H.).

### **Die wichtigsten Ausgaben**

#### **Personalausgaben**

Die Kommunen setzten ihre langjährige Konsolidierungslinie bei den Personalausgaben weiter fort. Die kommunalen Personalausgaben erhöhten sich im Haushaltsjahr 2004 nur um + 0,1 v. H. auf rd. 9.965 Mio EUR. Im ersten Halbjahr 2005 ergab sich wieder nur eine geringe Steigerungsrate von 0,8 v. H. Die langjährig anhaltende Konsolidierung der kommunalen Personalausgaben ist zum einen auf die personalwirtschaftlichen Konsolidierungsmaßnahmen und zum anderen auf die Auslagerung von kommunalen Einrichtungen aus den Kernhaushalten zurückzuführen, die allerdings wiederum höhere Sachausgaben (z. B. Zuschüsse) zur Folge hatten:

<b>Personalausgaben</b>		
<b>- Mio EUR/Veränderung v. H. -</b>		
<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>30.06.2005</b>
<b>9.958</b> - 0,2 v. H.	<b>9.965</b> + 0,1 v. H.	<b>4.679</b> + 0,8 v. H.

#### **Laufender Sachaufwand**

Die kommunalen Sachaufwendungen sind 2004 mit 1,9 v. H. auf rd. 8.370 Mio EUR angestiegen. Im ersten Halbjahr 2005 blieben sie indes mit - 0,2 v. H. nahezu unverändert. Vor allem aufgrund der Energiepreis-

entwicklungen ist mit einem weiteren Anstieg der Sachaufwendungen zu rechnen. Die Ergebnisse 2003 und 2004 sowie im ersten Halbjahr 2005 stellen sich wie folgt dar:

<b>Laufender Sachaufwand (für Verwaltung und Betrieb)</b>		
<b>- Mio EUR/Veränderung v. H. -</b>		
<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>30.06.2005</b>
<b>8.213</b> <b>0,0 v. H.</b>	<b>8.370</b> <b>+ 1,9 v. H.</b>	<b>3.868</b> <b>- 0,2 v. H.</b>

### **Soziale Leistungen**

Bereits vor den Arbeitsmarktreformen zum 01.01.2005 ("Hartz IV") waren die sozialen Leistungen der Kommunen in NRW von 2000 bis 2004 um rd. 1,2 Mrd. EUR angestiegen. Sie hatten sich in 2003 um 10,7 v. H. und in 2004 um 3,4 v. H. auf schließlich rd. 9.395 Mio EUR erhöht. Im ersten Halbjahr 2005 sind sie dann sprunghaft brutto um + 15,1 v. H. gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen. In den Haushaltsjahren 2003 und 2004 sowie bis zum 30.06.2005 ergaben sich folgende Ergebnisse, wobei wegen der Veränderung der Zahlungsströme nach "Hartz IV" die Daten zum 30.06.2005 weiterer Analysen bedürfen:

<b>Soziale Leistungen u. ä.</b>		
<b>- Mio EUR/Veränderung v. H. -</b>		
<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>30.06.2005</b>
<b>9.084</b> <b>+ 10,7 v. H.</b>	<b>9.395</b> <b>+ 3,4 v. H.</b>	<b>5.610</b> <b>+ 15,1 v. H.</b>

Zu der auf den ersten Blick erheblichen Anstiegsrate des ersten Halbjahres 2005 ist auf folgendes hinzuweisen:

Durch das Inkrafttreten der Arbeitsmarktreformen am 01.01.2005 haben sich bei den Einnahmen und bei den Ausgaben der Kommunen zum Teil erhebliche Veränderungen ergeben. Deshalb sind die Daten der Kassen-

statistik für das erste Halbjahr 2005 nur eingeschränkt mit dem Vorjahresergebnis zum 30.06.2004 vergleichbar.

Im Ergebnis stehen danach zum 30.06.2005 den Brutto-Ausgaben in Zusammenhang mit "Hartz IV" i. H. v. 1.811 Mio EUR insgesamt Einnahmen (901,7 Mio EUR) und Ausgabenentlastungen (1.132,3 Mio EUR) von zusammen 2.034 Mio EUR gegenüber. Netto ergibt sich für die Kommunen in NRW eine Entlastung i. H. v. rd. 223 Mio EUR. Durch Verdoppelung auf das Haushaltsjahr hochgerechnet ergibt das mit 446 Mio EUR ziemlich genau die Entlastung der Kommunen, die mit 450 Mio EUR für NRW erreicht werden soll.

Dieses Entlastungsziel würde nach den Daten der Kassenstatistik aber nur erreicht, wenn es bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung i. H. v. 29,1 v. H. bleibt. Diese Quote wird in NRW im Jahr 2005 voraussichtlich rd. 770 Mio EUR entsprechen. Eine geringere Beteiligungsquote des Bundes könnte dazu führen, dass die Kommunen durch "Hartz IV" nicht nur weniger als vorhergesehen entlastet, sondern ggf. sogar belastet würden.

Es wird mindestens eines Jahresergebnisses bedürfen, um zum Verlauf aller sozialen Leistungen und den erstmals erzielten Einnahmen i. V. m. den Arbeitsmarktreformen weitere Plausibilitätsprüfungen durchführen und Buchungsfehler ausschließen zu können. Dabei wird auch zu prüfen sein, ob nach dem Systemwechsel alle Finanzbeziehungen in der Kassenstatistik ergebnisgerecht abgebildet und von den Kommunen in der ersten Anwendungsphase auch die haushaltssystematischen Vorgaben immer beachtet wurden.

Insgesamt bleiben weiterhin Besorgnisse über die Entwicklung der kommunalen Sozialausgaben bestehen.

Weitere Einzelheiten zur ersten Analyse der neuen kommunalen Zahlungsströme nach "Hartz IV" enthält der Kommunalfinanzbericht des Innenministeriums vom November 2005.

## **Sachinvestitionen**

Seit 1992 sind die Sachinvestitionen der Kommunen beständig zurückgegangen. In diesem Bereich zeigen sich weiterhin deutliche Spuren der notwendigen kommunalen Konsolidierung. Die Talfahrt der kommunalen Sachinvestitionen hat sich im Gesamten noch fortgesetzt. In den Haushaltsjahren 2003, 2004 und bis zum 30.06.2005 ist folgende Entwicklung festzustellen:

<b>Kommunale Sachinvestitionen</b>		
<b>- Mio EUR/Veränderung v. H. -</b>		
<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>30.06.2005</b>
<b>3.366</b> <b>- 10,1 v. H.</b>	<b>3.391</b> <b>+ 0,8 v. H.</b>	<b>1.224</b> <b>- 11,1 v. H.</b>

Zu berücksichtigen sind allerdings Auslagerungen von Einrichtungen (z. B. der kommunalen Abwasserbeseitigung) aus den kommunalen Haushalten und zunehmend auch Verlagerungen von Investitionsmaßnahmen durch PPP oder Leasingfinanzierungen, die dazu führen, dass entsprechende Investitionsleistungen nicht mehr in den kommunalen "Kernhaushalten" nachgewiesen werden. Angesichts der angespannten Situation vieler Verwaltungshaushalte sind die Kommunen allerdings bei neuen Investitionen auch wegen möglicher Folgebelastungen weiterhin zurückhaltend.

## **Zusammenfassung und Ausblick**

Erfreulich war im Haushaltsjahr 2004 und im ersten Halbjahr 2005 die fiskalische Entwicklung der kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Bei den neuen Einnahmen aufgrund der Arbeitsmarktreformen muss abgewartet werden, wie das Ergebnis der Revision bezüglich des Bundesanteils an den Ausgaben der Kommunen für Unterkunft und Heizung ausfällt. Den positiven Einnahmeentwicklungen stand 2005 bei den Landeszuweisungen u. a. die Verrechnung der Kreditierung von Steuereinnahmeausfällen der Vorjahre im kommunalen Steuerverbund des Gemeindefinanzierungsgesetzes negativ gegenüber.

Die Aussichten für das Haushaltsjahr 2006 hängen von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Zinsen und der Energiepreise sowie vom Ergebnis des "Hartz IV"-Revisionsverfahrens ab.

Der sprunghafte Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen im ersten Halbjahr 2005 ist teilweise durch die Arbeitsmarktreformen und der damit verbundenen Änderungen der Zahlungsströme zu erklären und zu relativieren. Auf die eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren infolge der durch "Hartz IV" veränderten Aufgaben und Zahlungsströme ist hinzuweisen.

Nach dem Ergebnis zum 30.06.2005 wird sich im Haushaltsjahr 2005 das Finanzierungsdefizit der kommunalen Gesamthaushalte in NRW gegenüber dem Vorjahr 2004 erhöhen. Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte aus Vorjahren betragen bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen inzwischen über 10,0 Mrd. EUR. Damit einher geht der weitere Anstieg der Kassenkredite zum 30.06.2005 auf einen neuen Höchststand von rd. 10.014 Mio EUR.

Insgesamt bleibt die kommunale Finanzlage weiter sehr angespannt. Es ist einerseits erforderlich, die Einnahmen der Kommunen zu sichern und zu stärken sowie andererseits auf der Ausgabenseite alle Möglichkeiten zur Kostensenkung auszuschöpfen und die Konsolidierung der Kommunalhaushalte fortzusetzen und möglichst zu verstärken.

## **5.2 Kommunaler Finanzausgleich**

### **Entscheidungen über die Höhe der Finanzausweisungen**

Art. 106 Abs. 7 GG bestimmt, dass den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein prozentualer Anteil des Länderanteils am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer) zufließt. Die Höhe des Anteils wird von der Landesgesetzgebung bestimmt.

Das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände auf Selbstverwaltung (Art. 78 LV) begründet einen gegen das Land gerichteten Anspruch auf angemessene Finanzausstattung. Art. 79 LV verpflichtet das Land, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten.

Diese Verpflichtung wird durch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes begrenzt (VerfGH NRW 16/96 und 7/97 vom 09.07.1998). Neben dem Selbstverwaltungsrecht hat das Land noch zahlreiche andere, gleichwertige Güter zu schützen und zu erhalten (etwa die innere Sicherheit, das Bildungswesen, die Justizgewährung).

Die Einschätzung des durch Schlüsselzuweisungen zu deckenden Bedarfs der Kommunen muss sich an den konkreten finanziellen Möglichkeiten des Landes orientieren. Das gilt vor allem in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte. Bei der Bestimmung des kommunalen Finanzausgleichs ist die Gesamtentwicklung der finanziellen Situation der Kommunen und des Landes zu berücksichtigen.

Die Aufgabenstellungen des Landes und der Kommunen und die sich daraus ergebenden Haushaltsstrukturen weisen zwangsläufig gravierende Unterschiede auf. Anders als der Landeshaushalt unterscheiden die kommunalen Haushalte zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt. Die Kommunen schließen die Haushalte getrennt ab. Dies erschwert einen Vergleich zwischen dem Landeshaushalt und dem kommunalen Gesamthaushalt zur Bestimmung der wechselseitigen Finanzbeziehungen.

Für eine vergleichende Analyse des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte stehen im Wesentlichen die Parameter Finanzierungssaldo, Schuldenstand und Zinsbelastung zur Verfügung.

Diese Parameter werden zwischen Land und Kommunen immer wieder kontrovers diskutiert. Weder die Kritiker noch die Finanzstatistik bieten alternative Kriterien zur Beurteilung der Finanzsituation an. Deshalb bleiben allein diese Daten finanzstatistisch verwertbar. Auch der Verfassungsgerichtshof hat sich in den Begründungen zu den o. a. Urteilen wesentlich auf die so dargestellte unterschiedliche Haushaltsentwicklung beider Ebenen gestützt.

Der **Finanzierungssaldo** bilanziert die Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Haushalte. Er ist um haushaltstechnische Verrechnungen, Rücklagenbewegungen, veranschlagte Fehlbeträge/Überschüsse aus Vorjahren und die Kreditfinanzierung bereinigt. Insoweit sind auch die unterschiedlichen haushaltsrechtlichen Vorschriften für das Land und die Kommunen nicht beurteilungsrelevant. Der Finanzierungssaldo zeigt, wieweit

die Ausgaben die eigenen Einnahmen ohne Kreditaufnahmen über- oder unterschreiten.

Negative Finanzierungssalden über längere Zeiträume dokumentieren die permanente Unterdeckung des Haushaltes. Er vermag insbesondere die für Investitionen erforderlichen Mittel nicht zu erwirtschaften.

Als Folge der Unterdeckung ergibt sich eine höhere **Verschuldung**. Hieraus resultieren als weiterer Indikator die **Zinsausgaben**. Bei ohnehin begrenztem Ausgabenrahmen können sie den finanziellen Spielraum der Haushalte stark einschränken. Das gilt ohne Unterschied für beide Haushaltsebenen. In dieser Situation bietet konsequentes Konsolidieren den einzigen Lösungsweg.

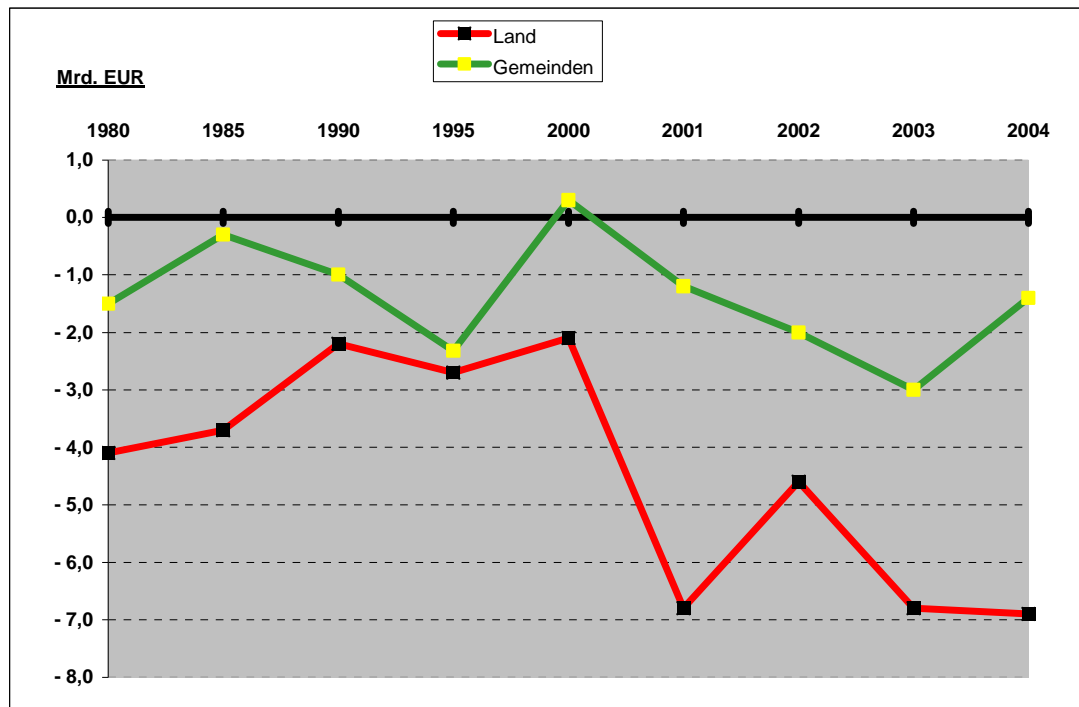
Ein Vergleich dieser verfügbaren Eckdaten belegt, dass sich die Belastungssituationen von Land und Kommunen nicht grundlegend geändert haben.

#### **Die Ergebnisse im Einzelnen:**

Mit Ausnahme der Jahre 1998 bis 2000 weisen die Kommunen negative Finanzierungssalden aus. Dennoch verlief die Haushaltswirtschaft des Landes deutlich ungünstiger, wie der Niveauunterschied belegt. Der negative Finanzierungssaldo des Landes stieg 2004 gegenüber 2003 um rd. 0,1 Mrd. EUR auf - 6,9 Mrd. EUR. Im Jahr 2003 erhöhte er sich gegenüber dem Vorjahr 2002 sogar noch um rd. 2,2 Mrd. EUR. Er liegt damit weiterhin deutlich über dem Gesamtergebnis der kommunalen Kassen i. H. v. - 1,4 Mrd. EUR.

## Finanzierungssalden des Landes und der Kommunen insgesamt (Mrd. EUR)

	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Land	- 4,1	- 3,7	- 2,2	- 2,7	- 2,1	- 6,8	- 4,6	- 6,8	- 6,9
Gemeinden	- 1,5	- 0,3	- 1,0	- 2,3	0,3	- 1,2	- 2,0	- 3,0	- 1,4



## Schuldenstand

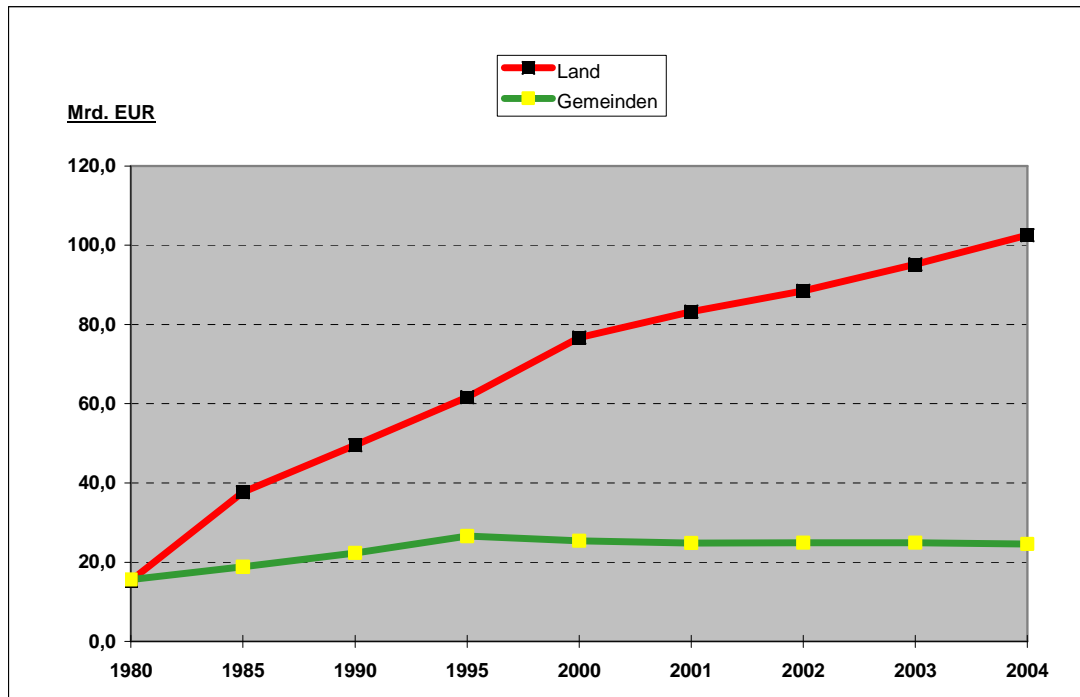
In der langfristigen Betrachtung hat der Schuldenstand des Landes am Kreditmarkt erheblich stärker als bei den Kommunen zugenommen. Waren Land und Kommunen 1980 noch mit jeweils rd. 15 Mrd. EUR etwa gleich stark am Kreditmarkt verschuldet, so ist der Schuldenstand des Landes Ende 2004 mit 102,5 Mrd. EUR inzwischen auf das 4,2fache des kommunalen Vergleichswertes von 24,6 Mrd. EUR gewachsen. Die Kommunen haben ihre Schulden von 1993 bis 1997 nahezu konstant auf einem Niveau von rd. 26 Mrd. EUR gehalten, seither sind sie rückläufig. Das Land legte im gleichen Zeitraum um rd. 48 Mrd. EUR zu.

Der niedrige Schuldenstand ist einerseits auf Konsolidierungsanstrengungen, z. T. aber auch auf die restriktiven Vorschriften des kommunalen Haushaltsrechts oder die Auslagerungen von Einrichtungen zurückzuführen, die ihrerseits Kredite aufnehmen und den Schuldendienst tragen.



## Verschuldung des Landes und der Kommunen insgesamt (Mrd. EUR)

	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Land	15,4	37,7	49,5	61,7	76,7	83,2	88,5	95,2	102,5
Gemeinden	15,6	18,8	22,3	26,6	25,4	24,8	24,9	24,9	24,6

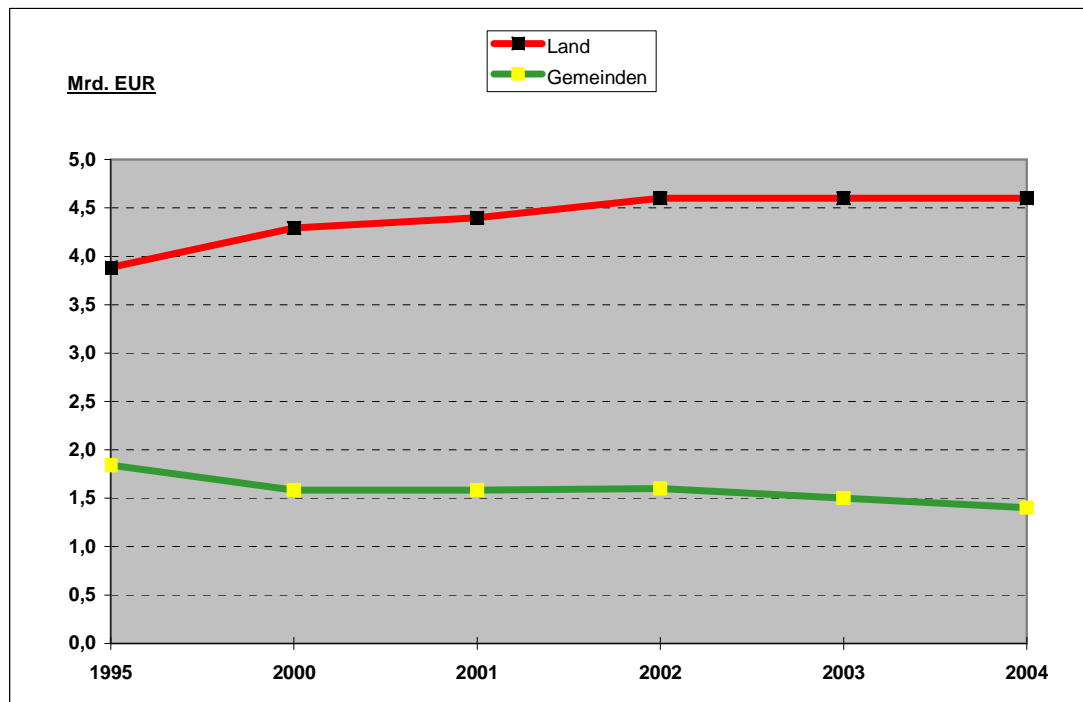


## Zinsausgaben

Die wachsenden Zinsausgaben (am Kreditmarkt) des Landes belasten aufgrund des insgesamt begrenzten Ausgabenrahmens auch die künftigen Haushalte dauerhaft. 1980 lagen die Zinsausgaben des Landes noch unter denen der Gemeinden; sie stiegen danach permanent an, während die Zinslast des kommunalen Gesamthaushalts nahezu unverändert blieb. Inzwischen betragen die Zinsausgaben des Landes mehr als das Doppelte der gesamten gemeindlichen Zinsausgaben.

## Zinsausgaben des Landes und der Kommunen insgesamt (Mrd. EUR)

	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Land	1,0	2,7	3,5	3,9	4,3	4,4	4,6	4,6	4,6
Gemeinden	1,1	1,4	1,4	1,8	1,6	1,6	1,6	1,5	1,4



## Finanzausgleich

Der Vergleich der haushaltswirtschaftlichen Eckdaten von Land und Kommunen insgesamt lässt nicht erkennen, dass sich die Belastungssituationen beider Haushaltsebenen grundlegend geändert haben. Die Finanzierungssalden dokumentieren die angespannte Finanzsituation öffentlicher Haushalte und belegen die Notwendigkeit, durch jeweils eigene Anstrengungen die Haushalte zu konsolidieren. Für eine grundlegende Veränderung der Finanztransfers zwischen beiden Haushaltsebenen besteht deshalb kein Anlass, zumal die jeweiligen Aufgabenstrukturen keine gravierenden Änderungen erfahren haben.

Der Umfang der den Gemeinden vom Land zur Verfügung gestellten Finanzmittel im kommunalen Finanzausgleich wird durch das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände - GFG - festgelegt. Die Entscheidungen hierzu sind mit

dem Entwurf der Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 getroffen worden. Die Ansätze für Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden im Einzelplan 20 bei Kapitel 20 030 nachgewiesen.

Die Beteiligung der Kommunen im Rahmen des Steuerverbundes bleibt in 2006 mit 23 v. H. an den Einnahmen des Landes aus den Gemeinschaftssteuern zzgl.  $\frac{4}{7}$  der Grunderwerbsteuer wie in den Vorjahren erhalten. Im Interesse transparenter Berechnungs- und Verteilungsprinzipien sind strukturelle Änderungen vorgenommen worden. Damit werden die Landesleistungen für die kommunalen Haushalte sicher planbar. In Zukunft entfallen unterjährige Änderungen in der Höhe der Zuweisungen, etwa durch Nachträge zum Landeshaushalt, und insbesondere auch nachträgliche Abrechnungen des Steuerverbundes nach Ist-Ergebnissen. Dies wird durch folgende Maßnahmen erreicht:

### **Steuerverbund**

1. Die verfügbare Verbundmasse wird nach dem Ist-Aufkommen der Steuereinnahmen des Landes für einen vorangegangenen Referenzzeitraum statt der für das maßgebliche Haushaltsjahr geschätzten Steuereinnahmen berechnet. Für den Steuerverbund 2006 umfasst der Referenzzeitraum die Zeitspanne vom 01.10.2004 bis 30.09.2005.
2. Die Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich oder etwaige Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich mindern oder erhöhen als Steuerkraftausgleich zwischen den Ländern die Verbundgrundlagen.
3. Die dauerhafte Befrachtung des Steuerverbundes von 158,5 Mio EUR seit dem Jahr 2001 zugunsten des Landeshaushaltes infolge Übergang des Landesstraßenbaus auf den Landesbetrieb Straßenbau entfällt.
4. Die bisher im Steuerverbund etatisierten zweckgebundenen Zuweisungen werden in die zuständigen Einzelpläne übernommen.
5. Der Steuerverbund umfasst nur noch die Allgemeinen Finanzausweisungen (Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Schul- und Sportpauschale) sowie die Bedarfszuweisungen.

6. Die bisherige gesonderte Abrechnung des Steuerverbundes entfällt aufgrund der Systemumstellung auf einen in der Vergangenheit liegenden Referenzzeitraum. Abrechnungen für Vorjahre sind nur noch für den Steuerverbund der Jahre 2004 und 2005 vorzunehmen. Der Abrechnungsbetrag aus 2004 wird in die Berechnung des Steuerverbundbetrages 2006 einbezogen. Die Abrechnung 2005 wird im Rahmen des Verbundes 2007 erfolgen.

### **Einheitslasten**

1. Die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten wird ab 2006 lediglich über die erhöhte Gewerbesteuerumlage erbracht. Eine "Spitzabrechnung" nach den Zahlungen des Landes für den Länderfinanzausgleich und den Ersatzleistungen für den Fonds "Deutsche Einheit" sowie die Verrechnung einer Über-/Unterzahlung im Steuerverbund entfällt.
2. Der gesonderte interkommunale Ausgleich der kommunalen Beteiligung an den Einheitslasten nach Finanzkraft wird aufgegeben. Das Solidarbeitragsgesetz entfällt gänzlich.

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden steht im Haushaltsjahr 2006 folgendes Finanzvolumen zur Verfügung:

	2005	2006	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	v. H.
Verbundmasse	6.684,5	6.642,1	- 42,4	- 0,6
Kreditierung	- 369,1	- 674,4	- 305,3	x
Tantiemen und sonstige Leistungen für Kommunen	- 3,5	- 3,7	- 0,2	x
Abzug für Einheitslasten	+ 383,2	x	- 383,2	x
Befrachtungsvolumen	- 324,7	- 166,2	+ 158,5	x
Abrechnung Vorjahre	x	15,0	+ 15,0	x
<b>Verfügbare Verbundmasse</b>	<b>6.370,4</b>	<b>5.812,8</b>	<b>- 557,6</b>	<b>x</b>
Abrechnung Vorjahre	+ 16,5	x	- 16,5	x
<b>Gesamtzuweisung</b>	<b>6.386,9</b>	<b>5.812,8</b>	<b>- 574,1</b>	<b>- 9,0</b>

Der hohe Rückgang von 9,0 v. H. ergibt sich auch, weil die kreditierten Minderbeträge aus den Haushaltsjahren 2004 und 2005 von insgesamt 674,4 Mio EUR in 2006 verrechnet werden. Unter Berücksichtigung der in den Landeshaushalt übernommenen Zweckzuweisungen von 175,9 Mio EUR sinkt der Steuerverbund effektiv nur um **6,2 v. H.** ab.

### **Mittelverteilung**

Die Landesregierung hat unter Berücksichtigung der aktuellen Haushalts- und Bedarfssituation auf kommunaler und Landesseite folgende Entscheidungen über die Mittelverteilung getroffen:

Die **Schlüsselzuweisungen** gehen 2006 um 5,8 v. H. gegenüber dem Vorjahr zurück. Schlüsselzuweisungen aufgrund von Abrechnungen aus Vorjahren entfallen nach der Systemumstellung.

Die **Mittel zur pauschalen Investitionsförderung (IVP)** betragen insgesamt 321,0 Mio EUR und gehen damit um 20,2 v. H. gegenüber dem Vorjahr zurück. Bei rückläufigem Verbundbetrag musste diese überproportionale Kürzung vorgenommen werden, wenn die Schul- und Sportpauschale in unveränderter Höhe erhalten bleiben sollen.

Die **Schulpauschale** wird wie in den Vorjahren mit 460 Mio EUR dotiert. Die Kommunen haben insbesondere die Möglichkeit, die Pauschale für größere Sanierungsarbeiten und alternative Finanzierungswege zu verwenden.

Die **Sportpauschale** wird von 45 auf 50 Mio EUR aufgestockt, da die bisher gesondert veranschlagten Mittel zur Ausfinanzierung bereits bewilligter Sportstätten nicht mehr benötigt werden.

Die **Bedarfszuweisungen** werden wie die Schlüsselzuweisungen reduziert. Die bisherige Bonn-Hilfe ist ausgelaufen.

Im Einzelnen sieht die Landesregierung im Haushaltsplanentwurf 2006 nachstehende Mittelverteilung vor:

	2005	2006	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	v. H.
Schlüsselzuweisungen	5.265,7	4.962,4	- 303,3	- 5,8
- Gemeinden	4.132,9	3.894,9	- 238,0	- 5,8
- Kreise	616,2	580,7	- 35,5	- 5,8
- LV	516,6	486,8	- 29,8	- 5,8
Schulpauschale	460,0	460,0	0,0	0,0
Sportpauschale	45,0	50,0	+ 5,0	+ 11,1
Investitionspauschalen	402,2	321,0	- 81,2	- 20,2
- Allgemeine IVP	339,2	270,7	- 68,5	- 20,2
- IVP Sozialhilfeträger	34,3	27,4	- 6,9	- 20,2
- IVP LV (Eingliederungshilfe)	28,7	22,9	- 5,8	- 20,2
Bedarfszuweisungen	21,5	19,3	- 2,2	- 10,2
<b>Summe Allgemeine Zuweisungen</b>	<b>6.194,5</b>	<b>5.812,8</b>	<b>- 381,7</b>	<b>- 6,2</b>
Kommunale Orchester, Musikschulen, Musikfeste	4,0	<b>Ansätze im Landeshaushalt</b>		
Kommunale Theater	13,8			
Städterneuerung	121,2			
Altlasten	6,9			
Denkmalpflege	5,0			
Bodendenkmalpflege	3,0			
ÖPEL	10,6			
Komm. Museumsbau	3,9			
Sportstättenbau				
- Begonnene Maßnahmen	2,5			
- Vorzeitiger Maßnahmebeginn	5,0			
<b>Summe Zweckzuweisungen</b>	<b>175,9</b>		<b>- 175,9</b>	<b>- 100,0</b>
<b>Verbundmasse</b>	<b>6.370,4</b>	<b>5.812,8</b>	<b>- 557,6</b>	<b>- 8,8</b>
Abrechnung Vorjahre	16,5		- 16,5	- 100,0
- Schlüsselzuweisungen	15,7			
- IVP	0,8			
<b>Verfügbare Verbundmasse</b>	<b>6.386,9</b>	<b>5.812,8</b>	<b>- 574,1</b>	<b>- 9,0</b>

### Weitere Leistungen an die Kommunen

Neben den Leistungen im Rahmen des Steuerverbundes stellt das Land den Kommunen weitere Mittel zur Verfügung:

#### 1. Zuweisungen nach näherer Bestimmung des Gemeindefinanzierungsgesetzes

- Zu den Kosten der Lastenausgleichsverwaltung werden insgesamt 7,2 Mio EUR bereitgestellt.

- Die Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs werden weiterhin mit 26 v. H. des dem Land zustehenden Anteils aus 6,45 zusätzlichen Umsatzsteuerpunkten ausgeglichen. Der Ausgleichsbetrag für die Gemeinden beträgt 475 Mio EUR.

## 2. Leistungen nach Maßgabe des Haushaltsplans

Die Weitergabe der Wohngeldersparnis des Landes an die Kommunen sowie der Abzug des interkommunalen Ausgleichs Ost werden außerhalb des Steuerverbundes vorgenommen. Ab 2006 erfolgt die Veranschlagung nicht mehr im Kapitel 20 030, sondern im Einzelplan 11. Die Verteilkriterien werden im Entwurf des Ausführungsgesetzes zum SGB II geregelt.

Für eine Vielzahl von weiteren Zweckbestimmungen sieht der Landeshaushalt 2006 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i. H. v. 5,4 Mrd. EUR vor, zu denen z. T. der Bund aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder sonstiger Vereinbarungen Finanzhilfen gewährt. Nach Verabschiedung des Landeshaushalts durch den Landtag werden die beschlossenen Zweckzuweisungen und ihre Dotierung im Ministerialblatt des Landes bekannt gegeben.

## 3. Gesamtzweisungen

Die Gesamtleistung des Landes NRW an seine Kommunen beträgt rd. 11,7 Mrd. EUR. Der Anteil der Leistungen an Kommunen an den bereinigten Gesamtausgaben des Landes beträgt damit rd. 24,1 v. H.

## 4. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Gemeinden erhalten unverändert 15 v. H. des im Lande vereinnahmten Aufkommens an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer sowie 12 v. H. des Aufkommens des Zinsabschlags (unter Berücksichtigung der Zerlegung nach Art. 107 Abs. 1 GG). Dieser Anteil wird für 2006 auf 4,96 Mrd. EUR geschätzt.

Im Gegenzug zu dem den Gemeinden überlassenen Einkommensteueranteil führen die Gemeinden eine Gewerbesteuerumlage an den Bund und das Land ab. Auf den Bund entfallen davon 16, auf das Land 22 Umlagepunkte. Der Landesanteil beträgt 395 Mio EUR.

## 5. **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**

Im Gegenzug zum Wegfall der Gewerbekapitalsteuer erhalten die Gemeinden ab 1998 einen Anteil von 2,2 v. H. an den Steuern vom Umsatz (nach Vorwegzuteilung an den Bund für den Zuschuss an die Rentenversicherung). Diese Umsatzsteuerbeteiligung wird für 2006 auf 700 Mio EUR geschätzt.

## 6. **Gewerbesteuerumlage für Einheitslasten**

Neben der allgemeinen Gewerbesteuerumlage beteiligen sich die Gemeinden mit einer erhöhten Gewerbesteuerumlage an der Mitfinanzierung der Belastungen des Landes durch die Deutsche Einheit. Auf das Land entfallen daher weitere 36 Umlagepunkte, das sind 645 Mio EUR.

## 6. **Vermögen und Schulden des Landes**

### 6.1 **Grundbesitz**

Das zum 01.01.2001 errichtete teilrechtsfähige Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) hat die Aufgabe, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte für Zwecke des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten.

Für diese Aufgabe ist zum 01.01.2001 das Liegenschaftsvermögen des Landes NRW bis auf wenige Ausnahmen an den BLB NRW abgegeben worden.



Von der Abgabe ausgenommen wurde lediglich das Grundvermögen der Forstwirtschaft und des Natur- und Landschaftsschutzes sowie wenige Sonderliegenschaften, d. h. Liegenschaften, die wegen ihrer Beschaffenheit oder Nutzung für eine Bewirtschaftung, Entwicklung oder Verwertung nach kaufmännischen Grundsätzen durch den BLB NRW ungeeignet sind.

Zu den Sonderliegenschaften gehören beispielsweise die Gebäude des Landtages, die Kirchen im Eigentum des Landes, die Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl etc.

Das vom BLB NRW verwaltete Liegenschaftsvermögen besteht aus rd. 1.420 Grundstücken mit rd. 4.470 Gebäuden und hat einen Wert von rd. 7,73 Mrd. EUR (Stand: 31.12.2004).

Es bestehen ferner die folgenden Schul- und Studienfonds als Sondervermögen ohne Rechtspersönlichkeit, die zum überwiegenden Teil aus Grundvermögen bestehen:

- Haus Büren'scher Fonds
- Paderborner Studienfonds
- Bergischer Schulfonds
- Gymnasialfonds Münstereifel
- Münster'scher Studienfonds
- Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Die Verwaltung des Bergischen Schulfonds, des Gymnasialfonds Münstereifel, des Münster'schen Studienfonds und des Beckum-Ahlen'schen Klosterfonds wird seit dem 01.01.2002 vom BLB NRW wahrgenommen.

Das Land NRW - Landesforstverwaltung - ist mit Stichtag 31.12.2004 Besitzer von 118.887 ha Forstfläche, davon 116.008 ha Forstbetriebsfläche und 2.879 ha landwirtschaftliche Fläche im Wert von insgesamt rd. 1,188 Mrd. EUR als Verwaltungsvermögen. Dies ist der weitaus größte Teil des Grundvermögens des Landes und umfasst ca. 13 v. H. der Gesamtwaldfläche im Lande. Über 40 v. H. der Waldfläche sind als FFH-Gebiete ("Flora-Fauna-Habitat") ausgewiesen worden. Insgesamt sind ca. 75 v. H. der im Eigentum der Landesforstverwaltung befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen als Naturschutz-, FFH- und Vogelschutzgebiete gemeldet. Die restlichen Flächen - bis auf ca. 2 v. H. - stehen unter Land-

schaftsschutz. Ferner hat das Land bisher ca. 2.000 ha Waldfläche angepachtet. Die Jagdbetriebsfläche (Verwaltungsjagdfläche) beträgt 53.715 ha. Sie setzt sich zusammen aus Eigentum und angegliederten Flächen abzüglich abgegliederter Flächen. Hinzu kommen 7.424 ha im Nationalpark Eifel, die nach Schutzzwecken des Nationalparks jagdlich bewirtschaftet werden.

Die Einnahmen aus dem Forst- und Jagdbetrieb betragen im Haushaltsjahr 2004 insgesamt rd. 20 Mio EUR.

## 6.2 Landesbetriebe

Derzeit verfügt das Land über insgesamt zehn Landesbetriebe i. S. v. § 26 der LHO.

### a) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW ist 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es ist Landesdatenverarbeitungszentrale, statistisches Landesamt sowie zentraler statistischer Dienstleister. Zu seinen Aufgaben gehört die Durchführung, Auswertung, Analyse und Weiterentwicklung sowie die Veröffentlichung der durch EG-, Bundes- und Landesrecht angeordneten Statistiken, die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen, die Bereitstellung der Landesdatenbank sowie die Unterstützung und Beratung des Landtages, des Landesrechnunghofes und der Landesverwaltung bei statistischen Fragen und beim Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2006 weist einen Betriebskostenzuschuss des Landes i. H. v. 60,6 Mio EUR aus.

### b) Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen

Das Landesvermessungsamt NRW ist 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Seine Aufgaben sind:

- Herstellung, Erneuerung und Erhaltung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Führung des amtlichen Nachweises der Festpunktfelder,
- Erfassung, Dokumentation und Bereitstellung der Informationen über die topografischen Gegebenheiten des Landgebiets sowie Durchführung und Lenkung von photogrammetrischen Arbeiten,
- Bearbeitung, Drucklegung, Herausgabe und Verbreitung der topografischen Landeskartenwerke sowie Wahrnehmung der Interessen des Landes bei ihrer Nutzung durch Dritte,
- Erstellung, Pflege und Weiterentwicklung von Programmsystemen für automatisierte Verfahren der Landesvermessung und zur einheitlichen Führung des Liegenschaftskatasters,
- Durchführung von Druck-, Reproduktions- und Berechnungsarbeiten auch für andere Stellen, soweit sie mit den vorstehend genannten Aufgaben in Verbindung stehen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2006 weist einen Betriebskostenzuschuss des Landes i. H. v. 23,0 Mio EUR aus.

c) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Hagen ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für DV-Aufgaben der Justiz, der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, der Bezirksregierungen, des Landesamtes für Ernährungswirtschaft und Jagd und des Landesinstituts für Bauwesen zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2006 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes mehr aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

d) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Köln ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Aufgabenschwerpunkte sind die IT-Anwendungsbereitstellung für die Bezirksregierungen und andere Landesbehörden, insbesondere die Eichverwaltung, die Arbeitsschutzverwaltung sowie die Studentenwerke und kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung im Aufgabenvollzug nach dem BAföG und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. Ressortübergreifende Aufgaben sind die Beratung und Unterstützung der Landesverwaltung bei der Einführung von Workflow- und Management-Systemen, Förderverfahren, Dokumentenerstellung und Behördeninformationssystemen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2006 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes mehr aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

e) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Münster ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es hat seinen Sitz in Münster und eine Nebenstelle in Düsseldorf. Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für Aufgaben der Landesversorgungsverwaltung zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2006 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes mehr aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

f) **Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen**

Die zentrale geowissenschaftliche Einrichtung wird seit Januar 2001 als Landesbetrieb geführt. Der Landesbetrieb untersucht landesweit den Untergrund, erfasst, sammelt und dokumentiert untergrundbezogene Daten, interpretiert diese und stellt sie in einem Fachinformationssystem für Planung und Problemlösung bei allen untergrundbezogenen Fragestellungen zur Verfügung. Er nimmt als geologische Landesanstalt nach dem Lagerstättengesetz wesentliche Funktionen im öffentlichen Interesse insbesondere für die Daseinsfürsorge und die Risikobewertung wahr.

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 weist zum 31.12.2004 ein Anlagevermögen von 2,2 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 6,4 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2006 ist für das Haushaltsjahr 2006 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 15,4 Mio EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen wurden für das Haushaltsjahr 2006 nicht mehr vorgesehen.

g) **Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen**

Der seit dem 01.01.2001 bestehende Landesbetrieb Straßenbau erbringt Dienstleistungen für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Aufgaben umfassen insbesondere Planung, Baumanagement und Betrieb der Bundesautobahnen und sonstiger Bundesstraßen des Fernverkehrs, der Landesstraßen und in bestimmten Kommunen der Kreis- und Gemeindestraßen.

Geprüfte Jahresabschlüsse und Lageberichte liegen für die Jahre 2001 bis 2004 vor. Für 2005 weist der Erfolgsplan des Landesbetriebs Straßenbau einen Jahresfehlbetrag von 11,7 Mio EUR aus. Dabei ging der Erfolgsplan des Jahres 2005 von 69,8 Mio EUR an Zuführungen zur betrieblichen Unterhaltung der Landesstraßen und von 252,6 Mio EUR

an Zuführungen zum laufenden Betrieb aus. Für 2006 plant der Landesbetrieb Straßenbau ein ausgeglichenes Ergebnis. Dabei sind 69,8 Mio EUR an Zuführungen zur betrieblichen Unterhaltung der Landesstraßen sowie 252,1 Mio EUR an Zuführungen zum laufenden Betrieb berücksichtigt. Die Zuführung zu betrieblichen Investitionen war für 2005 mit 7,2 Mio EUR angesetzt; sie steigt in 2006 auf 19,9 Mio EUR.

h) **Staatsbad Oeynhausen**

Der ehemalige Landesbetrieb "Staatsbad Oeynhausen" wurde mit Vertrag vom 04.11.2003 zum einen Teil kommunalisiert, zum anderen Teil mit Vertrag vom 01.12.2004 (BaliTherme) privatisiert.

i) **Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen**

Das Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen ist 1995 in einen Landesbetrieb überführt worden. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Durchführung von Prüfungen von Stoffen, Produkten, Anlagen und Verfahren im öffentlichen Interesse mit dem Ziel, die Allgemeinheit gegen Gefahren zu sichern und die Wirtschaft in der Qualitätssicherung zu unterstützen.

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 weist zum 31.12.2004 ein Anlagevermögen von 4,1 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 7,5 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2006 ist für das Haushaltsjahr 2006 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

j) **Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen**

Zum 01.01.2005 wurde der Landesbetrieb Wald und Holz NRW errichtet.

Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW nimmt Aufgaben im Rahmen der Geschäftsfelder landeseigener Forstbetrieb, forstliche Dienstleistungen und Hoheitsaufgaben wahr. Seine Aufgaben ergeben sich insbesondere aus dem Bundeswaldgesetz und dem Landesforstgesetz.

Der Landesbetrieb ist als Teil der Landesforstverwaltung für die Erhaltung und Vermehrung des Waldbestandes und die Sicherung seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion i. S. d. umfassenden Nachhaltigkeitsdefinition des Landesforstgesetzes verantwortlich.

Der Landesbetrieb besteht aus der bisherigen höheren Forstbehörde NRW sowie den bisherigen staatlichen Forstämtern und den bisherigen Forstämtern der Landwirtschaftskammer NRW sowie den Jugendwaldheimen. Die Einheitsforstverwaltung bleibt dabei als staatliche Sonderverwaltung erhalten.

Die planmäßigen Zuführungen aus dem Landeshaushalt betragen im Jahr 2005 49,6 Mio EUR und betragen für das Jahr 2006 44,6 Mio EUR.

k) **Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen**

Die Eichverwaltung Nordrhein-Westfalen ist im Januar 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden. Kernaufgabe des Landesbetriebes ist der Vollzug der Bestimmungen im gesetzlich geregelten Mess- und Eichwesen, insbesondere im Gesetz über Einheiten im Messwesen, im Eichgesetz, im Medizinproduktegesetz, in der Fertigpackungsverordnung und im Waffengesetz (Beschussrecht). Daneben ist der Landesbetrieb nach dem Gefahrgutrecht u. a. zuständig für die Erteilung und Entziehung der Zulassung für Container und für die Baumusterzulassung von fest verbundenen Tanks, Aufsetztanks und Batteriefahrzeugen. Für den Regierungsbezirk Arnsberg ist der Landesbetrieb regional zuständige Messstelle zur Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz.

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 weist zum 31.12.2004 ein Anlagevermögen von 2,8 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 7,6 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2006 ist für das Haushaltsjahr 2006 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 4,6 Mio EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen wurden für das Haushaltsjahr 2006 nicht mehr vorgesehen.

### 6.3 Kapitalvermögen

#### a) Rücklagen am 31.12.2004 (Stand: Ende Hj. 2004):

Gem. § 62 Abs. 2 LHO führt das Land Nordrhein-Westfalen eine allgemeine Rücklage, die 0,00 EUR betrug.

Daneben bestehen Rücklagen nach § 62 Abs. 3 LHO:

1. Für das verwaltete Sondervermögen (Liegenschaftsvermögen - Grundstock -) 0,00 EUR.
2. Als besondere Rücklage und zur Finanzierung strukturwirksamer Maßnahmen 5,1 Mio EUR.

#### b) Sonstiges Kapitalvermögen:

Der wesentliche Teil des sonstigen Kapitalvermögens des Landes besteht in Forderungen. Bei den Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen.

Die Darlehensforderungen beruhen zum größten Teil auf den seit 1945 aus ordentlichen und außerordentlichen Landesmitteln ausgezahlten Darlehen.

Daneben bestehen in geringem Umfang Forderungen im Wesentlichen aus Restkaufgeldern und Vorauszahlungen.

Außerdem besteht eine Forderung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber seinem teilrechtsfähigen Sondervermögen (BLB NRW) i. H. v. 5.852,7 Mio EUR.



Die Forderungen (ohne BLB NRW) betragen nach dem Stand vom Rechnungsabschluss 2004 (Mio EUR):

<b>Aufgabengebiet</b>	<b>- Mio EUR -</b>
1. Allgemeine Dienste	0,0
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	0,8
3. Soziale Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1.003,8
4. Gesundheit, Sport und Erholung	10,4
5. Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0,0
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	361,9
7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	151,8
8. Verkehrs- und Nachrichtendienst	0,0
9. Wirtschaftsunternehmen, Allgem. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10,2
10. Allgemeine Finanzwirtschaft	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1.538,9</b>

## 6.4 Beteiligungen

Das Land Nordrhein-Westfalen ist an den nachstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften des Privatrechts beteiligt (Stand: 31.07.2005).

Für die in Klammern angegebenen verwaltenden Ministerien werden folgende Abkürzungen verwendet:

StK	=	Staatskanzlei
MIWFT	=	Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
FM	=	Finanzministerium
MWME	=	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
IM	=	Innenministerium
MAGS	=	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MSW	=	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MBV	=	Ministerium für Bauen und Verkehr
MUNLV	=	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
MGFFI	=	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
<b>Kreditinstitute</b>				
1. NRW.Bank	533.331.800			
1. Land Nordrhein-Westfalen		345.302.633 / 64,74		
2. Landschaftsverband Rheinland				94.014.583 / 17,63
3. Landschaftsverband Westfalen-Lippe				94.014.583 / 17,63
(FM)				
2. WestLB AG	1.827.903.600			
1. Land NRW		14.387.000 / 0,79		
2. NRW.Bank				696.689.600 / 38,11
3. Rheinischer Sparkassen- und Giroverband				554.496.400 / 30,34
4. Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband				554.496.400 / 30,34
5. Landschaftsverband Rheinland				3.917.100 / 0,21
6. Landschaftsverband Westfalen-Lippe				3.917.100 / 0,21
(FM)				
3. Finanzierungsgesellschaft des Landes NRW zur Kapitalerhöhung bei der WestLB AG mbH	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(FM)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
4. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		156.272.780 / 4,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				3.000.000.000 / 80,00
3. Länder der Bundesrepublik				593.727.220 / 15,83
(FM)				
<b>Wohnungs- und Siedlungsunternehmen</b>				
5. LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen mbH, Düsseldorf	150.121.022			
1. BVG			102.308.380 / 68,15	
2. Westd. Landesbank Girozentrale				33.406.308 / 22,25
3. Verbände und Kammern				65.767 / 0,04
4. Versicherungen und Banken				5.177.505 / 3,45
5. Wohnungsunternehmen				7.868.337 / 5,24
6. Andere Unternehmen				15.334 / 0,01
7. Städte				180.875 / 0,12
8. Kreise				28.218 / 0,02
9. Eigene Anteile				1.070.298 / 0,71
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
6. Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landesentwicklung (DGL) GmbH in Liquidation, Düsseldorf	8.691.962			
1. Land Nordrhein-Westfalen		751.446 / 8,65		
2. Bundesrepublik Deutschland				2.028.602 / 23,34
3. Landwirtschaftliche Rentenbank				2.179.995 / 25,08
4. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG				1.413.620 / 16,26
5. Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank				1.090.125 / 12,54
6. DGL (eigene Anteile)				1.228.174 / 14,13
(MUNLV)				
7. Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH, Espelkamp	3.720.000			
1. BVG			1.860.000 / 50,00	
2. Stiftung Kronenkreuz, Stuttgart				930.000 / 25,00
3. Evang. Kirche von Westfalen, Bielefeld				930.000 / 25,00
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
<b>Verkehrsunternehmen</b>				
8. Deutsche Lufthansa AG, Köln	1.172.275.200			
1. BVG			17.232.445 / 1,47	
2. Sonstige				1.155.042.755 / 98,53
(MBV)				
9. Flughafen Köln/Bonn GmbH, Köln	10.821.000			
1. BVG			3.348.000 / 30,94	
2. Bundesrepublik Deutschland				3.348.000 / 30,94
3. Stadt Köln				3.367.000 / 31,12
4. Stadt Bonn				656.000 / 6,06
5. Rhein-Sieg-Kreis				64.000 / 0,59
6. Rhein.-Berg. Kreis				38.000 / 0,35
(MBV)				
10. Flughafen Essen-Mülheim GmbH, Mülheim	189.587			
1. Land Nordrhein-Westfalen		63.196 / 33,33		
2. Stadt Essen				63.196 / 33,33
3. Stadt Mülheim				63.196 / 33,33
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
11. Duisburger Hafen Aktiengesellschaft, Duisburg	46.020.000			
1. BVG			15.340.000 / 33,33	
2. Bundesrepublik Deutschland				15.340.000 / 33,33
3. Stadt Duisburg				15.340.000 / 33,33
(MBV)				
12. LOGPORT Logistic Center Duisburg GmbH	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.835 / 15,00		
2. Stadt Duisburg				5.113 / 20,00
3. Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG				14.061 / 55,00
4. Stadtwerke Duisburg AG				2.556 / 10,00
(MWME)				
13. Projektgesellschaft Metrorapid GmbH i. L.	25.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.500 / 50,00		
2. Deutsche Bahn AG				12.500 / 50,00
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
14. Agentur Nahverkehr NRW GmbH	30.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.000 / 10,00		
2. Zweckverbände zu je 10 v. H.				27.000 / 90,00
(MBV)				
<b>Sonstige Beteiligungen</b>				
15. ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2.045.168			
1. Land Nordrhein-Westfalen		112.484 / 5,50		
2. Übrige Gesellschafter				1.932.684 / 94,50
(StK)				
16. Neue Schauspiel GmbH, Düsseldorf	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.782 / 50,00		
2. Stadt Düsseldorf				12.782 / 50,00
(StK)				
17. IWF Wissen und Medien g.GmbH, Göttingen	51.129			
1. Land Nordrhein-Westfalen		5.113 / 10,00		
2. 9 Länder der Bundesrepublik				46.016 / 90,00
(MIWFT)				



	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
18. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Gemeinnützige Gesellschaft mbH, München	163.613			
1. Land Nordrhein-Westfalen		10.226 / 6,25		
2. 15 Länder der Bundesrepublik				153.387 / 93,75
(MSW)				
19. Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH, Düsseldorf	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen		25.565 / 100,00		
(MWME)				
20. Forschungszentrum Jülich GmbH (FZF)	511.292			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 10,00		
2. Bundesrepublik Deutschland				460.163 / 90,00
(MIWFT)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
21. Messe Düsseldorf GmbH	15.625.000			
1. BVG			3.125.000 / 20,00	
2. Stadt Düsseldorf				2.204.000 / 14,11
3. Stadt Düsseldorf (Amt 80)				6.625.000 / 42,40
4. Industrieterrains Düsseldorf Reisholz AG				3.125.000 / 20,00
5. Industrie- und Handelskammer Düsseldorf				273.000 / 1,75
6. Handwerkskammer Düsseldorf				273.000 / 1,75
(MWME)				
22. Koelnmesse GmbH, Köln	51.200.000			
1. BVG			10.240.000 / 20,00	
2. Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln				40.460.800 / 79,025
3. Industrie- und Handelskammer Köln				371.200 / 0,725
4. Einzelhandelsverband Bez. Köln e. V.				38.400 / 0,075
5. Handwerkskammer Köln				25.600 / 0,05
6. Gastgewerbeinnung zu Köln e. V.				25.600 / 0,05
7. Wirtschaftsvereinigung Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.				38.400 / 0,075
(MWME)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
23. Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH, Köln	26.587			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.023 / 3,85		
2. Bundesrepublik Deutschland				12.271 / 46,15
3. Freistaat Bayern				1.023 / 3,85
4. Andere Gesellschafter				12.271 / 46,15
(MWME)				
24. Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Informationen mbH, Karlsruhe	47.840			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.040 / 2,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				23.920 / 50,00
3. 13 Länder der Bundesrepublik				13.520 / 28,26
4. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V., München				1.560 / 3,26
5. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., München				1.560 / 3,26
6. Deutsche Physikalische Gesellschaft e. V., Bad Honnef				1.560 / 3,26
7. Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf				1.560 / 3,26
8. Gesellschaft für Informatik e. V., Bonn				1.560 / 3,26
9. Deutsche Mathematikervereinigung				1.560 / 3,26
(MIWFT)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
25. Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	102.258			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 50,00		
2. Gemeinnützige Gesellschaft für Diabeteskranke Bad Oeynhausen mbH				51.129 / 50,00
(MAGS)				
26. Hochschul-Informations-System Gesell- schaft mbH, Hannover	49.084			
1. Land Nordrhein-Westfalen		2.045 / 4,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				16.361 / 33,33
3. 15 Länder der Bundesrepublik				30.678 / 62,50
(MIWFT)				
27. ZENIT Zentrum für Innovation und Technik in Nordrhein-Westfalen GmbH, Mülheim a. d. Ruhr	153.388			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 33,33		
2. Bankenkonsortium (WestLB Girozentrale, Bankenvereinigung NRW e. V., Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank e. G.)				51.129 / 33,33
3. Trägerverein ZENIT e. V.				51.129 / 33,33
(MIWFT)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
28. Gollwitzer-Meier Klinikgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	127.823			
1. Land Nordrhein-Westfalen		76.694 / 60,00		
2. Stadt Bad Oeynhausen				51.129 / 40,00
(MAGS)				
29. Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen		25.565 / 100,00		
(MAGS)				
30. Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft GmbH (BEW), Essen	101.849			
Land Nordrhein-Westfalen		101.849 / 100,00		
(MUNLV)				
31. Wuppertal-Institut für Klima-Umwelt-Energie GmbH im Wissenschaftszentrum NRW	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen		25.565 / 100,00		
(MIWFT)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
32. Klinik am Rosengarten im Staatsbad Oeynhaus GmbH (vormals: IVO-Immobilien- Verwaltungsgesellschaft Staatsbad Oeynhaus mbH)	14.073.207			
Land Nordrhein-Westfalen		14.073.207 / 100,00		
(MAGS)				
33. Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		8.948 / 35,00		
2. Westdeutscher Rundfunk				10.226 / 40,00
3. Zweites Deutsches Fernsehen				2.557 / 10,00
4. RTL Television GmbH				2.557 / 10,00
5. Landesanstalt für Medien				1.278 / 5,00
(StK)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
34. START Zeitarbeit NRW GmbH	76.140			
1. Land Nordrhein-Westfalen		18.300 / 24,03		
2. Kreis Wesel (treuhänderisch)				4.980 / 6,54
3. Landesvereinigung Arbeitgeber- verbände e. V.				6.000 / 7,88
4. NRW Handwerkstag e. V.				6.000 / 7,88
5. Arbeitgeberverband Stahl NRW e. V.				6.000 / 7,88
6. Vermögensverwaltungs- und Treuhand- gesellschaft des DGB GmbH				4.980 / 6,54
7. Stiftung START Niederlande				4.980 / 6,54
8. Evangelische Kirche im Rheinland				4.980 / 6,54
9. Stadt Troisdorf (treuhänderisch für den NRW Städte- und Gemeindebund)				4.980 / 6,54
10. AG Spitzenverbände d. Freien Wohlfahrtspflege				4.980 / 6,54
11. Stadt Düsseldorf (treuhänderisch für Städtetag NRW)				4.980 / 6,54
12. Stadt Duisburg				4.980 / 6,54
(MAGS)				
35. Internationales Konversionszentrum Bonn	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		14.061 / 55,00		
2. Land Brandenburg				3.835 / 15,00
3. Investitionsbank NRW				3.835 / 15,00
4. LEG NRW GmbH				3.835 / 15,00
(MIWFT)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
36. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	41.926			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.023 / 2,44		
2. Übrige Gesellschafter				40.903 / 97,56
(StK)				
37. Europäisches Zentrum für Medien- kompetenz GmbH	81.807			
1. Land Nordrhein-Westfalen		10.226 / 12,50		
2. 13 weitere öffentlich-rechtliche sowie private Gesellschafter				71.581 / 87,50
(StK)				
38. Deutsches Institut für Entwicklungs- politik GmbH (DIE)	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		6.391 / 25,00		
2. Bundesrepublik Deutschland				19.174 / 75,00
(MGFFI)				



	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
39. Projekt Ruhr GmbH  Land Nordrhein-Westfalen  (StK)	125.000	125.000 / 100,00		
40. NRW Medien GmbH i. L.  Land Nordrhein-Westfalen  (StK)	25.000	25.000 / 100,00		
41. FISCUS GmbH  1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland 3. Länder der Bundesrepublik (außer Bayern)  (FM)	32.000	2.000 / 6,25		2.000 / 6,25 28.000 / 87,50
42. CeGi Center for Geoinformation GmbH  1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Private Gesellschafter  (IM)	250.000	25.000 / 10,00		225.000 / 90,00

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
43. Betriebsgesellschaft Akademie Mont-Cenis Herne mbH	39.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		20.000 / 51,28		
2. Stadt Herne				19.000 / 48,72
(IM)				
44. BahnflächenEntwicklungsGesellschaft NRW mbH (BEG)	25.050			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.550 / 50,10		
2. Deutsche Bahn AG				12.500 / 49,90
(MBV)				
45. Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen		25.565 / 100,00		
(FM)				
<b>Insgesamt Anteil Nordrhein-Westfalen/BVG (EUR)</b>	<b>7.588.358.417</b>	<b>531.741.999</b>	<b>153.453.825</b>	

## 6.5 Schulden

Die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen setzen sich am 31.12.2004 wie folgt zusammen:

	- Mio EUR -
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	102.494,0
2. Auslandsschulden, soweit auf fremde Währung lautend	0,1
<hr/>	
3. Summe 1. - 2.	102.494,1
<hr/>	
4. Schulden bei Gebietskörperschaften:	
a) beim Bund	3.392,0
b) bei Ländern	-
c) bei Gemeinden (GV)	-
d) beim ERP-Sondervermögen	-
<hr/>	
Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen	3.392,0
<hr/>	
<b>Schulden insgesamt</b>	<b>105.886,1</b>

### Schuldenstand am Kreditmarkt nach Arten

	Ende J. 2004 (= 31.12.2004) - Mio EUR -
Landesschatzanweisungen	46.208,7
Schuldscheindarlehen	56.285,3
<hr/>	
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>102.494,0</b>

## 6.6 Gewährleistungen

Im Kapitalbuch für Bürgschaften von Nordrhein-Westfalen waren am 31.12.2004 folgende Gewährleistungsverpflichtungen eingetragen:

<b>- Mio EUR -</b>	
1. Bürgschaften:	
a) Wirtschaftsbetriebe	2.649,8
b) Unternehmen mit Landesbeteiligung	340,4
c) Finanzierungsgesellschaft	630,0
d) Kleinwohnungen	1,6
e) Landwirtschaftliche Betriebe	1,5
2. Rückbürgschaften:	
a) Kreditgarantiegemeinschaften	512,9
b) Wohnungsbau	460,2
<hr/>	
Zwischensumme	4.596,5 <sup>7</sup>
<hr/>	
3. Garantien (einschl. Rückgarantie- und Haftungsfreistellungserklärungen)	2.071,0
<hr/>	
<b>Gewährleistungen insgesamt</b>	<b>6.667,5</b>
<hr/>	

<sup>7</sup> Differenz durch Runden der Zahlen

7. **Finanzstatistische Übersichten:**

# 1. Gesamtausgaben <sup>1)</sup> von Bund, Ländern und Gemeinden <sup>2)</sup>

Jahr	Bund		Länder <sup>3)</sup>		Gemeinden <sup>3)</sup>	
	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.
1975	80,2	+ 17,1	74,2	+ 9,2	51,8	+ 5,6
1976	83,1	+ 3,6	78,4	+ 5,6	53,1	+ 2,6
1977	87,9	+ 5,8	82,1	+ 4,7	54,5	+ 2,7
1978	96,9	+ 10,2	89,3	+ 8,8	54,7	+ 0,4
1979	104,0	+ 7,3	96,9	+ 8,5	59,5	+ 8,8
1980	110,3	+ 6,1	104,8	+ 8,1	66,6	+ 11,8
1981	119,1	+ 8,0	107,7	+ 2,8	69,4	+ 4,3
1982	125,1	+ 5,0	111,2	+ 3,3	69,5	+ 0,0
1983	126,2	+ 0,9	113,1	+ 1,6	68,6	- 1,3
1984	128,7	+ 2,0	115,9	+ 2,5	69,7	+ 1,7
1985	131,5	+ 2,1	120,2	+ 3,7	73,4	+ 5,3
1986	133,7	+ 1,7	124,7	+ 3,8	77,8	+ 6,0
1987	137,6	+ 2,9	129,0	+ 3,4	80,8	+ 3,9
1988	140,8	+ 2,4	131,8	+ 2,2	83,1	+ 2,9
1989	148,2	+ 5,2	137,8	+ 4,5	87,7	+ 5,4
1990	157,5	+ 6,3	146,3	+ 6,2	94,7	+ 8,1
1991	205,4	x <sup>4)</sup>	200,2	x <sup>4)</sup>	125,4	x <sup>4)</sup>
1992	218,4	+ 6,3	215,1	+ 7,4	142,7	+ 13,8
1993	233,9	+ 7,1	226,0	+ 5,2	148,2	+ 3,9
1994	240,9	+ 3,0	230,1	+ 1,7	150,4	+ 1,5
1995	237,6	- 1,4	237,2	+ 3,1	152,7	+ 1,5
1996	232,9	- 2,0	243,1	+ 2,5	148,6	- 2,7
1997	225,9	- 3,0	241,6	- 0,6	143,7	- 3,3
1998	233,6	+ 3,4	243,2	+ 0,7	142,5	- 0,8
1999	246,9	+ 5,7	245,3	+ 0,8	143,8	+ 0,9
2000	244,4	- 1,0	249,3	+ 1,7	146,1	+ 1,6
2001	243,1	- 0,5	255,0	+ 2,3	148,3	+ 1,5
2002 <sup>5)</sup>	249,3	+ 2,5	257,0	+ 0,8	150,0	+ 1,1
2003 <sup>6)</sup>	256,7	+ 3,0	258,7	+ 0,7	149,8	- 0,1
2004 <sup>6) 7)</sup>	251,6	- 2,0	256,0	- 1,0	149,2	- 0,4

<sup>1)</sup> Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

<sup>2)</sup> Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

<sup>3)</sup> Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischer Buchführung

<sup>4)</sup> Mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

<sup>5)</sup> Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

<sup>6)</sup> Gemeinden vorläufiges Ist

<sup>7)</sup> Stand: Finanzplanungsrat Juni 2005

## 2. Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden <sup>1)</sup>

Jahr	Personalausgaben			Personalausgabenquote <sup>2)</sup>		
	Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Länder	Gemeinden
	- in Mio EUR -			- in v. H. -		
1975	13.011	31.165	15.521	16,2	42,0	30,0
1976	13.421	33.109	16.179	16,2	42,2	30,5
1977	14.043	35.515	16.902	16,0	43,3	31,0
1978	14.710	37.365	15.057	15,2	41,8	27,5
1979	15.426	39.861	15.817	14,8	41,1	26,6
1980	16.433	42.739	17.115	14,9	40,8	25,7
1981	17.426	44.395	18.130	14,6	41,2	26,1
1982	17.587	45.807	18.610	14,1	41,2	26,8
1983	17.966	47.197	19.032	14,2	41,7	27,8
1984	18.128	47.839	19.429	14,1	41,3	27,9
1985	18.749	48.923	20.217	14,3	40,7	27,5
1986	19.398	50.930	21.479	14,5	40,8	27,6
1987	20.083	52.538	22.588	14,6	40,7	27,9
1988	20.511	53.858	23.107	14,6	40,9	27,8
1989	21.136	55.158	23.717	14,3	40,0	27,1
1990	22.088	58.101	25.320	14,0	39,7	26,7
1991	24.915	70.936	35.541	12,1	35,4	28,4
1992	26.328	78.084	39.718	12,1	36,3	27,8
1993	26.952	82.908	40.359	11,5	36,7	27,2
1994	26.928	84.891	39.741	11,2	36,9	26,4
1995	27.064	88.361	40.524	11,4	37,2	26,5
1996	27.031	89.890	39.835	11,6	37,0	26,8
1997	26.836	90.451	38.980	11,9	37,4	27,1
1998	26.653	91.363	38.710	11,4	37,6	27,2
1999	26.963	93.028	39.191	10,9	37,9	27,3
2000	26.517	93.802	39.550	10,8	37,6	27,1
2001	26.807	94.537	39.388	11,0	37,1	26,6
2002 <sup>3)</sup>	26.986	96.932	40.000	10,8	37,7	26,7
2003 <sup>4)</sup>	27.235	97.051	40.474	10,6	37,5	27,0
2004 <sup>4) 5)</sup>	26.758	97.315	40.459	10,6	38,0	27,1

<sup>1)</sup> Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

<sup>2)</sup> Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H. (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

<sup>3)</sup> Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

<sup>4)</sup> Gemeinden vorläufiges Ist

<sup>5)</sup> Stand: Finanzplanungsrat Juni 2005

### 3. Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1980, 1990, 1993 bis 2004 <sup>1)</sup> (Schuldenaufnahme ./ Schuldentilgung am Kreditmarkt)

Gebietskörperschaft	1980	1990	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 <sup>7)</sup>	2003 <sup>8)</sup>	2004 <sup>8) 9)</sup>
	- in Mio EUR -													
<b>1. Bund</b>	<b>13.860</b>	<b>16.263 <sup>2)</sup></b>	<b>33.825</b>	<b>25.602</b>	<b>25.626</b>	<b>40.022</b>	<b>32.571</b>	<b>28.852</b>	<b>26.110</b>	<b>23.759</b>	<b>22.826</b>	<b>31.863</b>	<b>38.648</b>	<b>39.542</b>
<b>2. Länder insgesamt</b>	<b>10.816</b>	<b>9.313</b>	<b>20.741</b>	<b>20.546 <sup>5)</sup></b>	<b>19.708 <sup>5)</sup></b>	<b>20.048 <sup>5)</sup></b>	<b>20.562 <sup>5)</sup></b>	<b>15.137 <sup>5)</sup></b>	<b>11.810 <sup>5)</sup></b>	<b>12.948 <sup>5)</sup></b>	<b>20.922 <sup>5)</sup></b>	<b>26.902 <sup>5)</sup></b>	<b>26.708 <sup>5)</sup></b>	<b>26.804 <sup>5)</sup></b>
davon														
- Nordrhein-Westfalen	4.126	2.219	2.266	3.174	3.131	3.088	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 <sup>6)</sup>	4.164	6.666 <sup>6)</sup>	6.872
- übrige Flächenländer	5.763	5.205	13.725	12.930 <sup>5)</sup>	12.374 <sup>5)</sup>	12.938 <sup>5)</sup>	12.101 <sup>5)</sup>	8.810 <sup>5)</sup>	6.474 <sup>5)</sup>	6.381 <sup>5)</sup>	9.478 <sup>5)</sup>	15.301 <sup>5)</sup>	14.955 <sup>5)</sup>	13.881 <sup>5)</sup>
- Stadtstaaten <sup>3)</sup>	927	1.889	4.750	4.442 <sup>5)</sup>	4.203 <sup>5)</sup>	4.023 <sup>5)</sup>	3.639 <sup>5)</sup>	3.084 <sup>5)</sup>	2.662 <sup>5)</sup>	2.944 <sup>5)</sup>	6.037 <sup>5)</sup>	7.437 <sup>5)</sup>	5.087 <sup>5)</sup>	6.051 <sup>5)</sup>
<b>3. Gemeinden insgesamt <sup>4)</sup></b>	<b>2.227</b>	<b>1.471</b>	<b>7.778</b>	<b>3.721</b>	<b>4.305</b>	<b>3.344</b>	<b>2.416</b>	<b>671</b>	<b>154</b>	<b>- 287</b>	<b>210</b>	<b>707</b>	<b>1.294</b>	<b>856</b>
davon														
- Nordrhein-Westfalen	1.163	793	1.823	442	1.052	724	572	171	103	74	- 189	290	415	228
- übrige Flächenländer	1.064	678	5.955	3.279	3.253	2.620	1.844	499	52	- 361	399	417	879	628

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

<sup>1)</sup> Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

<sup>2)</sup> Ohne übergeleiteten DDR-Haushalt, 2. Halbjahr 1990

<sup>3)</sup> Bis 1990 Berlin-West, ab 1991 Berlin insgesamt

<sup>4)</sup> Ohne innere Darlehen

<sup>5)</sup> Einschl. Sanierungshilfen für das Saarland (bis 1998: 818 Mio EUR; 1999: 614 Mio EUR; 2000: 537 Mio EUR; 2001: 460 Mio EUR; 2002: 383 Mio EUR; 2003: 307 Mio EUR; 2004: 256 Mio EUR) und für Bremen (bis 1999: 920 Mio EUR; 2000: 818 Mio EUR; 2001: 716 Mio EUR; 2002: 614 Mio EUR; 2003: 511 Mio EUR; 2004: 358 Mio EUR)

<sup>6)</sup> Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar

<sup>7)</sup> Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

<sup>8)</sup> Gemeinden vorläufiges Ist

<sup>9)</sup> Stand: Finanzplanungsrat Juni 2005

**Quellen:** Finanzberichte des Bundes, BMF; Haushaltsrechnungsstatistik; Vierteljahresstatistik



**4. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,  
der Länder und des Landes Nordrhein-Westfalen  
nach der Steuerverteilung  
- ohne steuerähnliche Abgaben -**

Jahr	Bund <sup>1)</sup>	Veränd. zum Vorjahr	Länder <sup>2)</sup>	Veränd. zum Vorjahr	Nordrhein- Westfalen <sup>3)</sup>	Veränd. zum Vorjahr	
	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -
1970	42.742,3	+ 2,7	25.810,8	+ 8,1	7.485,5	+ 7,1	+ 496,3
1971	47.587,7	+ 11,3	28.942,4	+ 12,1	8.343,8	+ 11,5	+ 858,3
1972	52.001,5	+ 9,3	34.228,3	+ 18,3	9.772,5	+ 17,1	+ 1.428,8
1973	58.777,0	+ 13,0	39.106,6	+ 14,3	11.163,0	+ 14,2	+ 1.390,5
1974	61.054,6	+ 3,9	42.614,8	+ 9,0	12.291,6	+ 10,1	+ 1.128,6
1975	61.361,4	+ 0,5	41.701,2	- 2,1	11.941,0	- 2,9	- 350,6
1976	67.379,9	+ 9,8	46.312,2	+ 11,1	13.394,5	+ 12,2	+ 1.453,5
1977	74.108,2	+ 10,0	52.761,2	+ 13,9	14.972,4	+ 11,8	+ 1.577,8
1978	79.343,7	+ 7,1	56.489,8	+ 7,1	15.961,7	+ 6,6	+ 989,3
1979	85.597,1	+ 7,9	61.362,7	+ 8,6	17.268,9	+ 8,2	+ 1.307,3
1980	90.776,0	+ 6,1	64.154,0	+ 4,5	18.102,8	+ 4,8	+ 833,9
1981	93.021,2	+ 2,5	64.519,3	+ 0,6	17.935,9	- 0,9	- 166,9
1982	94.370,1	+ 1,5	66.668,3	+ 3,3	18.466,7	+ 3,0	+ 530,8
1983	98.099,2	+ 4,0	70.057,0	+ 5,1	19.263,2	+ 4,3	+ 796,5
1984	101.677,8	+ 3,6	73.560,5	+ 5,0	20.081,8	+ 4,2	+ 818,6
1985	106.312,8	+ 4,6	77.980,3	+ 6,0	20.970,5	+ 4,4	+ 888,7
1986	107.669,9	+ 1,3	81.857,5	+ 5,0	22.271,5	+ 6,2	+ 1.301,0
1987	111.890,1	+ 3,9	85.124,1	+ 4,0	23.136,5	+ 3,9	+ 865,0
1988	113.850,3	+ 1,8	88.435,5	+ 3,9	24.190,1	+ 4,6	+ 1.053,7
1989	127.713,3	+ 12,2	96.744,0	+ 9,4	26.831,9	+ 10,9	+ 2.641,8
1990	133.872,5	+ 4,8	97.793,3	+ 1,1	27.108,5	+ 1,0	+ 276,6
1991 <sup>4)</sup>	164.295,4	x	114.693,8	x	28.703,0	+ 5,9	+ 1.594,5
1992	182.453,9	+ 11,1	126.479,2	+ 10,3	31.319,0	+ 9,1	+ 2.616,0
1993	184.192,7	+ 1,0	130.957,8	+ 3,5	31.346,8	+ 0,1	+ 27,9
1994	197.432,7	+ 7,2	133.931,5	+ 2,3	31.164,0	- 0,6	- 182,8
1995 <sup>5)</sup>	199.816,6	+ 1,2	147.233,2	+ 9,9	33.395,9	+ 7,2	+ 2.231,9
1996 <sup>6)</sup>	190.400,1	- 4,7	150.438,3	+ 2,2	33.931,1	+ 1,6	+ 535,2
1997	188.280,3	- 1,1	148.668,7	- 1,2	33.373,4	- 1,6	- 557,7
1998	194.030,1	+ 3,1	156.520,2	+ 5,3	35.075,4	+ 5,1	+ 1.702,0
1999	211.726,6	+ 9,1	164.723,8	+ 5,2	36.830,5	+ 5,0	+ 1.755,1
2000	219.034,4	+ 3,5	169.249,1	+ 2,7	37.796,9	+ 2,6	+ 966,4
2001	213.342,2	- 2,6	159.114,8	- 6,0	33.639,1	- 11,0	- 4.157,8
2002	214.371,5	+ 0,5	156.231,2	- 1,8	35.923,8	+ 6,8	+ 2.284,7
2003	214.009,5	- 0,2	155.510,1	- 0,5	33.398,5	- 7,0	- 2.525,3
2004	208.917,2	- 2,4	157.920,8	+ 1,6	33.912,0	+ 1,5	+ 513,5

<sup>1)</sup> Ohne EG-Anteile, vor Abzug von Ergänzungszuweisungen und (ab 1996) Bahnstrukturreform

<sup>2)</sup> Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten

<sup>3)</sup> Isteinnahmen lt. Haushaltsrechnung, zur Vergleichbarkeit mit den Ländern 1993 bis 1995 nettogestellt

<sup>4)</sup> Ab 1991 mit Beitrittsgebiet, daher mit Vorjahr nicht vergleichbar

<sup>5)</sup> Die Veränderungsdaten sind durch die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1995 um 7 v. H.-Punkte zur Finanzierung der Mehrbelastung aufgrund der Neuregelung des LFA mit dem Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar (Hinweis auf Seiten A 58 ff. des Finanzberichts NRW 1997)

<sup>6)</sup> Veränderungsdaten durch Umstellung des Kindergeldverfahrens mit Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar

## 5. Gesamtverschuldung <sup>1)</sup> der Gebietskörperschaften 1970, 1982 bis 2004 - in Mrd. EUR -

Stand 31.12.	1970	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 <sup>9)</sup>	1992
Bund <sup>2)</sup>	24,4	157,7	174,7	186,9	200,6	211,4	225,2	243,0	250,8	277,2	299,6	310,2
Lastenausgleichsfonds	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen	0,7	2,7	2,9	3,3	3,2	3,3	2,9	3,0	3,5	4,7	8,3	12,4
Fonds "Deutsche Einheit"	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10,1	25,8	38,0
Kreditabwicklungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,1	14,0	46,9
Länder	24,8	108,5	120,5	130,9	140,1	148,6	159,4	169,1	172,9	182,7	193,8	212,0
Gemeinden (GV) <sup>3) 4) 5)</sup>	23,2	55,0	56,3	56,9	57,5	58,5	60,0	61,1	62,3	63,8	70,5	75,5
Zweckverbände <sup>4) 5) 6)</sup>	-	4,5	4,7	4,7	4,6	4,3	4,5	4,6	4,9	5,2	5,6	6,4
<b>Zusammen <sup>7)</sup></b>	<b>62,9</b>	<b>310,8</b>	<b>341,0</b>	<b>364,1</b>	<b>386,8</b>	<b>406,1</b>	<b>431,7</b>	<b>459,6</b>	<b>472,8</b>	<b>536,2</b>	<b>595,9</b>	<b>679,9</b>
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	13,6	17,7	18,0	18,5	19,2	20,0	20,4	21,2	21,6	21,7	21,8	21,5

Stand 31.12.	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bund <sup>2) 10)</sup>	350,4	364,3	385,7	426,0	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0
ERP-Sondervermögen <sup>8)</sup>	14,4	14,3	18,6	19,0	18,8	19,5	16,2	18,6	19,4	19,8	19,7	18,6
Fonds "Deutsche Einheit"	44,8	45,8	44,6	42,7	40,7	40,3	40,1	39,7	39,6	39,4	39,1	38,7
Kreditabwicklungsfonds/ Erblastentilgungsfonds	51,8	52,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Länder	234,7	250,9	272,2	294,5	314,0	328,7	336,6	346,3	370,7	397,3	427,0	454,4
Gemeinden (GV) <sup>3) 4) 5)</sup>	81,7	85,1	88,1	89,8	90,1	89,4	88,3	87,5	87,1	87,1	88,8	89,0
Zweckverbände <sup>4) 5)</sup>	8,7	11,3	11,6	11,4	10,7	11,1	12,5	8,5	7,5	7,5	7,8	7,9
Bundeseisenbahnvermögen	-	36,5	40,1	39,8	39,5	39,5	-	-	-	-	-	-
<b>Zusammen <sup>7)</sup></b>	<b>765,5</b>	<b>840,1</b>	<b>1.009,3</b>	<b>1.069,2</b>	<b>1.119,1</b>	<b>1.153,4</b>	<b>1.183,1</b>	<b>1.198,1</b>	<b>1.203,9</b>	<b>1.253,2</b>	<b>1.325,7</b>	<b>1.395,0</b>
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	20,9	20,4	19,6	19,4	19,2	19,1	18,9	18,0	17,8	17,4	17,1	16,5

<sup>1)</sup> Kreditmarktschulden im engeren Sinne (einschl. Schulden bei öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen) Ausgleichsforderungen, Schulden bei öffentlichen Haushalten (ohne Kassenverstärkungskredite, innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte) Revision 1990

<sup>2)</sup> Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds

<sup>3)</sup> Ab 1974 ohne Eigenbetriebe; bis 1973 methodisch angeglichen

<sup>4)</sup> Bis 1991 einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen

<sup>5)</sup> Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, daher Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt

<sup>6)</sup> Vor 1974 statistisch nicht nachgewiesen; 1974 ohne die Schulden der Zweckverbände in NRW

<sup>7)</sup> In der Summe ohne Schulden bei Verwaltungen

<sup>8)</sup> 1995 bis 1998 einschl. Ausgleichsfonds "Steinkohle"; ab 1996 einschl. Entschädigungsfonds

<sup>9)</sup> Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

<sup>10)</sup> Ab 1999 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

## 6. Bereinigte Gesamtausgaben<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>6)</sup>
Bund	233.896	240.945	237.576	232.919	225.950	233.619	246.869	244.405	243.145	249.286	256.703	251.594
Schleswig-Holstein	6.791	6.933	7.148	7.240	7.135	7.279	7.442	7.551	7.729	7.805	7.930	7.933
Niedersachsen	19.285	19.507	19.719	19.803	19.746	20.101	20.261	20.848	22.084	22.188	22.180	21.858
Hessen	15.337	15.307	15.586	16.590	16.533	16.658	17.755	18.213	18.562	18.156	18.378	17.893
Rheinland-Pfalz	9.803	9.953	10.330	10.983	10.854	10.947	11.080	11.219	11.298	11.411	11.701	11.650
Baden-Württemberg	25.550	25.373	27.242	27.804	26.929	28.731	28.620	30.264	31.558	30.779	31.042	31.259
Bayern	27.190	27.803	29.641	31.153	30.713	31.078	31.677	32.409	33.227	34.481	34.816	34.249
Saarland	3.143	3.123	3.129	3.229	3.158	3.193	3.204	3.266	3.275	3.300	3.296	3.248
Nordrhein-Westfalen	39.855 <sup>4)</sup>	40.575 <sup>4)</sup>	42.488 <sup>4)</sup>	43.886	45.112	45.034	45.502	46.179	47.437 <sup>5)</sup>	47.725	47.417	48.102
Flächenländer (West) insg. <sup>2)</sup>	146.955	148.574	155.283	160.687	160.180	163.020	165.541	169.949	175.171	175.846	176.760	176.192
Flächenländer (West) o. NRW <sup>2)</sup>	107.100	107.999	112.795	116.802	115.068	117.987	120.040	123.770	127.734	128.121	129.343	128.090
Brandenburg	9.272	9.670	9.750	9.855	9.657	9.749	9.834	9.700	9.916	10.163	9.599	9.519
Mecklenburg-Vorpommern	6.408	6.817	7.149	7.606	7.308	7.330	7.237	7.118	7.058	7.275	7.179	6.963
Sachsen	13.931	14.126	15.535	16.103	15.665	15.376	15.549	16.123	15.474	15.924	16.691	15.885
Sachsen-Anhalt	9.211	9.588	10.393	10.327	10.809	10.470	10.302	10.454	10.338	10.292	10.463	10.107
Thüringen	8.460	8.863	9.044	9.630	9.604	9.680	9.794	9.687	9.616	9.263	9.220	9.257
Flächenländer (Ost) <sup>2)</sup>	47.282	49.064	51.871	53.521	53.042	52.604	52.714	53.082	52.401	52.915	53.153	51.731
Hamburg	8.708	8.951	9.064	9.455	9.420	9.361	9.490	9.729	9.582	9.757	10.595	10.492
Bremen	3.912	3.924	3.982	4.006	4.024	4.055	4.100	4.115	4.189	4.217	4.269	4.249
Berlin	21.020	21.172	22.085	21.812	21.423	21.193	21.081	20.895	22.574	21.066	20.675	20.539
Stadtstaaten <sup>2)</sup>	33.640	34.047	35.131	35.273	34.867	34.608	34.671	34.739	36.344	35.040	35.538	35.280
Länder insgesamt (ber.) <sup>3)</sup>	225.964	230.135	237.239	243.121	241.561	243.218	245.268	249.337	255.001	256.962	258.690	255.974

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Nettostellung der bruttoveranschlagten Zahlungen an den Fonds "Deutsche Einheit"

(FDE 1993: 821 Mio EUR, 1994: 1.375 Mio EUR, 1995: 1.106 Mio EUR);

ab 1996 erfolgt Nettoveranschlagung

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

## 7. Veränderungsraten der bereinigten Gesamtausgaben<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>5)</sup>
Bund	7,1	3,0	-1,4	-2,0	-3,0	3,4	5,7	-1,0	-0,5	2,5	3,0	-2,0
Schleswig-Holstein	1,2	2,1	3,1	1,3	-1,4	2,0	2,2	1,5	2,4	1,0	1,6	0,0
Niedersachsen	3,2	1,2	1,1	0,4	-0,3	1,8	0,8	2,9	5,9	0,5	0,0	-1,5
Hessen	6,7	-0,2	1,8	6,4	-0,3	0,8	6,6	2,7	1,9	-2,2	1,2	-2,6
Rheinland-Pfalz	3,9	1,5	3,8	6,3	-1,2	1,0	1,2	1,2	0,7	1,0	2,5	-0,4
Baden-Württemberg	2,6	-0,7	7,4	2,1	-3,1	6,7	-0,4	5,7	4,3	-2,5	0,9	0,7
Bayern	3,3	2,3	6,6	5,1	-1,4	1,2	1,9	2,3	2,5	3,8	1,0	-1,6
Saarland	5,4	-0,6	0,2	3,2	-2,2	1,1	0,3	1,9	0,3	0,8	-0,1	-1,4
Nordrhein-Westfalen	4,4	1,8	4,7	3,3	2,8	-0,2	1,0	1,5	2,7 <sup>4)</sup>	0,6	-0,6	1,4
Flächenländer (West) insg. <sup>2)</sup>	3,8	1,1	4,5	3,5	-0,3	1,8	1,5	2,7	3,1	0,4	0,5	-0,3
Flächenländer (West) ohne NRW <sup>2)</sup>	3,6	0,8	4,4	3,6	-1,5	2,5	1,7	3,1	3,2	0,3	1,0	-1,0
Brandenburg	9,8	4,3	0,8	1,1	-2,0	0,9	0,9	-1,4	2,2	2,5	-5,5	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	12,9	6,4	4,9	6,4	-3,9	0,3	-1,3	-1,6	-0,8	3,1	-1,3	-3,0
Sachsen	2,4	1,4	10,0	3,7	-2,7	-1,8	1,1	3,7	-4,0	2,9	4,8	-4,8
Sachsen-Anhalt	5,9	4,1	8,4	-0,6	4,7	-3,1	-1,6	1,5	-1,1	-0,4	1,7	-3,4
Thüringen	10,9	4,8	2,0	6,5	-0,3	0,8	1,2	-1,1	-0,7	-3,7	-0,5	0,4
Flächenländer (Ost) <sup>2)</sup>	7,3	3,8	5,7	3,2	-0,9	-0,8	0,2	0,7	-1,3	1,0	0,4	-2,7
Hamburg	5,1	2,8	1,3	4,2	-0,4	-0,5	1,4	2,5	-1,5	1,8	8,6	-1,0
Bremen	5,0	0,3	1,5	0,6	0,5	0,8	1,1	0,4	1,8	0,7	1,2	-0,5
Berlin	7,1	0,7	4,3	-1,2	-1,8	-1,1	-0,5	-0,9	8,0	-6,7	-1,9	-0,7
Stadtstaaten <sup>2)</sup>	6,3	1,2	4,6	0,4	-1,2	-0,7	0,2	0,2	4,6	-3,6	1,4	-0,7
Länder insgesamt (ber.) <sup>3)</sup>	5,1	1,8	3,1	2,4	-0,6	0,7	0,8	1,7	2,3	0,8	0,7	-1,0

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Rechnerische Veränderungsrate der Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

## 8. Personalausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>2)</sup>
Bund	26.952	26.928	27.064	27.031	26.836	26.653	26.963	26.517	26.807	26.986	27.235	26.758
Schleswig-Holstein	2.651	2.692	2.807	2.866	2.904	2.935	2.986	2.994	3.055	3.158	3.188	3.259
Niedersachsen	7.826	8.010	8.193	8.293	8.343	8.439	8.487	8.570	8.170	8.476	8.669	8.724
Hessen	6.114	6.247	6.545	6.650	6.719	6.829	7.022	6.970	6.597	6.795	6.765	6.810
Rheinland-Pfalz	3.943	4.040	4.212	4.326	4.373	4.362	4.494	4.560	4.681	4.632	4.713	4.775
Baden-Württemberg	10.478	10.709	11.138	11.353	11.312	11.464	11.753	11.861	12.298	12.731	12.793	13.064
Bayern	11.471	11.730	12.270	12.544	12.556	12.767	13.103	13.335	13.647	14.104	14.491	14.533
Saarland	1.176	1.192	1.227	1.242	1.224	1.235	1.265	1.284	1.322	1.363	1.380	1.256
Nordrhein-Westfalen	15.877	16.199	17.055	17.493	17.837	18.240	18.620	18.977	19.194 <sup>1)</sup>	19.906	19.574	19.897
Flächenländer (West) insg.	59.535	60.819	63.447	64.766	65.267	66.272	67.731	68.551	68.964	71.165	71.575	72.318
Flächenländer (West) o. NRW	43.659	44.621	46.392	47.273	47.430	48.032	49.111	49.574	49.770	51.258	52.001	52.421
Brandenburg	2.015	2.183	2.369	2.472	2.489	2.511	2.515	2.409	2.446	2.374	2.396	2.222
Mecklenburg-Vorpommern	1.479	1.572	1.725	1.786	1.823	1.851	1.885	1.899	1.924	1.946	1.939	1.855
Sachsen	3.397	3.630	3.758	3.869	3.904	3.968	4.025	4.060	4.136	4.214	4.273	4.189
Sachsen-Anhalt	2.388	2.413	2.547	2.646	2.728	2.731	2.768	2.784	2.799	2.801	2.673	2.826
Thüringen	2.085	2.234	2.384	2.462	2.495	2.406	2.438	2.428	2.474	2.483	2.511	2.471
Flächenländer (Ost)	11.365	12.032	12.783	13.234	13.440	13.467	13.630	13.580	13.779	13.819	13.790	13.563
Hamburg	3.365	3.428	3.482	3.244	3.227	3.193	3.200	3.210	3.277	3.356	3.353	3.375
Bremen	1.462	1.338	1.349	1.335	1.328	1.328	1.334	1.315	1.329	1.322	1.343	1.295
Berlin	7.181	7.274	7.301	7.310	7.190	7.103	7.133	7.147	7.188	7.271	6.991	6.765
Stadtstaaten	12.008	12.040	12.132	11.889	11.745	11.624	11.666	11.672	11.794	11.949	11.687	11.435
Länder insgesamt	82.908	84.891	88.361	89.890	90.451	91.363	93.028	93.802	94.537	96.932	97.051	97.315

1) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen

(insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

2) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

## 9. Personalausgabenquoten<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>3)</sup>
Bund	11,5	11,2	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6
Schleswig-Holstein	39,0	38,8	39,3	39,6	40,7	40,3	40,1	39,7	39,5	40,5	40,2	41,1
Niedersachsen	40,6	41,1	41,5	41,9	42,3	42,0	41,9	41,1	37,0	38,2	39,1	39,9
Hessen	39,9	40,8	42,0	40,1	40,6	41,0	39,5	38,3	35,5	37,4	36,8	38,1
Rheinland-Pfalz	40,2	40,6	40,8	39,4	40,3	39,8	40,6	40,6	41,4	40,6	40,3	41,0
Baden-Württemberg	41,0	42,2	40,9	40,8	42,0	39,9	41,1	39,2	39,0	41,4	41,2	41,8
Bayern	42,2	42,2	41,4	40,3	40,9	41,1	41,4	41,1	41,1	40,9	41,6	42,4
Saarland	37,4	38,2	39,2	38,4	38,7	38,7	39,5	39,3	40,4	41,3	41,9	38,7
Nordrhein-Westfalen	39,8	39,9	40,1	39,9	39,5	40,5	40,9	41,1	40,5 <sup>2)</sup>	41,7	41,3	41,4
Flächenländer (West) insg.	40,5	40,9	40,9	40,3	40,7	40,7	40,9	40,3	39,4	40,5	40,5	41,0
Flächenländer (West) o. NRW	40,8	41,3	41,1	40,5	41,2	40,7	40,9	40,1	39,0	40,0	40,2	40,9
Brandenburg	21,7	22,6	24,3	25,1	25,8	25,8	25,6	24,8	24,7	23,4	25,0	23,3
Mecklenburg-Vorpommern	23,1	23,1	24,1	23,5	24,9	25,3	26,0	26,7	27,3	26,8	27,0	26,6
Sachsen	24,4	25,7	24,2	24,0	24,9	25,8	25,9	25,2	26,7	26,5	25,6	26,4
Sachsen-Anhalt	25,9	25,2	24,5	25,6	25,2	26,1	26,9	26,6	27,1	27,2	25,5	28,0
Thüringen	24,6	25,2	26,4	25,6	26,0	24,9	24,9	25,1	25,7	26,8	27,2	26,7
Flächenländer (Ost)	24,0	24,5	24,6	24,7	25,3	25,6	25,9	25,6	26,3	26,1	25,9	26,2
Hamburg	38,6	38,3	38,4	34,3	34,3	34,1	33,7	33,0	34,2	34,4	31,6	32,2
Bremen	37,4	34,1	33,9	33,3	33,0	32,8	32,5	32,0	31,7	31,3	31,5	30,5
Berlin	34,2	34,4	33,1	33,5	33,6	33,5	33,8	34,2	31,8	34,5	33,8	32,9
Stadtstaaten	35,7	35,4	34,5	33,7	33,7	33,6	33,6	33,6	32,5	34,1	32,9	32,4
Länder insgesamt	36,7	36,9	37,2	37,0	37,4	37,6	37,9	37,6	37,1	37,7	37,5	38,0

1) Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

## 10. Personalsteuerquoten<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>3)</sup>
Bund	14,8	13,9	14,5	15,6	15,9	15,3	14,0	13,3	13,8	14,1	14,2	14,3
Schleswig-Holstein	59,0	57,7	56,9	58,8	59,3	56,7	57,9	58,1	59,7	64,8	61,9	67,3
Niedersachsen	64,9	64,7	62,8	62,4	63,6	61,9	60,2	58,7	57,8	64,4	64,6	62,4
Hessen	51,1	53,9	56,8	53,7	56,0	52,2	49,0	46,5	46,8	51,4	50,6	52,6
Rheinland-Pfalz	64,1	66,0	64,1	64,8	66,8	63,9	61,8	62,8	68,1	68,9	68,1	66,5
Baden-Württemberg	55,1	58,5	57,2	57,3	58,2	54,2	52,7	51,6	55,7	59,8	58,2	58,6
Bayern	54,0	53,9	55,0	54,4	54,5	52,7	51,5	50,0	53,7	55,7	57,9	56,1
Saarland	68,3	70,7	71,7	69,6	69,3	68,1	66,6	64,8	70,2	79,7	78,2	71,6
Nordrhein-Westfalen	50,6	52,0	51,1	51,6	53,4	52,0	50,6	50,2	57,1 <sup>2)</sup>	55,4	58,6	58,7
Flächenländer (West) insg.	55,1	56,5	56,2	55,9	57,2	54,8	53,2	52,2	56,0	58,2	59,1	58,9
Flächenländer (West) o. NRW	57,0	58,3	58,3	57,7	58,7	55,9	54,2	52,9	55,6	59,4	59,3	58,9
Brandenburg	89,1	80,2	52,9	60,4	58,4	57,6	53,7	49,9	52,3	55,9	56,0	48,8
Mecklenburg-Vorpommern	90,1	83,0	57,6	60,0	60,5	60,2	58,9	57,8	60,6	66,9	66,2	61,8
Sachsen	82,3	73,0	48,4	52,0	51,8	51,6	50,2	49,8	52,0	58,3	57,6	56,9
Sachsen-Anhalt	100,2	83,9	57,3	58,3	61,4	58,0	57,9	58,5	59,5	65,8	63,6	64,6
Thüringen	97,6	88,0	57,8	60,9	61,1	56,9	55,4	54,1	56,2	62,8	61,9	61,5
Flächenländer (Ost)	90,5	80,2	53,7	57,3	57,6	56,0	54,3	53,2	55,3	61,1	60,3	58,2
Hamburg	58,1	60,0	59,7	52,3	53,3	47,8	44,4	43,0	49,1	49,1	47,2	46,9
Bremen	80,2	71,0	72,8	74,5	69,7	75,5	68,7	71,1	76,3	75,5	71,6	69,5
Berlin	97,1	86,0	91,0	95,2	90,7	87,7	83,9	83,2	90,5	96,0	91,5	84,4
Stadtstaaten	80,0	75,0	77,2	75,9	73,9	70,3	66,1	65,2	72,1	74,0	70,4	67,0
Länder insgesamt	61,2	61,2	58,0	58,2	59,0	56,5	54,7	53,6	57,5	60,2	60,4	59,6

1) Anteil der Personalausgaben an den Steuereinnahmen (netto) in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

## 11. Investitionsausgaben<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>4)</sup>
Bund	33.265	31.262	34.012	31.185	28.826	29.206	28.625	28.146	27.273	24.073	25.732	22.378
Schleswig-Holstein	853	914	834	822	701	700	758	766	745	690	724	668
Niedersachsen	2.110	1.981	2.398	2.454	2.361	2.290	2.022	2.190	2.681	2.189	2.212	1.637
Hessen	1.976	1.906	1.956	1.925	1.763	1.502	1.438	1.440	1.755	1.475	1.754	1.592
Rheinland-Pfalz	1.557	1.451	1.498	1.631	1.494	1.418	1.350	1.396	1.343	1.110	1.188	1.276
Baden-Württemberg	3.280	3.055	3.057	2.932	2.785	3.522	2.682	3.420	4.109	3.080	2.917	2.603
Bayern	5.181	5.203	5.319	5.904	5.033	4.936	4.843	4.834	4.820	4.956	5.105	4.005
Saarland	371	320	313	353	334	378	376	410	377	364	371	351
Nordrhein-Westfalen	5.400	5.128	4.915	4.826	4.692	4.715	4.723	4.695	4.346 <sup>3)</sup>	4.237	4.684	4.581
Flächenländer (West) insg.	20.729	19.958	20.289	20.848	19.164	19.461	18.192	19.151	20.176	18.100	18.953	16.713
Flächenländer (West) ohne NRW	15.329	14.830	15.374	16.021	14.472	14.745	13.469	14.456	15.830	13.863	14.270	12.132
Brandenburg	3.084	2.781	2.804	2.528	2.270	2.470	2.400	2.162	2.151	2.161	1.782	1.840
Mecklenburg-Vorpommern	2.062	2.082	2.011	2.130	1.969	1.840	1.801	1.617	1.501	1.584	1.490	1.343
Sachsen	4.492	4.001	4.784	5.285	4.958	4.582	4.591	4.947	4.027	4.194	4.666	4.242
Sachsen-Anhalt	2.793	2.651	2.823	2.371	3.015	2.656	2.462	2.471	2.288	2.006	2.167	1.892
Thüringen	2.812	2.762	2.498	2.714	2.502	2.573	2.542	2.450	2.252	1.828	1.773	1.827
Flächenländer (Ost)	15.243	14.278	14.919	15.029	14.714	14.121	13.795	13.647	12.219	11.773	11.879	11.144
Hamburg	1.043	1.009	965	1.089	1.119	941	984	986	1.009	1.077	1.530	1.103
Bremen	466	418	423	449	522	548	568	628	671	747	793	784
Berlin	3.183	2.885	3.238	3.334	2.803	2.635	2.412	2.218	3.659	1.818	1.815	1.708
Stadtstaaten	4.693	4.312	4.626	4.872	4.444	4.125	3.964	3.832	5.339	3.642	4.137	3.595
Länder insgesamt <sup>2)</sup>	40.664	38.540	39.832	40.740	38.307	37.702	35.946	36.621	37.734	33.508	34.969	31.448

1) Sachinvestitionen und Investitionsförderung

2) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen  
(insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt



## 12. Investitionsquoten<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>3)</sup>
Bund	14,2	13,0	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,6	10,0	8,9
Schleswig-Holstein	12,6	13,2	11,7	11,4	9,8	9,6	10,2	10,1	9,6	8,8	9,1	8,4
Niedersachsen	10,9	10,2	12,2	12,4	12,0	11,4	10,0	10,5	12,1	9,9	10,0	7,5
Hessen	12,9	12,4	12,6	11,6	10,7	9,0	8,1	7,9	9,5	8,1	9,5	8,9
Rheinland-Pfalz	15,9	14,6	14,5	14,8	13,8	13,0	12,2	12,4	11,9	9,7	10,2	11,0
Baden-Württemberg	12,8	12,0	11,2	10,5	10,3	12,3	9,4	11,3	13,0	10,0	9,4	8,3
Bayern	19,1	18,7	17,9	19,0	16,4	15,9	15,3	14,9	14,5	14,4	14,7	11,7
Saarland	11,8	10,2	10,0	10,9	10,6	11,8	11,7	12,5	11,5	11,0	11,2	10,8
Nordrhein-Westfalen	13,5	12,6	11,6	11,0	10,4	10,5	10,4	10,2	9,2 <sup>2)</sup>	8,9	9,9	9,5
Flächenländer (West) insg.	14,1	13,4	13,1	13,0	12,0	11,9	11,0	11,3	11,5	10,3	10,7	9,5
Flächenländer (West) ohne NRW	14,3	13,7	13,6	13,7	12,6	12,5	11,2	11,7	12,4	10,8	11,0	9,5
Brandenburg	33,3	28,8	28,8	25,6	23,5	25,3	24,4	22,3	21,7	21,3	18,6	19,3
Mecklenburg-Vorpommern	32,2	30,5	28,1	28,0	26,9	25,1	24,9	22,7	21,3	21,8	20,8	19,3
Sachsen	32,2	28,3	30,8	32,8	31,7	29,8	29,5	30,7	26,0	26,3	28,0	26,7
Sachsen-Anhalt	30,3	27,7	27,2	23,0	27,9	25,4	23,9	23,6	22,1	19,5	20,7	18,7
Thüringen	33,2	31,2	27,6	28,2	26,1	26,6	26,0	25,3	23,4	19,7	19,2	19,7
Flächenländer (Ost)	32,2	29,1	28,8	28,1	27,7	26,8	26,2	25,7	23,3	22,2	22,3	21,5
Hamburg	12,0	11,3	10,6	11,5	11,9	10,1	10,4	10,1	10,5	11,0	14,4	10,5
Bremen	11,9	10,7	10,6	11,2	13,0	13,5	13,8	15,3	16,0	17,7	18,6	18,5
Berlin	15,1	13,6	14,7	15,3	13,1	12,4	11,4	10,6	16,2	8,6	8,8	8,3
Stadtstaaten	14,0	12,7	13,2	13,8	12,7	11,9	11,4	11,0	14,7	10,4	11,6	10,2
Länder insgesamt	18,0	16,7	16,8	16,8	15,9	15,5	14,7	14,7	14,8	13,0	13,5	12,3

1) Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

### 13. Zinsausgaben<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>4)</sup>
Bund	23.360	27.072	25.381	25.984	27.267	28.678	41.045 <sup>2)</sup>	39.107	37.584	37.022	36.833	36.233
Schleswig-Holstein	805	822	826	834	863	896	897	900	910	882	884	889
Niedersachsen	1.676	1.717	1.835	1.923	1.993	1.993	2.124	2.082	2.186	2.247	2.274	2.367
Hessen	1.068	1.096	1.140	1.188	1.212	1.285	1.300	1.273	1.247	1.249	1.307	1.324
Rheinland-Pfalz	864	889	864	913	953	985	1.022	1.039	1.062	1.058	1.083	1.075
Baden-Württemberg	1.509	1.556	1.554	1.537	1.576	1.637	1.595	1.594	1.598	1.676	1.807	1.866
Bayern	1.072	1.059	985	910	996	1.049	1.047	1.010	965	952	1.020	1.018
Saarland	516	547	505	489	477	461	433	402	371	370	368	367
Nordrhein-Westfalen	3.866	3.824	3.894	3.937	4.079	4.158	4.303	4.289	4.408 <sup>3)</sup>	4.560	4.635	4.592
Flächenländer (West) insg.	11.377	11.511	11.603	11.730	12.149	12.464	12.721	12.589	12.747	12.994	13.377	13.498
Flächenländer (West) ohne NRW	7.511	7.687	7.709	7.793	8.070	8.306	8.418	8.300	8.339	8.434	8.743	8.905
Brandenburg	218	336	445	521	593	643	686	680	712	757	781	849
Mecklenburg-Vorpommern	69	122	202	272	333	381	416	436	455	468	472	474
Sachsen	191	325	383	488	555	576	582	562	589	588	594	569
Sachsen-Anhalt	190	297	423	468	555	615	614	696	725	801	873	852
Thüringen	119	193	290	387	463	505	559	560	627	642	654	673
Flächenländer (Ost)	786	1.273	1.744	2.136	2.499	2.720	2.856	2.933	3.108	3.257	3.373	3.415
Hamburg	795	842	902	949	979	977	967	973	990	1.015	988	991
Bremen	618	646	624	612	570	561	556	512	544	501	488	502
Berlin	814	930	1.112	1.417	1.663	1.778	1.879	1.940	2.050	2.175	2.237	2.295
Stadtstaaten	2.226	2.418	2.638	2.978	3.212	3.316	3.402	3.425	3.584	3.691	3.712	3.789
Länder insgesamt	14.389	15.202	15.984	16.844	17.860	18.500	18.979	18.947	19.440	19.942	20.463	20.701

1) Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57)

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen

(insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

## 14. Zinslastquoten<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>4)</sup>
Bund	10,0	11,3	10,7	11,2	12,1	12,3	16,6 <sup>2)</sup>	16,0	15,5	14,9	14,3	14,4
Schleswig-Holstein	11,9	11,9	11,6	11,5	12,1	12,3	12,1	11,9	11,8	11,3	11,1	11,2
Niedersachsen	8,7	8,8	9,3	9,7	10,1	9,9	10,5	10,0	9,9	10,1	10,3	10,8
Hessen	7,0	7,2	7,3	7,2	7,3	7,7	7,3	7,0	6,7	6,9	7,1	7,4
Rheinland-Pfalz	8,8	8,9	8,4	8,3	8,8	9,0	9,2	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2
Baden-Württemberg	5,9	6,1	5,7	5,5	5,9	5,7	5,6	5,3	5,1	5,4	5,8	6,0
Bayern	3,9	3,8	3,3	2,9	3,2	3,4	3,3	3,1	2,9	2,8	2,9	3,0
Saarland	16,4	17,5	16,1	15,1	15,1	14,4	13,5	12,3	11,3	11,2	11,2	11,3
Nordrhein-Westfalen	9,7	9,4	9,2	9,0	9,0	9,2	9,5	9,3	9,3 <sup>3)</sup>	9,6	9,8	9,5
Flächenländer (West) insg.	7,7	7,7	7,5	7,3	7,6	7,6	7,7	7,4	7,3	7,4	7,6	7,7
Flächenländer (West) ohne NRW	7,0	7,1	6,8	6,7	7,0	7,0	7,0	6,7	6,5	6,6	6,8	7,0
Brandenburg	2,4	3,5	4,6	5,3	6,1	6,6	7,0	7,0	7,2	7,4	8,1	8,9
Mecklenburg-Vorpommern	1,1	1,8	2,8	3,6	4,6	5,2	5,7	6,1	6,5	6,4	6,6	6,8
Sachsen	1,4	2,3	2,5	3,0	3,5	3,7	3,7	3,5	3,8	3,7	3,6	3,6
Sachsen-Anhalt	2,1	3,1	4,1	4,5	5,1	5,9	6,0	6,7	7,0	7,8	8,3	8,4
Thüringen	1,4	2,2	3,2	4,0	4,8	5,2	5,7	5,8	6,5	6,9	7,1	7,3
Flächenländer (Ost)	1,7	2,6	3,4	4,0	4,7	5,2	5,4	5,5	5,9	6,2	6,3	6,6
Hamburg	9,1	9,4	9,9	10,0	10,4	10,4	10,2	9,9	10,3	10,4	9,3	9,4
Bremen	15,8	16,5	15,7	15,3	14,2	13,8	13,6	12,2	13,0	11,9	11,4	11,8
Berlin	3,9	4,4	5,0	6,5	7,8	8,4	8,9	9,3	9,1	10,3	10,8	11,2
Stadtstaaten	6,6	7,1	7,5	8,4	9,2	9,6	9,8	9,8	9,9	10,5	10,4	10,7
Länder insgesamt	6,4	6,6	6,7	6,9	7,4	7,6	7,7	7,6	7,6	7,8	7,9	8,1

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen  
(insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

## 15. Zinssteuerquoten<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>4)</sup>
Bund	12,9	14,0	13,6	15,0	16,1	16,4	21,3 <sup>2)</sup>	19,7	19,4	19,3	19,2	19,4
Schleswig-Holstein	17,9	17,6	16,7	17,1	17,6	17,3	17,4	17,5	17,8	18,1	17,2	18,3
Niedersachsen	13,9	13,9	14,1	14,5	15,2	14,6	15,1	14,3	15,5	17,1	16,9	16,9
Hessen	8,9	9,5	9,9	9,6	10,1	9,8	9,1	8,5	8,9	9,4	9,8	10,2
Rheinland-Pfalz	14,0	14,5	13,2	13,7	14,6	14,4	14,0	14,3	15,4	15,7	15,6	15,0
Baden-Württemberg	7,9	8,5	8,0	7,8	8,1	7,7	7,1	6,9	7,2	7,9	8,2	8,4
Bayern	5,1	4,9	4,4	3,9	4,3	4,3	4,1	3,8	3,8	3,8	4,1	3,9
Saarland	30,0	32,4	29,5	27,4	27,0	25,4	22,8	20,3	19,7	21,6	20,9	20,9
Nordrhein-Westfalen	12,3	12,3	11,7	11,6	12,2	11,9	11,7	11,3	13,1 <sup>3)</sup>	12,7	13,9	13,5
Flächenländer (West) insg.	10,5	10,7	10,3	10,1	10,6	10,3	10,0	9,6	10,3	10,6	11,1	11,0
Flächenländer (West) ohne NRW	9,8	10,0	9,7	9,5	10,0	9,7	9,3	8,9	9,3	9,8	10,0	10,0
Brandenburg	9,7	12,3	10,0	12,7	13,9	14,7	14,6	14,1	15,2	17,8	18,3	18,6
Mecklenburg-Vorpommern	4,2	6,4	6,7	9,2	11,1	12,4	13,0	13,3	14,3	16,1	16,1	15,8
Sachsen	4,6	6,5	4,9	6,6	7,4	7,5	7,3	6,9	7,4	8,1	8,0	7,7
Sachsen-Anhalt	8,0	10,3	9,5	10,3	12,5	13,1	12,8	14,6	15,4	18,8	20,7	19,5
Thüringen	5,6	7,6	7,0	9,6	11,3	11,9	12,7	12,5	14,2	16,2	16,1	16,7
Flächenländer (Ost)	6,3	8,5	7,3	9,3	10,7	11,3	11,4	11,5	12,5	14,4	14,7	14,7
Hamburg	13,7	14,7	15,5	15,3	16,2	14,6	13,4	12,9	14,9	14,9	13,9	13,8
Bremen	33,9	34,3	33,7	34,1	29,9	31,8	28,7	27,2	31,2	28,6	26,0	26,9
Berlin	10,9	11,0	13,9	18,5	21,0	22,0	22,1	22,6	25,8	28,7	29,3	28,6
Stadtstaaten	14,8	15,1	16,8	19,0	20,2	20,0	19,3	19,0	21,9	22,8	22,3	22,2
Länder insgesamt	10,6	11,0	10,5	10,9	11,6	11,4	11,2	10,8	11,8	12,4	12,7	12,7

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den Steuereinnahmen

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

## 16. Steuereinnahmen<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>3)</sup>
Bund	182.038	193.768	187.194	173.104	169.272	174.598	192.423	198.774	193.765	192.046	191.881	187.005
Schleswig-Holstein	4.497	4.668	4.933	4.871	4.900	5.173	5.153	5.152	5.116	4.870	5.148	4.846
Niedersachsen	12.061	12.372	13.039	13.299	13.128	13.637	14.102	14.592	14.125	13.160	13.427	13.980
Hessen	11.973	11.599	11.514	12.391	11.996	13.090	14.343	14.991	14.087	13.214	13.373	12.955
Rheinland-Pfalz	6.150	6.119	6.567	6.675	6.546	6.831	7.278	7.260	6.877	6.719	6.921	7.182
Baden-Württemberg	19.014	18.300	19.458	19.808	19.426	21.144	22.315	22.987	22.063	21.304	21.997	22.305
Bayern	21.242	21.753	22.306	23.044	23.036	24.214	25.461	26.672	25.433	25.300	25.030	25.915
Saarland	1.721	1.686	1.712	1.784	1.765	1.815	1.901	1.980	1.884	1.711	1.766	1.755
Nordrhein-Westfalen	31.347 <sup>2)</sup>	31.164 <sup>2)</sup>	33.396 <sup>2)</sup>	33.931	33.373	35.076	36.830	37.797	33.639	35.924	33.398	33.912
Flächenländer (West) insg.	108.004	107.660	112.926	115.803	114.170	120.980	127.383	131.432	123.225	122.200	121.060	122.850
Flächenländer (West) ohne NRW	76.657	76.496	79.530	81.872	80.797	85.905	90.553	93.635	89.586	86.276	87.662	88.938
Brandenburg	2.262	2.723	4.476	4.092	4.266	4.360	4.687	4.828	4.674	4.247	4.280	4.553
Mecklenburg-Vorpommern	1.641	1.894	2.995	2.975	3.015	3.076	3.200	3.285	3.174	2.911	2.929	3.002
Sachsen	4.130	4.973	7.765	7.447	7.540	7.690	8.023	8.146	7.959	7.230	7.413	7.358
Sachsen-Anhalt	2.383	2.877	4.448	4.536	4.439	4.709	4.781	4.759	4.707	4.259	4.206	4.375
Thüringen	2.136	2.537	4.124	4.041	4.086	4.225	4.399	4.489	4.398	3.956	4.058	4.018
Flächenländer (Ost)	12.552	15.006	23.808	23.091	23.346	24.060	25.091	25.506	24.912	22.603	22.885	23.306
Hamburg	5.787	5.715	5.834	6.202	6.052	6.681	7.206	7.462	6.668	6.829	7.096	7.190
Bremen	1.823	1.885	1.853	1.792	1.905	1.760	1.940	1.849	1.741	1.751	1.876	1.864
Berlin	7.394	8.455	8.020	7.676	7.931	8.098	8.498	8.594	7.941	7.575	7.638	8.012
Stadtstaaten	15.005	16.055	15.708	15.670	15.888	16.539	17.644	17.905	16.350	16.155	16.610	17.066
Länder insgesamt	135.561	138.720	152.440	154.564	153.404	161.578	170.118	174.843	164.488	160.959	160.555	163.220

1) Ohne steuerähnliche Abgaben

2) Nettostellung der bruttoveranschlagten Zahlungen an den Fonds "Dt. Einheit" (FDE 1993: 821 Mio EUR, 1994: 1.375 Mio EUR, 1995: 1.106 Mio EUR), ab 1996 erfolgt Nettoveranschlagung

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

## 17. Steuerfinanzierungsquoten<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>2)</sup>
Bund	77,8	80,4	78,8	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3
Schleswig-Holstein	66,2	67,3	69,0	67,3	68,7	71,1	69,2	68,2	66,2	62,4	64,9	61,1
Niedersachsen	62,5	63,4	66,1	67,2	66,5	67,8	69,6	70,0	64,0	59,3	60,5	64,0
Hessen	78,1	75,8	73,9	74,7	72,6	78,6	80,8	82,3	75,9	72,8	72,8	72,4
Rheinland-Pfalz	62,7	61,5	63,6	60,8	60,3	62,4	65,7	64,7	60,9	58,9	59,1	61,6
Baden-Württemberg	74,4	72,1	71,4	71,2	72,1	73,6	78,0	76,0	69,9	69,2	70,9	71,4
Bayern	78,1	78,2	75,3	74,0	75,0	77,9	80,4	82,3	76,5	73,4	71,9	75,7
Saarland	54,7	54,0	54,7	55,2	55,9	56,8	59,3	60,6	57,5	51,9	53,6	54,0
Nordrhein-Westfalen	78,7	76,8	78,6	77,3	74,0	77,9	80,9	81,8	70,9	75,3	70,4	70,5
Flächenländer (West) insg.	73,5	72,5	72,7	72,1	71,3	74,2	76,9	77,3	70,3	69,5	68,5	69,7
Flächenländer (West) ohne NRW	71,6	70,8	70,5	70,1	70,2	72,8	75,4	75,7	70,1	67,3	67,8	69,4
Brandenburg	24,4	28,2	45,9	41,5	44,2	44,7	47,7	49,8	47,1	41,8	44,6	47,8
Mecklenburg-Vorpommern	25,6	27,8	41,9	39,1	41,3	42,0	44,2	46,1	45,0	40,0	40,8	43,1
Sachsen	29,6	35,2	50,0	46,2	48,1	50,0	51,6	50,5	51,4	45,4	44,4	46,3
Sachsen-Anhalt	25,9	30,0	42,8	43,9	41,1	45,0	46,4	45,5	45,5	41,4	40,2	43,3
Thüringen	25,2	28,6	45,6	42,0	42,5	43,6	44,9	46,3	45,7	42,7	44,0	43,4
Flächenländer (Ost)	26,5	30,6	45,9	43,1	44,0	45,7	47,6	48,1	47,5	42,7	43,1	45,1
Hamburg	66,5	63,9	64,4	65,6	64,2	71,4	75,9	76,7	69,6	70,0	67,0	68,5
Bremen	46,6	48,0	46,5	44,7	47,3	43,4	47,3	44,9	41,6	41,5	43,9	43,9
Berlin	35,2	39,9	36,3	35,2	37,0	38,2	40,3	41,1	35,2	36,0	36,9	39,0
Stadtstaaten	44,6	47,2	44,7	44,4	45,6	47,8	50,9	51,5	45,0	46,1	46,7	48,4
Länder insgesamt	60,0	60,3	64,3	63,6	63,5	66,4	69,4	70,1	64,5	62,6	62,1	63,8

1) Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

## 18. Nettokreditaufnahme<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>6)</sup>
Bund	33.825	25.602	25.626	40.022	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542
Schleswig-Holstein	563	644	659	638	623	569	435	463	595	1.101	1.171	788
Niedersachsen	1.576	1.723	1.955	1.733	1.541	1.278	1.233	1.482	1.946 <sup>4)</sup>	2.949	2.844	2.500
Hessen	895	1.249	1.204	1.112	1.479	731	601	664	1.168	1.986	1.499	1.692
Rheinland-Pfalz	628	826	863	1.021	1.040	961	802	793	695	1.517	1.990	1.276
Baden-Württemberg	835	865	1.423	1.375	1.408	855	511	713	2.257	1.864	2.041	2.039
Bayern	442	-968	-89	1.524	1.323	807	-208	-314	199	1.019	1.123	935
Saarland	517	600 <sup>3)</sup>	670 <sup>3)</sup>	617 <sup>3)</sup>	585 <sup>3)</sup>	596 <sup>3)</sup>	492 <sup>3)</sup>	482 <sup>3)</sup>	508 <sup>3)</sup>	693 <sup>3)</sup>	423 <sup>3)</sup>	664 <sup>3)</sup>
Nordrhein-Westfalen	2.266	3.174	3.131	3.088	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 <sup>5)</sup>	4.164	6.666	6.872
Flächenländer (West) insg.	7.722	8.113	9.817	11.107	12.821	9.040	6.539	7.906	12.776	15.292	17.757	16.766
Flächenländer (West) ohne NRW	5.456	4.939	6.686	8.020	7.999	5.797	3.866	4.283	7.369	11.128	11.091	9.894
Brandenburg	2.274	2.249	1.522	1.262	858	801	666	487	569	1.338	1.165	704
Mecklenburg-Vorpommern	1.076	1.385	1.096	1.046	759	660	471	366	332	533	1.034	844
Sachsen	1.654	1.253	1.239	1.015	721	524	252	220	208	460	492	393
Sachsen-Anhalt	1.760	1.920	1.811	1.220	1.585	938	900	788	712	1.504	772	1.316
Thüringen	1.504	2.003	838	1.202	997	909	933	775	748	721	710	987
Flächenländer (Ost)	8.269	8.809	6.506	5.744	4.920	3.832	3.222	2.636	2.569	4.557	4.172	4.244
Hamburg	845	818	764	895	868	743	808	820	823	813	829	750
Bremen	639	760 <sup>3)</sup>	908 <sup>3)</sup>	921 <sup>3)</sup>	905 <sup>3)</sup>	807 <sup>3)</sup>	695 <sup>3)</sup>	1.005 <sup>3)</sup>	1.034 <sup>3)</sup>	1.196 <sup>3)</sup>	705 <sup>3)</sup>	1.277 <sup>3)</sup>
Berlin	3.266	3.783	3.451	3.119	2.787	2.454	2.079	1.937	4.896	6.043	4.064	4.382
Stadtstaaten	4.750	5.362	5.124	4.943	4.560	4.004	3.582	3.762	6.753	8.051	5.598	6.409
Länder insgesamt <sup>2)</sup>	20.741	20.546	19.708	20.048	20.562	15.137	11.810	12.948	20.922	26.902	26.708	26.804

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln

2) Ländersumme ab 1994 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO-Verlustes

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

## 19. Nettokreditaufnahme<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner<sup>2)</sup> -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>6)</sup>
Bund	417	314	314	489	397	352	318	289	277	387	468	479
Schleswig-Holstein	210	239	243	234	226	206	157	166	213	392	416	279
Niedersachsen	207	224	252	222	197	163	157	187	245	370	356	312
Hessen	150	209	201	185	245	121	99	110	192	326	246	278
Rheinland-Pfalz	161	210	218	256	259	239	199	197	172	374	491	314
Baden-Württemberg	82	84	138	133	136	82	49	68	214	175	191	190
Bayern	37	-81	-7	127	110	67	-17	-26	16	82	91	75
Saarland	477	554 <sup>4)</sup>	619 <sup>4)</sup>	570 <sup>4)</sup>	540 <sup>4)</sup>	554 <sup>4)</sup>	459 <sup>4)</sup>	451 <sup>4)</sup>	476 <sup>4)</sup>	651 <sup>4)</sup>	398 <sup>4)</sup>	627 <sup>4)</sup>
Nordrhein-Westfalen	128	179	176	172	268	180	149	201	300 <sup>5)</sup>	231	369	380
Flächenländer (West) insg.	127	132	159	180	206	145	105	126	204	243	281	265
Flächenländer (West) ohne NRW	126	114	153	182	181	131	87	96	165	247	246	219
Brandenburg	893	888	600	496	335	310	257	187	219	517	452	274
Mecklenburg-Vorpommern	581	754	600	574	418	366	262	205	187	304	595	489
Sachsen	358	273	271	223	159	116	56	50	47	105	113	91
Sachsen-Anhalt	631	693	659	446	584	349	338	299	274	587	304	524
Thüringen	593	793	334	481	401	368	380	317	309	300	298	417
Flächenländer (Ost)	576	618	458	406	349	273	230	190	186	333	307	315
Hamburg	497	480	448	524	508	437	475	480	479	471	479	432
Bremen	933	1.115 <sup>4)</sup>	1.336 <sup>4)</sup>	1.368 <sup>4)</sup>	1.339 <sup>4)</sup>	1.203 <sup>4)</sup>	1.044 <sup>4)</sup>	1.519 <sup>4)</sup>	1.565 <sup>4)</sup>	1.810 <sup>4)</sup>	1.064 <sup>4)</sup>	1.928 <sup>4)</sup>
Berlin	941	1.088	995	900	808	718	613	573	1.447	1.783	1.198	1.294
Stadtstaaten	811	914	875	844	782	692	622	654	1.172	1.394	968	1.108
Länder insgesamt <sup>3)</sup>	255	252	241	245	251	185	144	158	254	326	324	325

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln

2) Einwohnerstand: 30.06. d. J.

3) Ländersumme ab 1994 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen



## 20. Kreditfinanzierungsquoten<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>6)</sup>
Bund	14,5	10,6	10,8	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7
Schleswig-Holstein	8,3	9,3	9,2	8,8	8,7	7,8	5,8	6,1	7,7	14,1	14,8	9,9
Niedersachsen	8,2	8,8	9,9	8,9	7,8	6,4	6,1	7,1	8,8 <sup>4)</sup>	13,3	12,8	11,4
Hessen	5,8	8,2	7,7	6,7	8,9	4,4	3,4	3,6	6,3	10,9	8,2	9,5
Rheinland-Pfalz	6,4	8,3	8,4	9,3	9,6	8,8	7,2	7,1	6,2	13,3	17,0	11,0
Baden-Württemberg	3,3	3,4	5,2	4,9	5,2	3,0	1,8	2,4	7,2	6,1	6,6	6,5
Bayern	1,6	- 3,5	- 0,3	4,9	4,3	2,6	- 0,7	- 1,0	0,6	3,0	3,2	2,7
Saarland	16,5	19,2 <sup>3)</sup>	21,4 <sup>3)</sup>	19,1 <sup>3)</sup>	18,5 <sup>3)</sup>	18,7 <sup>3)</sup>	15,4 <sup>3)</sup>	14,8 <sup>3)</sup>	15,5 <sup>3)</sup>	21,0 <sup>3)</sup>	12,8 <sup>3)</sup>	20,4 <sup>3)</sup>
Nordrhein-Westfalen	5,7	7,8	7,4	7,0	10,7	7,2	5,9	7,8	11,4 <sup>5)</sup>	8,7	14,1	14,3
Flächenländer (West) insg.	5,3	5,5	6,3	6,9	8,0	5,5	4,0	4,7	7,3	8,7	10,0	9,5
Flächenländer (West) ohne NRW	5,1	4,6	5,9	6,9	7,0	4,9	3,2	3,5	5,8	8,7	8,6	7,7
Brandenburg	24,5	23,3	15,6	12,8	8,9	8,2	6,8	5,0	5,7	13,2	12,1	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	16,8	20,3	15,3	13,7	10,4	9,0	6,5	5,1	4,7	7,3	14,4	12,1
Sachsen	11,9	8,9	8,0	6,3	4,6	3,4	1,6	1,4	1,3	2,9	2,9	2,5
Sachsen-Anhalt	19,1	20,0	17,4	11,8	14,7	9,0	8,7	7,5	6,9	14,6	7,4	13,0
Thüringen	17,8	22,6	9,3	12,5	10,4	9,4	9,5	8,0	7,8	7,8	7,7	10,7
Flächenländer (Ost)	17,5	18,0	12,5	10,7	9,3	7,3	6,1	5,0	4,9	8,6	7,8	8,2
Hamburg	9,7	9,1	8,4	9,5	9,2	7,9	8,5	8,4	8,6	8,3	7,8	7,1
Bremen	16,3	19,4 <sup>3)</sup>	22,8 <sup>3)</sup>	23,2 <sup>3)</sup>	22,5 <sup>3)</sup>	19,9 <sup>3)</sup>	17,0 <sup>3)</sup>	24,4 <sup>3)</sup>	24,7 <sup>3)</sup>	28,4 <sup>3)</sup>	16,5 <sup>3)</sup>	30,1 <sup>3)</sup>
Berlin	15,5	17,9	15,6	14,3	13,0	11,6	9,9	9,3	21,7	28,7	19,7	21,3
Stadtstaaten	14,1	15,7	14,6	14,0	13,1	11,6	10,3	10,8	18,6	23,0	15,8	18,2
Länder insgesamt <sup>2)</sup>	9,2	8,9	8,3	8,2	8,5	6,2	4,8	5,2	8,2	10,5	10,3	10,5

1) Anteil der Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Ländersumme ab 1994 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO-Verlustes

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) erheblich eingeschränkt

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

## 21. Schuldenstand (am Kreditmarkt)<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bund <sup>2) 3)</sup>	344.695	358.683	380.548	420.905	454.581	482.902	663.147 <sup>3)</sup>	671.494	688.340	711.588	753.775	797.460
Schleswig-Holstein	11.581	12.049	12.914	13.568	14.268	14.690	15.041	15.490	16.147	17.231	18.585	19.594
Niedersachsen	24.871	26.848	28.626	30.283	31.888	33.047	33.437	34.076	36.880	40.010	43.339	46.735
Hessen	15.843	17.135	18.249	18.798	20.660	21.310	21.249	21.575	22.903	24.818	27.164	28.617
Rheinland-Pfalz	12.429	13.218	13.923	15.154	16.275	17.273	17.902	18.346	19.588	20.858	22.138	23.242
Baden-Württemberg	22.202	23.075	24.123	25.784	26.873	28.073	28.554	29.506	31.897	33.378	35.676	37.554
Bayern	15.535	14.583	14.296	16.280	17.761	18.537	18.278	17.964	18.164	19.183	20.306	21.240
Saarland	7.415	7.116	6.938	6.849	6.613	6.389	6.360	6.130	6.151	6.537	6.973	7.371
Nordrhein-Westfalen	54.847	56.679	61.712	65.233	69.918	73.382	74.805	76.670	83.162	88.471	95.243	102.494
Flächenländer (West) insg.	164.723	170.702	180.781	191.950	204.255	212.702	215.627	219.757	234.891	250.486	269.424	286.847
Flächenländer (West) ohne NRW	109.876	114.023	119.069	126.717	134.338	139.320	140.822	143.087	151.729	162.015	174.181	184.353
Brandenburg	4.880	7.058	8.245	9.814	10.842	11.640	11.972	12.799	13.522	14.656	16.264	16.397
Mecklenburg-Vorpommern	1.905	2.823	3.993	5.014	5.953	6.679	7.106	7.493	8.164	8.686	9.499	10.283
Sachsen	4.788	5.568	7.457	8.572	9.288	9.822	9.830	10.071	10.201	10.679	11.343	11.824
Sachsen-Anhalt	4.522	5.900	7.330	9.592	10.750	11.861	12.782	13.577	14.443	15.677	16.662	18.006
Thüringen	2.991	4.814	6.007	7.195	8.241	9.217	10.122	10.888	11.594	12.176	13.073	14.060
Flächenländer (Ost)	19.087	26.164	33.032	40.188	45.073	49.218	51.812	54.828	57.925	61.874	66.841	70.570
Hamburg	11.681	12.776	13.356	14.314	14.629	14.929	15.666	16.626	17.624	18.183	19.355	20.359
Bremen	8.778	8.636	8.620	8.518	8.666	8.493	8.062	8.522	8.894	9.584	10.606	11.270
Berlin	13.556	16.109	21.547	24.895	27.120	29.421	31.506	33.453	38.350	44.647	48.727	53.876
Stadtstaaten	34.015	37.521	43.523	47.727	50.415	52.844	55.234	58.601	64.868	72.414	78.688	85.505
Länder insgesamt	217.825	234.387	257.336	279.864	299.744	314.765	322.672	333.187	357.684	384.773	414.952	442.922

1) Jeweils am 31.12. d. J.; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte

2) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

3) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

Quelle: Schuldenstandstatistik des Stat.Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5)

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

## 22. Schuldenstand (am Kreditmarkt)<sup>1)</sup> des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner <sup>2)</sup> -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bund <sup>3) 4)</sup>	4.244	4.404	4.661	5.140	5.540	5.887	8.079 <sup>4)</sup>	8.171	8.360	8.628	9.135	9.666
#												
Schleswig-Holstein	4.313	4.464	4.756	4.969	5.189	5.321	5.430	5.570	5.777	6.133	6.596	6.935
Niedersachsen	3.266	3.496	3.696	3.885	4.071	4.209	4.244	4.307	4.645	5.020	5.425	5.841
Hessen	2.662	2.870	3.045	3.125	3.425	3.533	3.516	3.562	3.772	4.079	4.461	4.700
Rheinland-Pfalz	3.184	3.357	3.515	3.804	4.059	4.299	4.444	4.554	4.847	5.150	5.458	5.727
Baden-Württemberg	2.177	2.252	2.343	2.493	2.586	2.697	2.732	2.811	3.020	3.140	3.340	3.507
Bayern	1.315	1.227	1.196	1.355	1.473	1.536	1.508	1.474	1.479	1.553	1.638	1.709
Saarland	6.837	6.570	6.407	6.323	6.108	5.932	5.930	5.732	5.765	6.138	6.561	6.961
Nordrhein-Westfalen	3.095	3.188	3.459	3.643	3.892	4.084	4.160	4.260	4.614	4.899	5.270	5.672
Flächenländer (West) insg.	2.701	2.785	2.936	3.102	3.288	3.421	3.459	3.515	3.742	3.974	4.265	4.536
Flächenländer (West) ohne NRW	2.540	2.621	2.722	2.882	3.042	3.151	3.175	3.213	3.390	3.603	3.863	4.082
Brandenburg	1.916	2.786	3.251	3.856	4.232	4.510	4.618	4.921	5.206	5.666	6.315	6.384
Mecklenburg-Vorpommern	1.029	1.537	2.184	2.754	3.278	3.704	3.959	4.200	4.615	4.955	5.465	5.958
Sachsen	1.035	1.212	1.630	1.881	2.047	2.179	2.196	2.266	2.315	2.446	2.617	2.746
Sachsen-Anhalt	1.621	2.131	2.665	3.512	3.960	4.409	4.799	5.154	5.556	6.111	6.571	7.172
Thüringen	1.179	1.907	2.393	2.882	3.316	3.731	4.121	4.460	4.787	5.069	5.486	5.945
Flächenländer (Ost)	1.330	1.835	2.326	2.840	3.193	3.502	3.705	3.943	4.199	4.525	4.927	5.236
Hamburg	6.864	7.499	7.825	8.378	8.571	8.778	9.206	9.732	10.251	10.535	11.176	11.721
Bremen	12.826	12.575	12.679	12.551	12.817	12.664	12.103	12.881	13.465	14.505	16.003	17.013
Berlin	3.905	4.632	6.209	7.180	7.869	8.610	9.286	9.888	11.332	13.172	14.368	15.907
Stadtstaaten	5.807	6.389	7.431	8.152	8.648	9.129	9.588	10.186	11.254	12.537	13.600	14.777
Länder insgesamt	2.683	2.878	3.152	3.418	3.653	3.837	3.931	4.054	4.344	4.665	5.029	5.369

1) Jeweils am 31.12. d. J.; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte

2) Einwohnerstand jeweils am 30.06. d. J.

3) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

4) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5); eigene Berechnungen

## 23. Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2006 des Landes Nordrhein-Westfalen mit Vorjahresvergleich \*)

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	2004	2005	2006	Veränderung 2005		Veränderung 2006	
		endg. Ist	Haushaltsplan	Haushaltsplanentwurf	gegenüber 2004		gegenüber 2005	
		- Mio EUR -			- Mio EUR -	- v. H. -	- Mio EUR -	- v. H. -
<b>I. Ausgaben</b>								
1. Personalausgaben	4	19.897,5	20.351,7	18.858,5	+454,3	+2,3	-1.493,2	-7,3
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	3.014,5	3.158,7	2.233,0	+144,2	+4,8	-925,7	-29,3
3. Schuldendienst	56 - 59	4.790,0	4.773,3	4.808,8	-16,7	-0,3	+35,5	+0,7
3.1 Zinsausgaben	56, 57	(4.625,1)	(4.629,4)	(4.659,9)	(+4,3)	(+0,1)	(+30,6)	(+0,7)
dar.: an Kreditmarkt	57	(4.592,3)	(4.598,6)	(4.659,2)	(+6,3)	(+0,1)	(+60,6)	(+1,3)
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	15.818,5	16.001,9	18.087,4	+183,4	+1,2	+2.085,5	+13,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	4.581,5	7.187,8	4.466,4	+2.606,3	+56,9	-2.721,4	-37,9
5.1 Bauausgaben	7	(197,5)	(182,7)	(242,6)	(-14,8)	(-7,5)	(+59,9)	(+32,8)
5.2 Sonst. Investitionsausgaben	8	(4.384,0)	(7.005,0)	(4.223,8)	(+2.621,1)	(+59,8)	(-2.781,3)	(-39,7)
6. Bes. Finanzierungsausgaben	9	7,8	-404,4	42,1	-412,2	x	+446,5	x
<b>Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan</b>		<b>48.109,7</b>	<b>51.068,9</b>	<b>48.496,1</b>	<b>+2.959,2</b>	<b>+6,2</b>	<b>-2.572,8</b>	<b>-5,0</b>
<b>II. Einnahmen</b>								
1. Steuern	01, 05, 06	33.912,0	34.340,0	34.945,0	+428,0	+1,3	+605,0	+1,8
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	09, 1 - 3 (ohne 31 u. 32)	7.308,5	9.196,3	7.514,4	+1.887,8	+25,8	-1.681,9	-18,3
dar.: Investitionseinnahmen	33, 34	(1.048,8)	(1.224,1)	(1.169,0)	(+175,3)	(+16,7)	(-55,1)	(-4,5)
3. Schuldenaufnahme	31, 32	6.889,3	7.532,6	6.036,7	+643,4	+9,3	-1.495,9	-19,9
dar.: am Kreditmarkt	32	(6.872,4)	(7.520,0)	(6.026,2)	(+647,6)	(+9,4)	(-1.493,8)	(-19,9)
<b>Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan</b>		<b>48.109,7</b>	<b>51.068,9</b>	<b>48.496,1</b>	<b>+2.959,2</b>	<b>+6,2</b>	<b>-2.572,8</b>	<b>-5,0</b>
<b>III. Nachrichtlich:</b>								
1. Bereinigte Gesamteinnahmen <sup>1)</sup>	(0 - 3) ./. (32, 35, 36, 38)	41.217,3	43.539,4	42.465,0	+2.322,1	+5,6	-1.074,4	-2,5
2. Bereinigte Gesamtausgaben <sup>2)</sup>	(4 - 9) ./. (59, 91, 96, 98)	48.102,0	51.064,9	48.470,6	+2.962,9	+6,2	-2.594,3	-5,1
3. Finanzierungssaldo		-6.884,7	-7.525,5	-6.005,6	-640,8	x	+1.519,9	x
4. Schuldenaufnahme netto	(31 u. 32) ./.	6.724,3	7.388,7	5.887,8	+664,4	+9,9	-1.500,9	-20,3
dar.: am Kreditmarkt netto	32 ./ 59	(6.872,4)	(7.520,0)	(6.026,2)	(+647,6)	(+9,4)	(-1.493,8)	(-19,9)
5. Kreditfinanzierungsquote - v. H. - <sup>3)</sup>		14,3	14,7	12,4	x	x	x	x
6. Investitionsquote - v. H. - <sup>3)</sup>		9,5	14,1	9,2	x	x	x	x
7. Zinsquote (Kreditmarkt) - v. H. - <sup>3)</sup>		9,5	9,0	9,6	x	x	x	x
8. Steuerfinanzierungsquote - v. H. - <sup>3)</sup>		70,5	67,2	72,1	x	x	x	x
9. Personalausgabenquote - v. H. - <sup>3)</sup>		41,4	39,9	38,9	x	x	x	x
10. Schuldenstand aus Kreditmarktmitteln am 31.12.2004: 102.494 Mio EUR (5.670 EUR je Einwohner)								

<sup>1)</sup> Die sog. "bereinigten Gesamteinnahmen" errechnen sich aus den Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan abzüglich Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse der Vorjahre und haushaltstechnische Verrechnungen.

<sup>2)</sup> Die sog. "bereinigten Gesamtausgaben" errechnen sich aus den Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan abzüglich Tilgungsausgaben an Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen.

<sup>3)</sup> Berechnet als v. H.-Anteil der sog. "bereinigten Gesamtausgaben" (s. Ziff. III.2.). Bei der Kreditfinanzierungsquote handelt es sich um den v. H.-Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto an den "bereinigten Gesamtausgaben".

\*) 2004: Endgültiges Ist

2005: Einschl. 2. Nachtrag

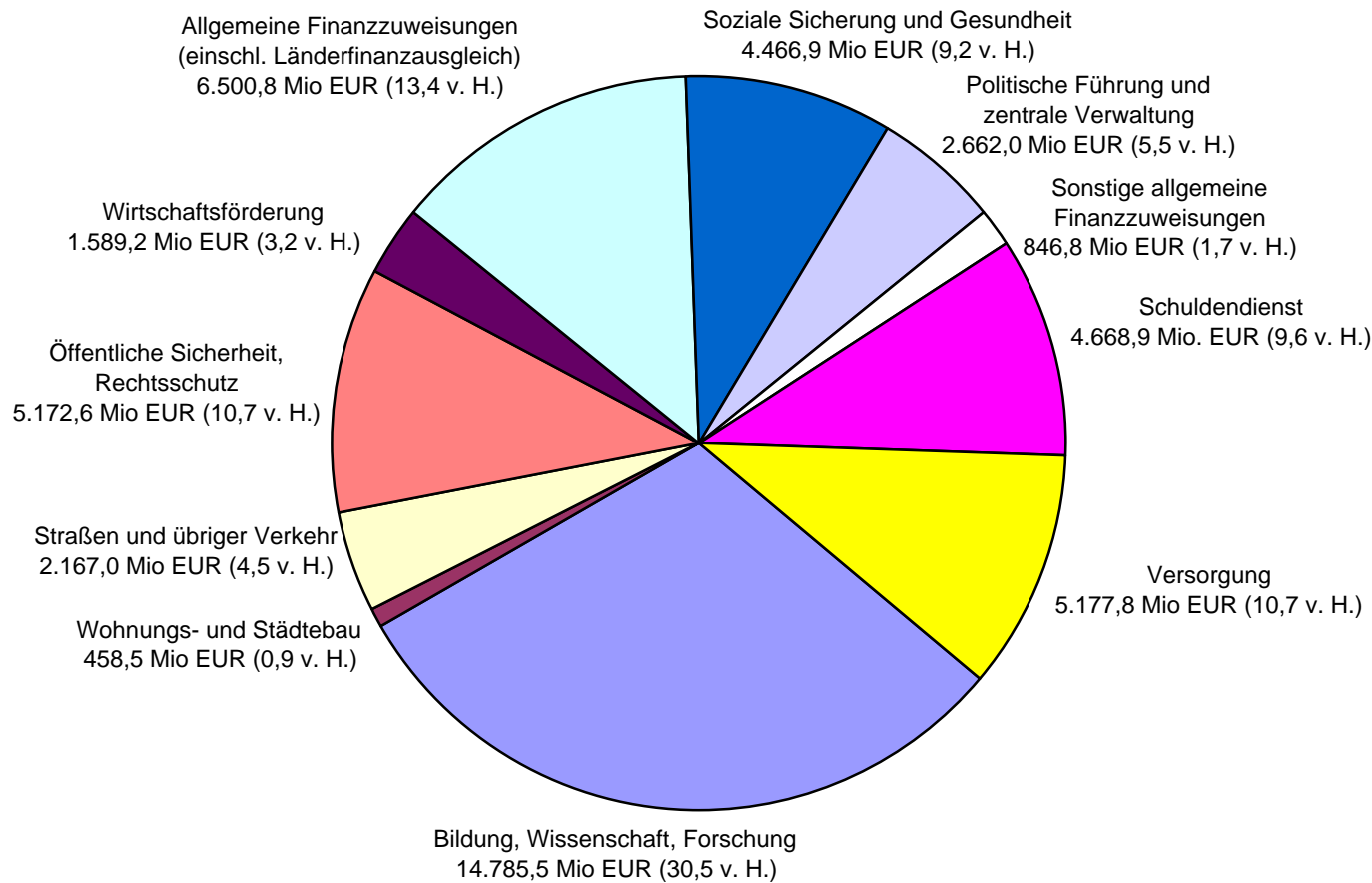
Aufgrund folgender Sondereffekte nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar:

- Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Beihilfverfahren WestLB (Übrige Einnahmen/Investitionsausgaben dadurch jeweils um 1,4 Mrd. EUR erhöht)
- Kapitalzuführung an den Bau- u. Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die landeseigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (Investitionsausgaben dadurch um 943 Mio EUR erhöht)

2006: Gem. Kabinettsbeschluss vom 07.12.2005

Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

**24. Ausgaben des Landes NRW nach Aufgabenbereichen  
Ansätze lt. Haushaltsplanentwurf 2006**



Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

**Gesamtausgaben: 48.496,1 Mio EUR**

## 25. Eckdaten des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 1970, 1980, 1990, 1998 bis 2006

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	1998	1999	2000	2001 <sup>1)</sup>	2002 <sup>2)</sup>	2003 <sup>1)</sup>	2004	2005 <sup>3) 4)</sup>	2006 <sup>5) 6)</sup>
		- Ist -										- Soll -	
		- in Mio EUR -											
<b>I. Ausgaben</b>													
1. Personalausgaben	4	3.422,6	9.921,6	13.287,0	18.239,6	18.620,3	18.977,5	19.193,7	19.906,5	19.573,6	19.897,5	20.351,7	18.858,5
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 9,2	+ 5,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,1	+ 3,7	- 1,7	+ 1,7	+ 2,3	- 7,3
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	415,2	1.287,9	1.529,1	2.173,2	2.221,2	2.328,8	2.916,4	3.082,0	2.949,8	3.014,5	3.158,7	2.233,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 7,8	+ 6,9	+ 1,3	+ 2,2	+ 4,8	+ 25,2	+ 5,7	- 4,3	+ 2,2	+ 4,8	- 29,3
3. Schuldendienst													
- ohne nicht veranschl. Tilgung -	56 - 59	183,6	1.328,3	3.628,7	4.316,2	4.488,8	4.477,4	4.530,8	4.740,9	4.797,9	4.790,0	4.773,3	4.808,8
3.1 Zinsausgaben	56, 57	91,0	1.013,4	3.508,0	4.192,7	4.341,1	4.321,8	4.438,9	4.593,5	4.669,6	4.625,1	4.629,4	4.659,9
dar.: an Kreditmarkt	57	69,0	992,4	3.489,1	4.158,3	4.303,1	4.289,3	4.407,5	4.559,5	4.634,9	4.592,3	4.598,6	4.659,2
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 23,2	+ 3,9	+ 1,9	+ 3,5	- 0,3	+ 2,8	+ 3,4	+ 1,7	- 0,9	+ 0,1	+ 1,3
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	2.907,2	8.375,5	10.946,4	15.593,9	15.448,3	15.700,2	16.449,8	15.758,5	15.411,9	15.818,5	16.001,9	18.087,4
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder -					13.873,6	14.135,5	14.844,6	15.392,7	15.227,3	14.734,9	15.662,3	15.451,9	17.387,4
Veränd. geg. Vorj. in v. H.					- 3,8	+ 1,9	+ 5,0	+ 3,7	- 1,1	- 3,2	+ 6,3	- 1,3	+ 12,5
5. Investitionsausgaben	7, 8	2.359,1	5.893,2	5.105,5	4.715,4	4.723,1	4.694,8	4.346,2	4.236,9	4.683,5	4.581,5	7.187,8	4.466,4
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	472,4	757,2	548,7	813,4	784,2	789,5	712,0	623,3	525,0	608,0	592,4	563,6
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	1.886,7	5.135,9	4.556,8	3.902,1	3.938,9	3.905,3	3.634,2	3.613,6	4.158,5	3.973,4	6.595,3	3.902,8
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	176,9	32,7	103,0	114,7	195,4	1.349,9	659,4	153,7	6,8	7,8	-404,4	42,1
7. Gesamtausgaben		9.464,5	26.839,2	34.599,7	45.153,2	45.697,3	47.528,5	48.096,2	47.878,4	47.423,5	48.109,7	51.068,9	48.496,1
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder -					43.432,9	44.384,4	46.673,0	47.039,2	47.347,2	46.746,6	47.953,5	50.518,9	47.796,1
Veränd. geg. Vorj. in v. H.					- 0,0	+ 2,2	+ 5,2	+ 0,8	+ 0,7	- 1,3	+ 2,6	+ 5,3	- 5,4
7.1 Gesamtausg. ohne bes. Finanzierungsvorgänge	(4 - 9) ohne												
Finanzierungsvorgänge	59,91,96,98	9.253,9	26.319,3	34.459,1	45.033,5	45.501,8	46.178,7	47.436,9	47.724,8	47.416,7	48.102,0	51.064,9	48.470,6
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 11,0	+ 7,1	- 0,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,6	- 0,6	+ 1,4	+ 6,2	- 5,1

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	1998	1999	2000	2001 <sup>1)</sup>	2002 <sup>2)</sup>	2003 <sup>1)</sup>	2004	2005 <sup>3) 4)</sup>	2006 <sup>5) 6)</sup>
		- Ist -										- Soll -	
		- in Mio EUR -											
<b>II. Einnahmen</b>													
1. Steuereinnahmen	01, 05, 06	7.485,3	18.102,8	27.108,5	35.075,4	36.830,5	37.796,9	33.639,1	35.923,8	33.398,5	33.912,0	34.340,0	34.945,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 4,8	+ 1,0	+ 5,1	+ 5,0	+ 2,6	- 11,0	+ 6,8	- 7,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,8
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen, Überschüsse aus Vorjahren und ohne haushaltstechnische Verrechnungen)	(09, 1 - 3) ./.(31, 32, 35, 36, 38)	1.716,9	4.160,9	5.027,0	6.645,9	6.419,1	6.236,4	6.954,5	7.117,7	7.153,1	7.288,4	9.186,8	7.509,5
3. Schuldenaufnahme (brutto) einschl. nicht veranschl. Tilgung		72,6	5.637,0	6.403,2	12.110,9	(8.907,8)	(10.116,0)	(13.232,2)	(14.292,3)	(17.836,5)	(18.527,0)	(21.818,7)	(20.686,0)
3.1 dar.: am Kreditmarkt (brutto)		(5,6)	(5.457,0)	(6.298,0)	(12.049,6)	(8.847,8)	(10.058,1)	(13.182,7)	(14.247,8)	(17.807,2)	(18.510,1)	(21.806,1)	(20.675,5)
4. Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	(0 - 3) ohne	9.179,2	22.194,2	32.240,7	41.782,6	43.309,7	44.091,2	40.643,2	43.086,0	40.580,4	41.217,3	43.539,4	42.465,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.	32,35,36,38	-	+ 4,7	+ 2,2	+ 4,8	+ 3,7	+ 1,8	- 7,8	+ 6,0	- 5,8	+ 1,6	+ 5,6	- 2,5
<b>III. Nachrichtlich</b>													
1. Schuldenstand am Kreditmarkt		640,1	15.373,0	49.543,9	73.382,1	74.804,7	76.670,4	83.162,3	88.470,9	95.243,0	102.494,0	110.014,0	116.040,2
2. Nettokreditaufnahme	32 ./ 59	-27,6	4.125,6	2.219,2	3.242,9	2.672,9	3.623,2	5.407,4	4.163,5	6.666,1	6.872,4	7.520,0	6.026,2
3. Tilgungsausgaben am Kreditmarkt einschl. nicht veranschl. Tilgung <sup>7)</sup>		33,7	1.331,4	4.078,8	8.806,6	6.174,9	6.434,9	7.775,3	10.084,3	11.141,0	11.637,7	14.286,1	14.649,3
4. Personalstellen insgesamt (ohne Beamte im Vorbereitungsdienst)		246.401	351.383	338.950	345.226	344.399	343.660	314.005	313.427	309.574	308.577	326.426 <sup>10)</sup>	326.120
Veränd. geg. Vorjahr		+ 13.240	+ 8.506	+ 3.068	- 244	- 827	- 739	- 29.655 <sup>8)</sup>	- 578	- 3.853 <sup>9)</sup>	- 997	+ 17.849	- 306

<sup>1)</sup> Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren z. T. erheblich eingeschränkt.

<sup>2)</sup> Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

<sup>3)</sup> Verabschiedeter Doppelhaushaltsplan einschl. 2. Nachtrag

<sup>4)</sup> Aufgrund folgender Sondereffekte nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar:

- Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Beihilfverfahren WestLB (Übrige Einnahmen/Investitionsausgaben dadurch jeweils um 1,4 Mrd. EUR erhöht)

- Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (Investitionsausgaben dadurch um 943 Mio EUR erhöht)

<sup>5)</sup> Haushaltsplanentwurf

<sup>6)</sup> Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

<sup>7)</sup> Einschließlich Kurspflege

<sup>8)</sup> Weniger zum Vorjahr insbesondere durch Verlagerung von Stellen der medizinischen Einrichtungen in die Anstalten (ohne Auswirkung auf die Personalausgaben, da bereits seit 1985 Zuführungstitel der HGr. 6)

<sup>9)</sup> Ausgliederung der TH Aachen, Uni Bielefeld, FH Münster und FH Niederrhein als Globalhaushalte aus dem Landeshaushalt NRW

<sup>10)</sup> Vergleichszahl zu 2006 incl. bis 2005 ausgegliederte Bereiche, daher mit 2004 nicht vergleichbar

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

**Quellen:** Haushaltsrechnungstatistik; Gruppierungsübersichten des Landeshaushalts NRW, Haushaltspläne

**26. a) Einnahmen der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 1998 - 2003 (Maßeinheit: 1.000 Euro)**

KZ	Einnahmeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	1998	1999	2000	2001	2002	2003
1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	00-03 ./ 810,811	13.675.166	13.981.764	14.367.860	13.498.235	12.980.877	13.014.814
2	Lfd. Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen u. ä.	04 - 09,16,17,20, 23 ./ 169, 209	16.399.255	16.479.768	17.328.481	17.190.833	17.215.355	16.336.818
3	vom Land	je ..1	7.730.409	7.914.736	8.602.997	8.428.199	8.395.434	7.383.419
4	vom Bund	je ..0	287.990	282.471	257.837	210.029	213.878	192.031
5	von Gemeinden/GV	je ..2	7.331.650	7.300.661	7.512.349	7.423.616	7.594.945	7.761.921
6	vom sonst. öffentl. Bereich	je ..3, ..4	380.376	325.932	278.717	264.965	209.854	221.765
7	vom nichtöffentlichen Bereich	je ..5 - ..8	668.831	655.968	676.580	864.024	801.245	775.066
8	Gebühren, sonstige Entgelte	10, 11, 12	5.692.083	5.727.210	5.794.934	5.594.647	5.561.811	5.554.257
9	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	13, 14, 21, 22	1.872.350	1.846.687	1.818.437	2.035.290	2.469.401	2.403.198
10	Übrige laufende Einnahmen	15, 24, 25, 26	1.952.149	2.023.996	1.963.096	2.124.123	2.271.598	2.306.106
11	./ Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 5	7.331.650	7.300.661	7.512.349	7.423.616	7.594.945	7.761.921
12	Einnahmen der laufenden Rechnung	KZ 1,2,8-10./ 11	32.259.353	32.758.764	33.760.459	33.019.512	32.904.097	31.853.272
13	Nettostellungen beim VWH	KZ 14 - 17	4.831.755	4.933.927	4.669.932	4.699.173	4.975.370	5.388.331
14	Innere Verrechnungen	169, 209	1.166.124	1.162.839	1.238.944	1.253.488	1.309.151	1.353.822
15	Kalkulatorische Einnahmen	27	1.218.665	1.336.580	1.344.561	1.188.176	1.167.609	1.192.601
16	Zuführungen vom VMH	28	1.116.002	1.091.675	713.909	936.167	1.142.142	1.180.548
17	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.330.964	1.342.833	1.372.517	1.321.342	1.356.468	1.661.360
18	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	KZ 11 - 13	44.422.758	44.993.352	45.942.740	45.142.301	45.474.412	45.003.524
19	Rückflüsse von Darlehen	32	185.972	224.316	90.785	187.989	357.789	265.444
20	Veräußerung von Vermögen	33, 340, 345	2.265.741	1.745.271	1.511.789	1.415.645	1.633.652	1.457.636
21	Beiträge und ähnliche Entgelte	35	411.275	402.932	376.400	335.158	301.243	312.930
22	Investitionszuweisungen	KZ 23 - 27	1.829.771	1.915.955	1.949.618	1.587.647	1.639.783	1.606.383
23	vom Land	361	1.596.420	1.649.646	1.733.660	1.370.911	1.439.769	1.415.321
24	vom Bund	360	89.605	76.484	59.541	55.228	73.819	52.610
25	von Gemeinden/GV	362	53.702	33.669	39.159	45.785	42.083	48.150
26	vom sonst. öffentl. Bereich	363, 364	10.229	16.507	5.410	3.788	1.943	2.227
27	vom nichtöffentlichen Bereich	365 - 368	79.815	139.649	111.848	111.934	82.170	88.074
28	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	370 - 373	28.497	21.001	16.782	17.782	21.114	39.697
29	./ Zahlungen von gleicher Ebene	322, 362, 372	55.057	34.965	39.664	47.456	47.554	74.938
30	Einnahmen der Kapitalrechnung	KZ 19-22,28./ 29	4.666.199	4.274.510	3.905.710	3.496.765	3.906.027	3.607.152
31	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	347	27.602	12.284	13.417	10.640	24.639	19.884
32	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	30	1.932.524	1.975.182	2.428.754	1.840.737	2.048.043	1.420.079
33	Besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 34 - 36	3.209.252	3.086.970	3.047.792	3.268.543	3.881.070	4.338.392
34	Entnahmen aus Rücklagen	31	587.911	658.875	585.423	977.266	720.024	1.059.796
35	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	374, 377, 378	2.587.436	2.393.603	2.445.758	2.265.328	2.919.791	3.098.303
36	Aufnahme innerer Darlehen	379	33.904	34.492	16.611	25.949	241.255	180.294
37	Einnahmen des Vermögenshaushalts	KZ 29 - 33	9.890.634	9.383.911	9.435.337	8.664.141	9.907.333	9.460.445
38	Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 12, 30	36.925.552	37.033.274	37.666.169	36.516.277	36.810.124	35.460.424
39	Nachrichtlich: Bewirtschaftete Fremdmittel	160 aus A14	200	160	218	342	390	252
40	Nettostellungen insgesamt	KZ 13, 31, 32, 39	6.792.081	6.921.553	7.112.321	6.550.892	7.048.442	6.828.546

\*1) Stand: Jahr 2002



**26. b) Ausgaben der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 1998 - 2003 (Maßeinheit: 1.000 Euro)**

KZ	Ausgabeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	1998	1999	2000	2001	2002	2003
41	Personalausgaben	40 - 46	9.897.225	10.057.532	10.159.471	9.858.702	9.951.976	9.978.392
42	Laufender Sachaufwand	50-66, 675 - 678, 718, 84	9.300.080	9.886.810	10.407.664	10.603.357	10.874.314	11.150.174
43	Zinsausgaben	800 - 808	1.745.171	1.643.745	1.618.690	1.663.047	1.558.989	1.485.187
44	Soziale Leistungen	73 - 79	8.110.232	8.044.663	8.154.837	8.368.929	8.609.507	8.997.556
45	Übrige lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	670-674,710-717, 72, 82, 83	9.431.686	9.373.382	9.663.358	9.776.536	9.992.307	10.123.724
46	./.. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 11	7.331.650	7.300.661	7.512.349	7.423.616	7.594.945	7.761.921
47	Ausgaben der laufenden Rechnung	KZ 41 - 45 ./.. 46	31.152.744	31.705.471	32.491.671	32.846.955	33.392.148	33.973.112
48	Nettostellungen beim VWH	KZ 49 - 53	5.648.276	5.817.433	6.384.776	5.603.742	5.881.271	5.627.862
49	Innere Verrechnungen	679	1.157.466	1.153.700	1.228.361	1.242.721	1.300.218	1.346.655
50	Kalkulatorische Kosten	68	1.218.665	1.336.580	1.344.561	1.188.176	1.167.609	1.192.601
51	Zinsausgaben für innere Darlehen	809	8.658	9.139	10.583	10.766	8.932	7.167
52	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.330.964	1.342.833	1.372.517	1.321.342	1.356.468	1.661.360
53	Zuführungen zum VMH	86	1.932.524	1.975.182	2.428.754	1.840.737	2.048.043	1.420.079
54	Deckung von Sollfehlbeträgen	892	1.414.410	1.954.602	1.434.512	1.422.495	1.929.999	2.705.449
55	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	KZ 46 - 48, 54	45.547.080	46.778.167	47.823.308	47.296.808	48.798.363	50.068.344
56	Sachinvestitionen	932, 935, 94	4.062.341	4.159.350	4.112.290	3.864.383	3.809.677	3.427.000
57	Erwerb von Beteiligungen	930	438.915	369.689	305.773	488.267	227.943	285.149
58	Gewährung von Darlehen	92	119.240	248.290	111.244	166.797	163.554	149.729
59	Investitionszuweisungen	98	532.751	554.810	543.335	579.319	557.186	555.529
60	Sonstige Investitionsausgaben	990, 991	1.202	1.403	1.127	570	719	702
61	Schuldentilgung öffentl. Bereich	970 - 973	39.409	42.526	32.068	35.224	33.228	29.936
62	./.. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 29	55.057	34.965	39.664	47.456	47.554	74.938
63	Ausgaben der Kapitalrechnung	KZ 56 - 61 ./.. 62	5.138.801	5.341.103	5.066.173	5.087.104	4.744.753	4.373.107
64	Zuführungen zum VWH	90	1.116.002	1.091.675	713.909	936.167	1.142.142	1.180.548
65	Besondere Finanzierungsausgaben	KZ 66 - 69	3.368.464	3.039.196	3.610.057	3.317.546	4.021.610	3.793.341
66	Zuführung an Rücklagen	91	932.671	724.533	1.192.962	816.159	1.428.942	853.599
67	Schuldentilgung am Kreditmarkt	974 - 978	2.416.057	2.290.990	2.372.092	2.441.662	2.563.142	2.637.846
68	Tilgung innerer Darlehen	979	6.776	10.242	13.626	36.670	17.562	258.303
69	Deckung von Sollfehlbeträgen	992	12.960	13.432	31.377	23.056	11.965	43.593
70	Ausgaben des Vermögenshaushalts	KZ 62 - 65	9.678.324	9.506.939	9.429.803	9.388.273	9.956.059	9.421.934
71	Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 47, 63	36.291.545	37.046.574	37.557.844	37.934.059	38.136.901	38.346.219
72	Nachrichtlich: Nettostellungen zusammen	KZ 39, 48, 64	6.764.478	6.909.268	7.098.903	6.540.251	7.023.803	6.808.662
73	Besondere Finanzierungsausgaben	KZ 54, 65	4.782.874	4.993.798	5.044.569	4.740.041	5.951.609	6.498.790

\*1) Stand: Jahr 2002

Quelle: LDS NRW, Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik